Gegen Linkstrend S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

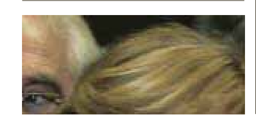
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 21 – 21. Mai 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Beschwörungen verpuffen: EZB-Präsident Jean-Claude Trichet sieht sich von Kanzlerin Angela Merkel im Stich gelassen Bild: AP / M. Euler

Der Dammbruch

Auch Berlin fällt der EZB in den Rücken: Sie soll Geld drucken für Athen

Die Europäische Zentralbank sieht sich in die Zange genommen. Um nicht selbst zu sehr für Griechenland bluten zu müssen, wollen die Regierungen, dass die EZB Athen mit „frischem Geld“ rettet. Ein historischer Sündenfall.

Öffentlich weist Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) alle Gedankenspiele um eine „Umschuldung“, also einen Bankrott Griechenlands als „Spekulation“ zurück. Man wolle das Ergebnis der Untersuchung von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds abwarten, das erst im Juni erwartet werden.

Hinter den Kulissen jedoch schälen sich bereits die Konturen einer möglichen Lösung heraus – was an sich nicht verwundert, da schon jetzt kein Zweifel mehr besteht über die faktische Zahlungsunfähigkeit der Griechen, egal, was der Bericht an Einzelheiten noch zutage fördert.

Was dazu diese Woche durchsickerte, käme einem historischen Dammbruch gleich, in dessen Folge die in leidvoller Erfahrung gebildete deutsche Währungstradition endgültig hinfort gespült werden könnte. EZB-Verantwortliche schlagen Alarm: Die Regierungen der Euro-Staaten hegen demnach die Absicht, die Schuldenkrise Griechenlands mit frischem EZB-Geld zu lösen und nicht mit Garantien und Krediten der Partnerländer. Das solle dadurch geschehen, dass die EZB noch mehr griechische Anleihen in ihr Depot nimmt und dafür gutes Geld hergibt: Geld für Anleihen eines bankrotten Landes, das ist so gut wie Geld für gar nichts.

> Politik schreibt die bitteren Lehren von 1923 in den Wind

Aus der Erfahrung von Währungskrisen ist bekannt, dass diese Politik des „Geldschöpfens“ nur die Vorstufe zu massiver Geldentwertung war. Nach dem Ersten Weltkrieg wollte die deutsche Reichsbank mittels einer „gesteuerten Inflation“ die Binnenschulden des Reichs aus dem Krieg, die es in Form von Kriegsanleihen beim eigenen Volk aufgenommen hatte, reduzieren. Das Resultat war eine Katastrophe.

Aus diesem Trauma und der Erfahrung eines weiteren Währungszusammenbruchs nur 25 Jahre später bauten die Deutschen eine Bundesbank auf, die nur noch der Geldwertstabilität verpflichtet war. Voraussetzung dafür war ihre Unabhängigkeit von der Politik. Fortan sollte es allein Sache der Regierenden sein, mit ihren Schulden fertig zu werden. Die Notenbank hatte damit nichts mehr zu schaffen. Damit war das Geld der Bürger endlich sicher vor den Begehrlichkeiten von Politikern, die ohne Rücksicht auf Stabilität Bares produzieren lassen wollten.

Erschreckend ist, dass sich auch Berlin, wie von der EZB zu hören ist, eingereiht hat in jene, die den fatalen Sündenfall vorantreiben und entsprechenden Druck auf die EZB ausüben. Damit stünden die Währungshüter allein gegen eine Phalanx von Regierungen. Der damalige Bundesbankchef Axel Weber wusste, warum er sich von Anfang an gegen den Ankauf von Griechenanleihen durch die EZB stemmte. *Hans Heckel*

(siehe Kommentar Seite 8)

WILHELM V. GOTTBERG:

Am Ende

Das Kürzel DSK steht für Dominique Strauss-Kahn. Der Franzose mit russischen und marokkanischen Wurzeln ist Direktor (Chef) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Staatsanwaltschaft in New York wirft ihm sexuellen Missbrauch und versuchte Vergewaltigung vor. DSK wurde in Untersuchungshaft genommen. Die *PAZ* beteiligt sich nicht an der massiven Vorverurteilung des Beschuldigten, wie das leider in Deutschland häufig der Fall ist. Bis zu einer Verurteilung gilt die Unschuldsvermutung.

In Frankreich sind die Menschen fassungslos. Strauss-Kahn galt bisher als Kandidat der sozialistischen Partei für die Präsidentschaftswahl 2012 in Frankreich. Ihm wurden gute Chancen eingeräumt, den ungeliebten Sarkozy aus dem Feld zu schlagen. Es war bekannt, dass DSK gelegentlich zu amourösen Abenteuern neigte. Doch Frankreich ist da großzügig. Alle französischen Präsidenten – mit Ausnahme de Gaulles – hatten in den letzten 50 Jahren ihre „Affären“. Das Ereignis wirft Fragen auf. Ist der Chef der Weltfinanz in eine Falle getappt? Eigentlich undenkbar. Die Falle müsste mit Unterstützung hoher Regierungsstellen in den USA und in Frankreich gestellt worden sein. Aber was ist undenkbar nach der Wörner-Kießling-Affäre? DSK hatte Feinde. Die angebliche Straftat soll sich in einer 3000-Dollar-Sweet eines Hotels ereignet haben. War der französische Sozialist auf Dienstreise oder privat unterwegs? Er wollte am nächsten Tag dienstlich nach Deutschland reisen.

Fazit: Ob schuldig oder nicht schuldig, ein Rivale wurde aus dem Weg geräumt. DSK ist seine Herausfordererrolle los und den Chefposten beim IWF ebenso.

Libyen-Abenteuer für Öl

Dem Westen geht es nicht um Freiheit, sondern um Ressourcen

Die Bürgerkriegsparteien im Gaddafi-Staat bekämpfen sich erbittert. Die Berichte der westlichen Journalisten über die Ereignisse in Libyen sind alles andere als ausgewogen, kritisch und objektiv. Hier die Guten, das sind die Nato, die Staatengemeinschaft und die Aufständischen. Dort die Bösen, Gaddafi, sein raffgieriger Clan, der libysche Geheimdienst. Der Westen hat sich in ein militärisches Abenteuer im ölreichen Wüstenstaat verstrickt, das nun mit allen propagandistischen Mitteln als humanitäres Eingreifen zum Schutz der Zivilbevölkerung dargestellt wird. Die Realität sieht anders aus. Die Nato zerbombt die Infrastruktur des Landes. Große Gebäudekomplexe in Tripolis werden zu militärischen Kommandozentralen erklärt und zerstört, ausschließlich mit dem Ziel, Gaddafi zu töten. Mit dem Tod des Diktators wird – so hofft man – der Widerstand der Staatsmacht zusammenbrechen. Die Aufständischen erhalten Waffen, Geld und moralische Unterstützung aus dem Ausland. Der Westen ignoriert, dass bei den Aufständischen Gotteskrieger mitmischen, die eine ganz andere Umgestaltung Libyens wollen, als der Westen sie anstrebt.

> Das Ziel ist, Gaddafi zu töten

Trotz eines Appells des Papstes für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zeigt sich im Westen keine Initiative für eine politische Lösung. Man will sie nicht. Libyen soll als Feindstaat niedergeworfen werden, um Zugriff auf die Ressourcen des Landes zu bekommen. Es muss festgehalten werden: Vor Ausbruch des Konfliktes war Libyen das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen und der geringsten Kindersterblichkeit aller Staaten in Afrika.

Gaddafi soll vor den Internationalen Gerichtshof. Dort gehört er hin, aber mit weiteren Despoten dieser Welt. *W. v. G.*

Zwischen den Fronten

Kandidatenkampf in Moskau – Westen fürchtet Putins Rückkehr

Dieser Tage mehren sich in Russland die Gerüchte über Wladimir Putins Rückkehr an die Staatsspitze im kommenden Jahr (siehe Seite 6). Die Medien unken bereits, Putin wolle ein neues Zarenreich installieren. Dem derzeitigen Präsidenten Dmitrij Medwedew geben Experten kaum Chancen auf eine weitere Amtszeit.

Im Westen wird die Rückkehr Putins eher befürchtet als begrüßt, da die russische Innenpolitik auch Auswirkungen nach außen zeigen wird. Putin hat in seiner achtjährigen Amtszeit als Präsident Russlands Anspruch als Großmacht gefestigt und sich als unbequemer und harter Vertreter russischer Interessen Respekt verschafft. Seine „gelenkte Demokratie“ stieß im Westen auf Misstrauen. Sein Nachfolger Dmitrij Medwedew dagegen gilt als Verfechter des Rechtsstaats. Auch wenn er schon als „lahme Ente“ gesehen wird, verhandeln Amtskollegen lieber mit ihm. Bundeskanzlerin Angela Merkel und andere stützen Dmitrij Medwedew, indem sie sich mit ihm zu Gesprächen treffen. Merkel spricht von stabilen und guten Beziehungen zwischen Moskau und Berlin. Sie hat ein freundschaftliches Verhältnis zu Medwedew. „Es hat sich eine sehr tiefe und freundschaftliche Beziehung entwickelt, in der schwierige Fragen besprochen werden können“, wird die Kanzlerin zitiert.

> Gelenkte Demokratie contra Rechtsstaat

Dass dies auch so bleibt, wenn Putin an die Spitze zurückkehrt, ist nicht wahrscheinlich. Frühere Gespräche glichen eher einem Tanz auf dem Vulkan, berichteten deutsche Diplomaten. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland gerade erst wegen seiner Energiewende-Politik ältere Atomkraftwerke abgeschaltet hat, tritt das Thema „Energieabhängigkeit von Russland“ wieder in den Vordergrund. Die Kanzlerin beschwichtigt, dass Russland sich über viele Jahre als zuverlässiger Lieferant erwiesen habe. *MRK*

MELDUNGEN

Mehrheit will Rückkehr

Berlin – Eine deutliche Mehrheit der Deutschen wünscht ein politisches Comeback des ehemaligen Wirtschafts- und Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg. Dies ist das Ergebnis einer Emnid-Umfrage. Die Frage des Meinungsforschungsinstituts, ob der Ex-Minister nach einer Pause wieder in die Bundespolitik zurückkehren solle, bejahen 58 Prozent der Deutschen. Am größten ist der Anteil bei den FDP-Anhängern mit 92 Prozent. Erst dann folgen die Anhänger von Guttenbergs Union mit 82 Prozent. Auch bei den Sympathisanten von SPD und Linkspartei sind es mit 55 beziehungsweise 52 Prozent immer noch mehr als die Hälfte. Nur bei den Grünen ist mit 40 Prozent nur eine Minderheit für eine zweite Chance für den Ex-Doktor in der Politik. *M.R.*

Kosten der Piraterie

Boulder – Die Nichtregierungsorganisation „One Earth Future“ hat die Kosten der Piraterie vor der ostafrikanischen Küste überschlagen. Sie kommt dabei auf sieben bis zwölf Milliarden US-Dollar (fünf bis acht Milliarden Euro) alleine für das Jahr 2010. Da sind zum einen die Erhöhungen der Versicherungsprämien für die Reedereien. Für Fahrten im Golf von Aden und an der Küste Somalias wird zudem häufig teures Sicherheitspersonal mit an Bord genommen. Andere Schiffe weichen wie seinerzeit bei der Schließung des Suezkanals auf die längere Route um das Kap der Guten Hoffnung aus, was Zeit und Energie kostet. Nicht unbedingt effektiv, aber kostenträchtig sind die Einsätze von Kriegsschiffen beispielsweise durch die Europäische Union. Und wenn denn ein Schiff gekapert wird, sind meist hohe Lösegeldzahlungen fällig. Diese sind von durchschnittlich 150 000 Dollar pro Frachter im Jahre 2005 bis 2010 auf 5,4 Millionen gestiegen. *M.R.*

Projekt gegen den Linkstrend

Die *PAZ* im Gespräch mit dem Juristen und Publizisten Josef Schüßlburner

Wie der Blick auf die europäischen Nachbarländer zeigt, bedeutet Freiheit, dass es nicht nur linke Parteien gibt, sondern dass auch sogenannte Rechtsparteien als legitim respektiert werden. Gäbe es keine rechten Parteien, könnte es nach den Gesetzen der Logik auch keine politische „Mitte“ geben. Die Initiatoren der Internetseite www.links-enttarnt.net widmen sich der Aufdeckung illegaler Methoden der politischen Auseinandersetzung und illegitimer Maßnahmen zur amtlichen Beschränkung des Meinungspluralismus und des Mehrparteienprinzips. Im PAZ-Gespräch erläutert Josef Schüßlburner, Regierungsdirektor im Bundesdienst und früher bei der Uno und der Europäischen Gemeinschaft tätig, Hintergründe und Ziele des Projekts. (siehe auch Kommentar auf Seite 8)

PAZ: *Sie haben zusammen mit dem Bonner Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter das Buch „Was der Verfassungsschutz verschweigt“ herausgegeben und wirken auch an dessen Internetseite „Links Enttarnt“ mit. Was wird da „enttarnt“?*

Schüßlburner: „Enttarnt“ wird die politische Linke, deren Gleichheitsverständnis im Widerspruch zur politisch-weltanschaulichen Freiheit letztlich auf einen Zustand abzielt, in dem alle das Gleiche, nämlich „demokratisch“ denken. Wenn dann jeder mit jedem übereinstimmt, so die klassische sozialdemokratische Utopie, hört die politische Herrschaft auf. Dieses Paradies verwirklicht sich aber nicht, weil es immer noch Leute gibt, die einfach anderer Meinung sein wollen und die deshalb mit ideologischem Hass als „Rechte“ bekämpft werden.

PAZ: *Die Hauptgefahr für die Einschränkung des politischen Pluralismus in der Bundesrepublik Deutschland sehen Sie zwar von links kommend, andererseits gilt Ihre Kritik dieser Mitte. Sind denn unsere bürgerlichen Parteien wie die CDU/CSU und die FDP wirklich Steigbügelhalter der Linken und Linksextremen?*

Schüßlburner: Die Linke ist, abgesehen von ihren rechtswidrigen Grundrechtsverhinderungsblockaden und aufgeblasener Ideologiepolitik intellektuell nur deshalb ein Problem, weil die Mitte das Problem ist. Die „Mitte“ teilt ideologie-politisch die wesentlichen Annahmen der Linken, was an der konzeptionellen Ersetzung des Deutschen durch „den Menschen“ gespiegelt wird. Da Politik nun einmal auf dem Antagonismus, etwa dem Gegensatz von Mehrheit und Minderheit gründet, definiert diese menschheitliche Politik ihren notwendigen Feind als den Un-Menschen, der zunehmend als „der Rechte“ ausgemacht wird, der nicht „gleich“, sondern „diskriminierend“ denkt. Die „Mitte“ macht da bedenkenlos mit und vollzieht linke Feinderklärungen in einer radikalisierenden Weise.

> »Verfassungsschutz muss auf neutrale Weise berichten«



Kämpferischer Jurist: Josef Schüßlburner

PAZ: *Muss man wirklich befürchten, dass sich schon in naher Zukunft die im Bund der Vertriebenen organisierten ostdeutschen Landsmannschaften und eventuell sogar die Katholische Kirche in den Verfassungsschutzberichte aufgeführt sehen?*

Schüßlburner: Dies ist zutreffend erkannt; linke Kampfbegriffe der Mitte wie „geographischer Revisionismus“ oder die amtliche Methodik der Bekämpfung sogenannter Sekten könnten durch Verfassungsschutzminister der Ex-SED noch erheblich verschärft werden. Der Verfassungsschutz-Bericht führt zur speziellen Freiheitsproblematik der Bundesrepublik: Soweit sich damit der öffentlich in Erscheinung tretende Inlandsgeheimdienst gegen Gedankengut, Ideen und geistesgeschichtliche Bezugnahmen wendet, was im Falle von rechts hauptsächlich gemacht wird, liegt eine typisch linke Herrschaftsmethodik der Mitte vor, die auf die Erzwingung von sogenannter demokratischer Meinungskonformität abzielt. Dieser bundesdeutsche Demokratie-Sonderweg muss zur Wahrung des politischen Pluralismus und einer rechtsstaatlich verstandenen Demokratie vor allem „enttarnt“ werden. Es besteht nunmehr immerhin realistische Aussicht, dass das Bundesverfassungsgericht bei nächster Gelegenheit die VS-Berichte der ideologischen Machart für illegal erklären wird.

PAZ: *Wie begründen Sie diese Erwartung?*

Schüßlburner: Das Verfassungsgericht hat in einem Beschluss vom 8. Dezember 2010 zur Wahrung der Meinungsfreiheit erkannt, dass es dem Begriff des „Extremismus“, insbesondere des „Rechtsextremismus“, also der zentralen Darstellungskategorie der VS-Berichte, am Rechtscharakter gebricht. Sollte diese Erkenntnis des Verfassungsgerichts konsequent auf die VS-Berichte übertragen werden, dann muss sich das Verfassungsgericht der Konzeption anschließen, die ich als rechtsstaatlich geboten vertrete: VS-Berichte müssen unter Verzicht auf den rechtswidrigen Extremismus-Begriff in einer weltanschaulich neutralen Weise die Gefährdung der Verfassungsprinzipien, etwa des Mehrparteienprinzips, darstellen. Ein amtlicher „Kampf gegen Rechts“ ist dann wegen Verstoßes gegen den Meinungspluralismus und das Mehrparteienprinzip in VS-Berichten als Bedrohung der Verfassungsordnung aufzuführen

> »Vereinigungen nicht wegen Auffassungen verbieten«

PAZ: *Bleiben wir bei Ihrer Kritik an den Unionsparteien. Im Jahre 1976 führten CDU und CSU einen von erheblichen Stimmengewinnen für sie gekennzeichneten Bundestagswahlkampf unter dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“. Könnten Sie sich 2013 einen derartigen Unionsslogan noch einmal vorstellen?*

Schüßlburner: Da sich der Slogan nunmehr gegen die „Mitte“ selbst richten würde, kann sie ihn nicht mehr verwenden. Wenn die Mitte wirklich der Freiheit besonders verpflichtet wäre und sich damit gegen das linke Gebot, gleich zu denken, wenden würde, müsste die Mitte für Menschenwürde und Meinungsfreiheit der rechts von ihr stehenden Andersdenkenden eintreten. Dazu fehlt ihr schon der Mut, ein Mangel, der mit dem Fremdwort „Zivilcourage“ verkauft wird. Dabei wäre besagtes Motto heute viel berechtigter und angesichts des Aufstiegs der ehemalige DDR-Diktaturpartei zur eigentlichen Verfassungsschutzpartei und der zunehmenden linken Gewalt in Form von Grundrechtsverhinderungsblockaden sogar geboten.

PAZ: *Unterstellen Sie da nicht, dass die derzeitigen Führungen der Unionsparteien ganz bewusst auf die Einbindung und die Pflege ihrer früher ja durchaus stark vertretenen rechten Flügel verzichten und insofern geringere Wähleranteile einfahren?*

Schüßlburner: Ein rechter Flügel innerhalb der „Mitte“ kann sich nur durchsetzen und behaupten, wenn er realistisch mit der Option einer Parteineugründung drohen kann. Dies setzt jedoch den vollständigen politischen Pluralismus voraus, was in der Bundesrepublik im Falle von rechts effektiv nicht gegeben ist. So werden beamtete Mitglieder von Rechtsparteien oder auch nur diesen nahe stehende Intellektuelle wegen „Gedankenguts“ mit beruflicher Existenzvernichtung, Zwangsversetzungen und dergleichen bedroht. Wer will schon das Risiko auf sich nehmen, zu testen, ob die Gerichtsbarkeit, also letztlich „Karlsruhe“, zugunsten der politischen Freiheit entscheidet?

PAZ: *Was ist also zu tun?*

Schüßlburner: In der Bundesrepublik ist eine Demokratie zu verwirklichen, in der politische Vereinigungen nicht wegen „falscher“ Auffassungen verboten werden können.

Die Schulden-Uhr: Plötzlich eine Milliarde

Nur langsam öffnet sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Forderungen nach Entlastung der Steuerzahler. Kanzlerin Angela Merkel teilt seine Zurückhaltung, nur die Liberalen drängen indes weiterhin auf spürbare Steuersenkungen. Schäubles Argument: Haushaltskonsolidierung habe Vorrang. Da mag es manchen verwundern, wenn die Kanzlerin jetzt eine Milliarde Euro herbeizaubert, um damit die Verbreitung von Elektroautos zu subventionieren. Und der Plan ist nicht bloß haushaltspolitisch heikel. Selbst „Greenpeace“ kritisiert das Vorhaben, weil E-Autos noch längst nicht massentauglich seien. Reichweite und Geschwindigkeit der neuen Fahrzeuge lassen tatsächlich immer noch sehr zu wünschen übrig. *H.H.*

1.952.871.994.183 €

Vorwoche: 1.951.488.509.202 €
Verschuldung pro Kopf: 23.903 €
Vorwoche: 23.852 €

(Dienstag, 17. Mai 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Hexenjagd in Teheran

Präsident Ahmadi-Neschad scheint Ayatollas nicht fromm genug

Ein seit längerem schwelender Konflikt im komplizierten iranischen Machtapparat wurde zuletzt offen sichtbar – und durch eine demütigende Ergebenheitserklärung von Präsident Mahmud Ahmadi-Neschad gegenüber „Revolutionsführer“ Ayatollah Ali Chamenei, dem de jure und de facto ersten Mann im Staat, wieder beigelegt. Nur vorläufig?

Ahmadi-Neschad hatte im April seinen Geheimdienstminister Heidar Moslehi entlassen, der für die blutigen Repressionsmaßnahmen Verantwortung trägt. Doch Chamenei stellte den Präsidenten vor die Wahl, die Entlassung zurückzunehmen oder selbst zurückzutreten. Dieser war daraufhin fast zwei Wochen lang den Kabinettssitzungen ferngeblieben. Chamenei ließ aber auch 25 Personen aus dem Umfeld von Ahmadi-Neschad und von dessen engstem Berater Esfandiar Rahim Maschai unter der Beschuldigung von „Magie“ und „Geisterbeschwörung“ verhaften. Maschai ist Schwiegervater der Tochter Ahmadi-Neschads und war bis vor kurzem auch sein Stabschef. Journalisten einer von ihm gegründeten Zeitschrift sind ebenso unter den Verhafteten wie Abbas Ghaffari, welcher der „persönliche Exorzist Ahmadi-Neschads“ sein soll, und Abbas Amirifar, der als Vorsitzender des Kulturbeirats im März einen DVD-Film über die „baldige“ Wiederkehr des verschwundenen Zwölften Imams und Erlösers millionenfach verbreiten ließ. Dessen Wiederkehr ist zwar Glaubensgrundlage der iranischen Schia, aber eine „baldige“, an die auch Ahmadi-Neschad glauben soll, ist den Ayatollahs offenbar zu früh.

> Der Klerus hat sich bereichert und ist zunehmend verhasst

Was wer wirklich glaubt, sei dahingestellt, aber es gibt auch Handfestes: Ahmadi-Neschad kann 2013 nicht mehr für eine dritte Präsidentschaftsperiode kandidieren und trachtet oder trachtete, Maschai als Nachfolger aufzubauen. Die Ayatollahs hingegen favorisieren den ihnen ergebenen Parlamentspräsidenten Ali Laridschani, einen erbitterten Gegner Ahmadi-Neschads. Laridschani, der als Atomunterhändler international bekannt wurde, ist selbst Sohn eines Ayatollahs und mit der Tochter eines anderen verheiratet. Maschai hingegen ist bekannt für „unorthodoxe“ Äußerungen wie etwa die, der Iran sei „Freund aller Menschen, auch der Israelis“, und er gibt dem iranischen Nationalismus klaren Vorrang vor dem Islamismus. Das allerdings wird auch von Ahmadi-Neschad gesagt, der die strengen Bekleidungsvorschriften kritisierte und verlangte, die Sittenpolizei solle nicht die Frauen belästigen.

Der Klerus hingegen ist zunehmend verhasst – nicht zuletzt, weil er sich massiv bereichert hat, während die Inflationsrate 12 Prozent beträgt und Brot und Eier zuletzt um 50 Prozent und Benzin gar um 400 Prozent teurer wurden – das alles bei gleichbleibend niedrigen Durchschnittslöhnen.

Im Westen müsste man sich allmählich fragen, ob man in Ahmadi-Neschad, dessen Aussagen grundsätzlich verzerrt oder verstümmelt zitiert werden, nicht den Falschen zum obersten Buhmann aufgebaut hat. *R. G. Kerschhofer*

Absteigerland

Schwellenländer holen Deutschland ein

Trotz der weltweiten Krise setzen die Schwellenländer der „Zweiten Welt“ ihren Aufstieg fort. Während Japan 2010 Schulden in Höhe von 192 Prozent seiner Wirtschaftsleistung hatte, die USA und Frankreich in Höhe von 92 und Deutschland in Höhe von 82 Prozent, beträgt der Schuldenanteil bei Indien lediglich 69, bei Brasilien 62, bei China 46 und bei Russland nur zehn Prozent der Wirtschaftsleistung. Die chinesischen Währungsreserven sind zweieinhalbmal so hoch wie die Japans, die Russlands zehnmal so hoch wie die der USA und mehr als doppelt so hoch wie die des Euro-Raumes. Vier weitere Länder – Taiwan, Südkorea, Brasilien und Indien – haben deutlich mehr auf der hohen Kante als EU-Europa.

> Wirtschaftsleistung bedeutet auch Macht

Die chinesischen Privathaushalte haben in den letzten dreieinhalb Jahren fast halb so viel Gold gekauft wie alle Privatleute aller westlichen Staaten zusammen. In Schanghai stieg das Handelsvolumen für Gold in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres um 43 Prozent. Die Wirtschaft in China und Indien wird 2011 voraussichtlich vier bis fünf Mal so schnell wachsen wie in Deutschland oder den USA.

Im Jahre 1980 hatte (West-) Deutschland eine Wirtschaftsleistung von etwa einem knappen Viertel der amerikanischen und von deutlich mehr als der Hälfte der japanischen. Für 2015 wird prognostiziert, dass China, damals wirtschaftlich nur halb so stark wie die Bundesrepublik, fast dreimal so viel erwirtschaften wird wie das vereinigte Deutschland. Indien, 1980 weit hinter China zurück, und Russland werden nach dieser Prognose sich langsam der deutschen Wirtschaftsleistung nähern. Im Gegensatz zu den etablierten Wirtschaftsmächten können sie in näherer Zukunft auf Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen verzichten, was zusätzlich ein Anreiz für ausländische Investitionen wirkt. Natürlich werden die Länder der aufstrebenden Märkte, allen voran Brasilien, Russland, Indien und China, aus dieser wirtschaftlichen Stärke Ansprüche auf politische Mitsprache ableiten. *Rolf Stolz*

Wenn es passt

Von Theo Maass

Quoten für alle möglichen gesellschaftlichen Gruppen haben Konjunktur. Am bekanntesten sind Frauen- und Ausländerquoten. Im öffentlichen Dienst haben diverse Frauenförder- und Gleichstellungspläne den im Beamtengesetz festgeschriebenen Grundsatz der Bestenauslese bereits angeknabbert. Seltsamerweise will niemand Frauenquoten in weniger bevorzugten Berufen wie Maurer, Straßenbauarbeiter oder Müllwerker.

Da wo Quoten allein nicht helfen, bedient man sich verschärfter Werkzeuge. Das Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes Berlin ist so eines: Künftig soll „Mehrsprachigkeit" oder die „Zugehörigkeit zu mehreren Kulturen" zu den Einstellungsvoraussetzungen im öffentlichen Dienst gehören. Einheimische Bewerber können dies oft nicht erfüllen und werden so aussortiert. Der Kreuzberger CDU-Abgeordnete Kurt Wansner sprach von der „Karikatur eines Gesetzes". Allerdings besteht kaum Gefahr, dass bald unfähige, aber „mehrsprachige" Mitarbeiter den Öffentlichen Dienst dauerhaft bevölkern, denn die klamme Stadt Berlin baut weiter Personal ab. Nach drei Jahren sitzen die „Partizipierenden" dann wieder da, wo sie herkommen: auf der Straße.

Bei derartigen Diskriminierungen der Mehrheitsbevölkerung fragt man sich besorgt, ob es nicht auch eine Quote für diese Menschen geben sollte. In Frankreich haben Fußballfunktionäre tatsächlich überlegt, eine Quote für Ausländer aus Schwarzafrika und dem arabischen Raum einzuführen. Die Sorge galt nicht einheimischen Fußballtalenten, sondern ging darauf zurück, dass sich geförderte Nachwuchskicker mit doppelter Staatsbürgerschaft später oft für eine Karriere in ihren Herkunftsländern entscheiden. Angeblich spielen durchschnittlich „26 von 30 Spielern", welche die Akademie Clairefontaine absolvieren, später für ein anderes Land.

Zeitungen und Politiker zeigten sich indes empört über das Vorhaben der Fußballfunktionäre. Von Rassismus war allenthalben die Rede. Frankreichs Sportministerin Chantal Jouanno feuerte sogar den technischen Direktor des Verbandes François Blaquart. Über die Zukunft des Nationaltrainers Laurent Blanc wird derzeit spekuliert.

Sind Quoten nur für solche Bevölkerungsgruppen gedacht, denen der politische Zeitgeist zuläschelt? Kommen sie also für Männer, Einheimische, Raucher, Autofahrer oder Familienväter nicht in Frage? Eine Ausländerquote von 30 Prozent im französischen Fußball würde immer noch weit über dem tatsächlichen Anteil der dortigen Ausländer an der Gesamtbevölkerung liegen. Dennoch sind Quoten, ob in Berlin oder Paris, nur ganz bestimmten Gruppen vorbehalten. Ob sie tatsächlich „unterrepräsentiert" sind oder nicht, spielt nur dann eine Rolle, wenn es passt.

Buschkowsky schlägt Alarm

Neuköllns Bezirksbürgermeister sieht sein Viertel auf dem Weg zum »Gegenstaat«



Der Niedergang ist vielerorts mit Händen zu greifen: Verfallene Hausfassade in Nord-Neukölln

Bild: mauritius

Heinz Buschkowsky, Bürgermeister von Berlin-Neukölln, sieht den Norden seines Bezirks auf dem Weg zum „Gegenstaat". „Mit traditionellen Lösungen ist dem nicht abzuhelfen", sagt er und attackiert die bisher von der Politik geförderten Maßnahmen der Integration und Sozialpolitik von Sozialarbeit bis Bildungsangebot.

Der bundesweit bekannte Kritiker von Multikulti-Romantik rät Berlins anderen Bezirken, sich zu ähnlichen Problemen zu bekennen. Es ist eine Mahnung, auch an seine Partei, die SPD. Der gebürtige Neuköllner verkündete einst das Scheitern von „Multikulti" und prägte den Begriff „Parallelgesellschaften". Dennoch geht Buschkowsky teilweise auf Distanz zu seinem Parteifreund Thilo Sarrazin und dessen statistisch fundierter Kritik an der Integrationspolitik. Buschkowsky ist der eigenen Partei als kantiger Mahner und Gegner politisch korrekter Denkschranken bekannt. Jetzt warnt er vor der Kapitulation des Staates in Nord-Neukölln und reagiert damit auf Soziologen und Trendforscher.

Die haben das Gelände aufgrund einer aufblühenden Gastronomie und wachsender Beliebtheit bei Künstlern just zur kommenden Spielwiese der Reichen erklärt. „Es gibt eine Realität, die die Menschen, die in diesen Gegenden wohnen, kennen, die aber von der Politik totgeschwiegen wird", kontert Buschkowsky solche rosaroten Zukunftsphantasien. Er verweist auf Gewalt und Verwahrlosung.

Die Arbeitslosigkeit beträgt im Gesamtbezirk 36 Prozent. Allein im Norden Neuköllns leben 150000 Menschen, 55 Prozent davon haben einen Immigrationshintergrund. Junge Immigranten stellen 85 bis 90 Prozent der Schüler. Buschkowsky stellt gegenüber dem Sender RBB klar: „Der Migrant ist kein Problem, der sozial schwache Migrant ist ein Problem" und „nicht der arabischstämmige Chirurg, der Ihren Bauch aufmacht, sondern die bildungsfernen Milieus sind ein Problem." Das Quartier ist gezeichnet von misslungener Integration, Leistungsmissbrauch und einer von Buschkowsky oft beklagten Anspruchshaltung gegenüber dem Staat.

> Warnrufe verhallen erneut in der »Sozialindustrie«

Seine inzwischen regelmäßigen Warnrufe lassen die SPD nicht mehr kalt. Zuletzt beklagte der 62-Jährige, steigende Sozialkosten machten grundlegende Aufgaben des Bezirks immer schwerer finanzierbar. Auch in anderen Bezirken suchen Genossen Hilfe, so in Friedrichshain-Kreuzberg. „Die Werner-Düttmann-Siedlung ist eine Welt für sich", ziehen die Sozialdemokraten vor Ort beim jüngsten Nachbarschaftstreff Bilanz. „45 Prozent der Bewohner besitzen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. 78 Prozent haben einen Migrationshintergrund. 60 Prozent beziehen so genannte Transferleistungen", erfasst die SPD-Abteilung „Südstern" ungeschönt die Lage.

Bei der zuständigen „Quartiersmanagerin" suchten die aufgeschreckten Genossen Rat – und ernteten Polit-Schelte. Berlins Sozialindustrie ist einflussreich. Die Themen der SPD in den Problem-Bezirken unterscheiden sich kaum von denen der Linkspartei. Ihre Modethemen sind „Gentrifizierung" und Mietanstieg. Die Frage nach dem Sinn des wachsenden Sozialtransfers hingegen verlieren die Genossen beim Stopfen der Löcher des Wohlfahrtsetats aus dem Blick.

Buschkowsky bevorzugt dagegen die Frage, „wie sich Menschen aus dem Sozialsystem herausarbeiten". Dazu fordert er auch Sanktionen, die Kürzung von Leistungen: „Kommt das Kind nicht in die Schule, kommt kein Kindergeld aufs Konto" – eine bei Genossen höchst umstrittene Sicht, die Buschkowsky sogar „nur als Synonym" verstanden wissen will.

Auch in Spandau hat die SPD Buschkowskys Forderung nach offenem Ansprechen der Probleme aufgegriffen. Der Spandauer Sozial- und Gesundheitsstadtrat Martin Matz (SPD) verglich den Bezirk bereits 2007 mit Neukölln. Die Bezirkspolitik habe nicht zugeben wollen, „dass auch wir hier schwerwiegende Probleme haben", so Matz. In den Folgejahren kämpfte er mit vom Haushalt abgesparten Geldern gegen steigenden Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen. Als Lösung empfahl Matz mehr Sozialarbeiter. Buschkowsky hält davon wenig: „Die Gesellschaft hat eine beobachtende Rolle eingenommen, sie interveniert nicht mehr, sie sorgt nicht mehr dafür, dass ihr Wertegerüst für alle verbindlich bleibt".

Statt die Lösung in mehr Sozialarbeit zu sehen, müsse die Politik das Prinzip Laissez-faire aufgeben, sonst werde die „Grenze immer weiter verschoben". „Bei uns werden 40 Prozent der Kinder eingeschult, die die deutsche Sprache nicht beherrschen" – Buschkowsky zufolge sind das Kinder von Eltern, „die beide in diesem Land geboren sind". So scheiterten Lebensentwürfe schon im Kindesalter. „Dort sind die Eltern die größte Gefahr für die Zukunft ihrer Kinder". Sein Fazit heißt: „Deswegen müssen wir am System etwas ändern, nicht am einzelnen Kind oder einzelnen Elternpaar."

Heinz Buschkowsky erlebt in seiner seit 2001 dauernden Amtszeit das Morgen, vor dem er gestern warnte: „Kinder wachsen ohne Erfahrung des Erwerbslebens auf, das findet zu Hause nicht statt, die Kinder sagen: ‚Frau Lehrerin, das Geld kommt doch vom Amt!'" Entsprechend klar fällt sein Fazit zur Entwicklung Nord-Neuköllns aus: Gemessen an den Fallzahlen im Jobcenter sei im Quartier noch kein Fortschritt erkennbar. Er sehe zudem keine Wanderungsbewegungen gebildeter Immigranten in das Viertel, vielmehr gingen deutschstämmige Abiturienten weg, während islamische Salafiten hinzuzögen – schlechte Aussichten für Optimisten. *SV*

Nur noch eine Klage

Die A 14 soll ab 2020 Magdeburg mit Schwerin verbinden

Am 25. Mai 2011 entschiedet das Leipziger Bundesverwaltungsgericht über die Zulässigkeit des Weiterbaus der Autobahn A 14 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Als letzter Kläger ist der Besitzer einer Tongrube übriggeblieben. Er behauptet, dass auf seinem Grundstück Bodenschätze im Wert von 251 Millionen Euro lagerten. Vertreter des Landesamtes für Geologie und Bergwesen in Sachsen-Anhalt erklärten dagegen, das Vorkommen sei so gering, dass ein Abbau nicht lohne.

Die Umweltorganisation BUND hatte zuvor mit dem zuständigen Landesverwaltungsamts einen Vergleich geschlossen. Durch geänderte Trassenführung wird ein Autobahnabschnitt nun nicht 7,5 sondern nur sechs Kilometer lang werden. Ursprünglich hatte der BUND die A 14 als „Geisterautobahn" gänzlich abgelehnt und die prognostizierten Verkehrszahlen von täglich 31000 Fahrzeugen angezweifelt. Damit sei die Strecke überflüssig. Zudem seien Frösche, Lurche, Rotmilane und Hirschkäfer gefährdet.

Zustimmung erntete das Projekt hingegen von Anfang an bei den betroffenen Bewohnern in der märkischen Prignitz und der sachsen-anhaltischen Altmark. Bürger gingen für den Bau der Autobahn sogar auf die Straße.

> Grüne und Linke sind dagegen, Betroffene dafür

Die Autobahn A 14 ist ein Neubauprojekt, das ausschließlich die Neuen Bundesländer betrifft. Die Nord-Süd-Verbindung soll nach ihrer Fertigstellung den Raum um Chemnitz und Dresden mit Schwerin verbinden. Da die Trasse durch die Prignitz und die Altmark verläuft, erhalten in dieser strukturschwachen Region viele Menschen erstmalig einen Anschluss an schnelle Verkehrswege.

Die A 14 ist bislang von Chemnitz bis Magdeburg fertiggestellt. Nun sollen die letzten 155 Kilometer bis Schwerin in mehreren Teilstücken bis 2020 vollendet werden. Wie bei fast allen Verkehrsprojekten in Deutschland war das A-14-Projekt Gegenstand von Klagen vor den Verwaltungsgerichten, die in der Regel durch alle Instanzen verfolgt werden.

Auch im Verkehrsausschuss des Bundestages war die A 14 Thema. Die Vertreter der Grünen hatten den Antrag gestellt, das Projekt zu streichen, Union, SPD und FDP hingegen stritten für das Vorhaben. Die Linkspartei hingegen ist zerstritten: Im Bundestag schlossen sich die Dunkelroten der grünen Ablehnungsfront an. Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern hingegen befürwortet den Bau. *Hans Lody*

Vorbild Brandenburg

Australien kopiert Waldbrand-Schutz

In Brandenburg ereignet sich bundesweit jeder dritte Waldbrand, nirgendwo in Deutschland ist die Gefahr von Feuersbrünsten so hoch wie in den ausgedehnten Kiefernwäldern der Mark. Weltweites Interesse hat inzwischen ein Waldbrand-Frühwarnsystem geweckt, das vom Land im Jahr 2001 eingeführt wurde. Entstanden ist das von einer Berliner Firma produzierte System aus einem Pilotprojekt des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt.

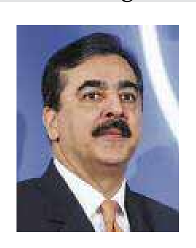
Mithilfe von Hochleistungskameras, die eigentlich für die Erdbeobachtung aus dem Weltraum entwickelt wurden, wird von 21 Türmen im Land flächendeckend nach Anzeichen für Rauchentwicklung gesucht. In Brandenburg sind dazu 109 der Spezialkameras im Einsatz. Die Zahl der ausgebrochenen Brände hat sich durch das System nicht verringert, allerdings können die Flammen deutlich schneller entdeckt und so rasch im Keim erstickt werden.

Folge: Bei einem Drittel der Feuer beginnen die Löscharbeiten innerhalb von 15 Minuten. Großbrände sind seltener geworden, die Schäden haben sich halbiert. Inzwischen wird das Warnsystem nicht nur in anderen Bundesländern eingesetzt – auch Zypern, Estland und Kasachstan haben das System gekauft. Den Durchbruch für das Warnsystem könnte allerdings bedeuten, dass es sich in Australien, der weltweiten „Waldbrandregion Nummer eins", bei der Erprobung gegen drei andere Konkurrenten durchgesetzt hat. Dort wird das System nun mit 30 Kameras einem weiteren Testbetrieb unterzogen. Portugal, Italien, Spanien und Mexiko haben sich danach ebenfalls für einen Test des Brandenburger Systems entschieden. Der Bedarf ist groß – allein in Europa richten Waldbrände jedes Jahr Schäden in Höhe von 2,5 Milliarden Euro an. *N. Hanert*

Fotos zeigen Ost-West-Konflikt

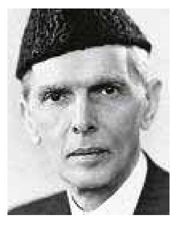
Vom 11. Mai bis zum 3. Oktober wird im Deutschen Historischen Museum in Berlin eine Fotoausstellung zum Ost-West-Konflikt gezeigt. Kanzlerin Angela Merkel mahnte zur Eröffnung der Ausstellung: „Wir sind aufgefordert, nach vorne zu schauen und nicht wegzuschauen, wenn an anderen Stellen auf unserem Kontinent Freiheit nicht gewährleistet ist." Zu sehen sind rund 300 Bilder der „Stern"-Fotografen Thomas Hoepker und Daniel Biskup, die den Alltag in der DDR dokumentieren, sowie Fotos aus dem zerfallenden Sowjetreich und den Balkan-Kriegen. Überraschend: Von Terror und Unterdrückung in der DDR will Hoepker damals nichts gesehen haben: „Wir wussten nichts über Leute, die verschwanden und grausame Dinge erlebten." Stattdessen erlebte er nur die Schokoladenseite des real existierenden Sozialismus: „Es waren herrliche Zeiten." Die Schau ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt beträgt sechs Euro. *H.L.*

Zeitzeugen



Yousaf Raza Gilani – Der PPP-Politiker steht seit 2008 an der Spitze einer aus seiner Pakistanischen Volkspartei (PPP), der Pakistan Muslim League (PML-N) und weiteren Parteien gebildeten Koalitionsregierung. Die Taliban zählen zu seinen Genern. Sie haben sich zu einem Attentat auf den heute 59-Jährigen bekannt.

Mohammed Zia-ul-Haq – Der General ist der wohl berühmteste unter den diversen Diktatoren in Pakistans junger Geschichte. 1977 putschte er sich an die Macht und rief das Kriegsrecht aus. Durch die Einführung sogenannter Hadd-Strafen gilt er als Vorreiter bei der Wiedereinführung der Scharia. Im 65. Lebensjahr stehend, starb der Diktator 1988 beim Absturz seines Flugzeuges. Ob es sich um einen Unfall oder einen Anschlag handelte, ist ungeklärt.



Mohammed Ali Jinnah – Er gilt als der Gründer des Staates Pakistan. Sowohl sein Geburts- als auch sein Todestag sind nationale Feiertage. Ursprünglich gehörte der 1876 geborene Moslem Mahatma Gandhis Kongresspartei an und trat für die Einheit der Inder ein. Enttäuscht übernahm er jedoch schließlich die Führung der moslemischen Separatisten. Nach der Gründung Pakistans 1947 wurde er dessen erster Generalgouverneur, starb aber bereits im darauffolgenden Jahr.

Asif Ali Zardari – Der heute 55-jährige Präsident steht seit 2008 an der Spitze Pakistans. Er ist der Witwer der ehemaligen Premierministerin Benazir Bhutto, die ebenso wie ihr Vater, der ehemalige Staats- und Regierungschef Zulfikar Ali Bhutto, eines gewaltsamen Todes starb. Außerdem ist er der Vater von Bilawal Bhutto Zardari, dem Vorsitzenden der Pakistanischen Volkspartei (PPP).



Pervez Musharraf – Der vor 67 Jahren in Delhi geborene Ex-Diktator putschte sich 1999 an die Macht. Er galt als weitgehend laizistisch und unterstützte nach dem 11. September 2001 George W. Bushs „Krieg gegen den Terror“, was ihm den Spitznamen „Busharraf“ einbrachte. Die US-Nähe kam im Westen gut an, kostete ihn jedoch Sympathien im eigenen Land. 2008 sah er sich gezwungen, vom 2001 übernommenen Präsidentenamt zurückzutreten.

Zeitbombe für den Westen

Die zwei Gesichter der Islamischen Republik Pakistan

Pakistan mit seiner mehrheitlich muslimischen Bevölkerung von 173 Millionen gebietet als bisher einziges islamisches Land über einsatzfähige Atombomben und Raketensysteme – eine ständige Bedrohung für den ebenfalls atomar gerüsteten Nachbarn Indien und die westliche Welt.

Das Militär des Landes ist zwiegespalten und beherbergt eine große Zahl fundamentalistischer Hardliner in seinen Reihen. Politik und Verwaltung sind von einer hohen Korruption gekennzeichnet. Blutige Attentate durch radikale Islamisten, jetzt als Rache für die Tötung bin Ladens durch die USA motiviert, erschüttern das Land. Trotz florierender Industrien ist das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung auf dem Niveau eines Entwicklungslandes. Gewaltige Überschwemmungen mit Überflutung von einem Fünftel des Landes sorgten 2010 für Milliardenschäden und 1700 Todesopfer. Der Westen und militante Islamisten wetteifern bei Hilfsmaßnahmen.

Die Regierung ist den Folgen nicht gewachsen, das Land steht sozusagen auf der Kippe.

Von seiner Gründung an muss die politische Situation des Landes als instabil bezeichnet werden. Kurze demokratischer Phasen wurden immer wieder durch Militärputsche ausgehebelt. Im Westen herrschen patschunische Clanfürsten, die Grenzregion Waziristan zu Afghanistan wird stark von militanten Taliban-Verbänden kontrolliert. Im Swat-Tal herrschen Extremisten. Der Einfluss der Regierung auf die Hochburgen des Islamismus im Westen ist marginal. Auch gelegentliche militärische Operationen ändern kaum etwas daran, dass sich in dieser Gebirgsgegend immer wieder Dschihadisten verstecken und ihre Operationen aus dem Schutz der sich mit ihnen solidarisierenden Dörfer planen. Zahlreiche Extremisten halten sich auch in den urbanen Zentren wie Islamabad, Karatschi, Banglore und Rawalpindi auf. So kam es zum Beispiel 2007 wegen der von radikalen Imamen geforderten totalen Einführung der Scharia in Islamabad zu blutigen Auseinandersetzungen um die Rote Moschee.

Machtergreifung von Islamisten wäre atomare Bedrohung

Trotz Verstößen gegen die Menschenrechte wie Folter, willkürliche Verhaftungen, Zwangsehen, manchmal Lynchjustiz, Ehrenmorde und eine hohe Kinderarbeit unterhalten die meisten Länder der Europäischen Union freundschaftliche Beziehungen zu Islamabad. Sie fürchten eine zunehmende islamische Radikalisierung, wachsenden Extremismus, geschürt durch blindwütige Imame, die immer wieder zum Dchihad gegen den Westen aufrufen. Für die Amerikaner gilt Pakistan als wichtiger Verbündeter im Kampf gegen den Terrorismus, was zu erheblichen finanziellen Transferleistungen Anlass gab. Allein 2009 wurden beim US-Kongress fast 500 Millionen US-Dollar Wirtschaftshilfe und weitere 400 Millionen Militärhilfe für die Regierung in Islamabad beantragt, zusätzlich 7,5 Milliarden Dollar in Raten über fünf Jahre hinweg.

Neuerdings treten wegen der US-Drohnenangriffe auf Taliban-Stützpunkte, die regelmäßig auch zivile Opfer fordern, Irritationen auf. Die Tötung bin Ladens wird als massiver Eingriff in die Souveränität des Landes gewertet. Erst kürzlich forderte die „Pakistan Muslim League-Nawaz“ die Regierung ostentativ auf, ihre Zusagen an die Amerikaner zu revidieren. Eine Machtergreifung durch die islamistischen Hardliner würde sich auch zu einer atomaren Bedrohung für die westliche Welt auswachsen. Großen Einfluss auf die Politik üben die Geheimdienste des Landes aus und es bleibt wohl ungeklärt, wie stark sie ihre schützende Hand über den Terrorpaten bin Laden gehalten haben.

Joachim Feyerabend



Widersprüchliche Signale: Während die Regierung ihre Freundschaft zum Westen beteuert, demonstrieren viele dagegen Bild: dapd

Dauerkonflikt mit Indien hat Sprengkraft

Kaum ein regionaler Konflikt dauerte derart lang und war mit so viel Sprengstoff auch für den Weltfrieden versehen wie die teils kriegerischen, teils verbalen Auseinandersetzungen zwischen Pakistan und seinem Nachbarland Indien wegen des umstrittenen Gebiets von Jammu und Kaschmir. Viermal zogen die beiden Atommächte gegeneinander in den Krieg. Zudem zerrütteten weitere Geplänkel das Verhältnis der beiden Staaten zueinander. Mehrfach standen die rivalisierenden Mächte erneut kurz vor einer bewaffneten Auseinandersetzung. Mit Raketen- und Atomtests lassen sie gelegentlich die Muskeln spielen. Bilaterale Gespräche über eine Waffenruhe und Beendigung des Konflikts fanden zwar immer wieder statt,



Streit mit Indien auch wegen Terrors

doch nie gelang es, den Frieden dauerhaft zu sichern. Für den Hindustaat Indien ist Kaschmir ohnehin ein heißes Eisen, da von dort muslimischer Terror ausgeht, der unter anderem von Pakistans Geheimdiensten unterstützt sein soll. Die Regierung in Islamabad bestreitet dies vehement. Und auch gegenwärtig kriselt es wieder, nachdem Neu Delhi nach der Tötung bin Ladens laut darüber nachgedacht hat, mit anderen Terroristen in Pakistan, etwa jenen des Attentats auf das Tatsch-Mahal-Hotel in Bombay, ähnlich zu verfahren. Der Beginn des Konflikts ist ein koloniales Erbe. Pakistan sicherte sich als Verbündeten vor allem China, Indien holte sich Russland an seine Seite – mögliches weiteres Konfliktpotential, um den regionalen Streit eines Tages weiter eskalieren zu lassen, zumal China verschiedene Projekte in Pakistan vorantreibt, so den Bau von Reaktoren und eines Containerhafens. Da China auf der anderen Seite Indiens, in Bangladesch, ebenfalls einen Hafen baut, fühlt sich Indien in die Zange genommen. *J. F.*

Heimat indischer Muslime

Die Geschichte Pakistans ist von Konflikten geprägt

Der indisch-britische Schriftsteller Salman Rushdie bezeichnete die Geschichte Pakistans abfällig als „alt und rostig“. Nicht erst seit der Unabhängigkeitserklärung 1947 hat das Land am Indus große Probleme, die sich in Aufständen, Militärdiktaturen, Naturkatastrophen, blutigen Anschlägen und Bürgerkriegen, Korruption sowie einer schlechten Wirtschaft zeigen.

Fast 200 Jahre lang, von 1756 bis 1947, regierten Briten in Groß-Indien, das die Gebiete des heutigen Indien, Pakistan und Bangladesch umfasste. Britische Kaufleute eroberten das Land über die „East India Company“ und bauten eine staatlich-militärische Organisation auf. Nach dem Sepoy-Aufstand von 1857 übernahm die britische Krone die Herrschaft. 1877 ließ sich die englische Königin Viktoria zur „Kaiserin von Indien“ krönen. Politische Parteien durften seit 1885 für den „Indian National Congress“ (Parlament) gewählt werden.

Doch viele Muslime fühlten sich durch die Hindu-Mehrheit im National-Kongress unterdrückt. Sie gründeten 1906 die „All India Muslim League“, die für die Entstehung Pakistans maßgeblich wurde. Der Dichterphilosoph Muhammad Iqbal forderte 1930 bei der Jahresversammlung der Moslem-Liga einen „nordwestlichen muslimischen Staat“. Der Kunstname „Pakistan“ setzt sich daher aus den nordwestlichen Provinzen des ehemaligen Groß-Indien zusammen: **P**unjab, **A**fghani, **K**ashmir, **I**ndus, **S**indh und **B**aluchistan. Der spätere Gründungsvater Pakistans, Mohammed Ali Jinnah, Präsident der Moslem Liga, griff diese Idee 1940 auf und forderte in Lahore die Teilung von Britisch-Indien und die Schaffung eines eigenen Muslimstaates. So wurde Pakistan am 15. August 1947 als „Homeland der indischen Muslime“ in die Unabhängigkeit entlassen. Zahlreiche kriegerische Konflikte folgten der Grenzziehung zwischen Indien und Pakistan, die bis heute andauern. Die Kriege um das mehrheitlich muslimische Kaschmir sind dabei die bekanntesten. Millionen Menschen wurden wegen ihres Glaubens vertrieben oder überschritten freiwillig die Grenzen nach Indien oder Pakistan. Nach einem längeren Krieg wurde der 1700 Kilometer östlich gelegene Teil Pakistans unter dem Namen „Bangladesch“ 1971 selbstständig.

Andersgläubige werden verfolgt

Die Kette innenpolitischer Konflikte im republikanisch verfassten Pakistan erscheint fast endlos. Bürgerkriege, Aufstände des Militärs und Militärdiktaturen wechselten sich mit demokratischeren Zeiten und gewaltsamen religiösen oder ethnischen Konflikten ab. Der Islam, der in der Verfassung von 1956 zur Staatsreligion erklärt wurde, kann das Land offenkundig nicht befrieden. Für Andersgläubige ist es hochgefährlich, in Pakistan zu leben. Religiösen Minderheiten – einschließlich muslimischer Konfessionen! – werden blutig verfolgt oder vertrieben. Pakistan ist heute eines der Länder, wo Christen am stärksten leiden müssen. Islamisten haben in den letzten Jahren bei Anschlägen in Pakistan 4300 Unschuldige ermordet. Seit dem 11. September 2001 bekennen sich die pakistanischen Regenten offiziell zum Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Andererseits gilt Pakistan weiterhin als Mutterland des weltweiten islamistischen Dschihad (Heiliger Krieg). *Hinrich E. Bues*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chef vom Dienst: Dr. Jan Heitmann; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper. **Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4863**

Abschied vom antitotalitären Konsens

SPD und Gewerkschaften unterstützen Stasi-Belastete in der Stasi-Unterlagen-Behörde

Roland Jahn, „Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“, muss derzeit einiges aushalten. Vor allem den Sozialdemokraten ist er unbequem geworden, weil er ehemalige Mitarbeiter der Stasi nicht mehr in seiner Behörde haben will.

Jahn empfindet es als unzumutbar, dass die Opfer des DDR-Unrechtsregimes ausgerechnet in seiner Behörde mit ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeitern der Staatssicherheit konfrontiert werden. Seine Vita belegt, dass er weiß, wenn er über deren Befindlichkeit spricht. Jahn wuchs selbst in der DDR auf und engagierte sich dort in der Opposition. Nach dem Abitur studierte er in Jena Wirtschaftswissenschaften. Nachdem er sich an öffentlichen Protesten gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns beteiligt und Flugblätter gegen die Zensur verteilt hatte, wurde er zwangsexmatrikuliert und kam „zur Bewährung“ als Transportarbeiter in die Produktion. Doch davon ließ er sich nicht einschüchtern und demonstrierte weiter offen gegen die SED-Diktatur. Sein Widerstand brachte ihn hinter Gitter, bis er 1983 in die Bundesrepublik abgeschoben und gegen seinen Willen aus der DDR ausgebürgert wurde.

Im Westen arbeitete er als Journalist, bis er Ende letzten Jahres auf Vorschlag von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) vom Bundestag zum Chef der Stasi-Unterlagenbehörde ernannt wurde. „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ sagte er bei seiner Antrittsrede im März. Dass ihm jedoch mancher Weg verbaut ist, merkt er jetzt. Mit seinem Vorstoß zur Entfernung der ehemaligen Stasileute aus seiner Behörde stößt er auf heftigen Widerstand, bei dem sich besonders die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften unrühmlich hervortun.

Ausgerechnet Richard Schröder, Vorsitzender des Beirats der Jahn-Behörde, wirft ihm vor, der Aufarbeitung der SED-Vergangenheit zu schaden. Zugleich stellt er sich vor die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter. Schließlich seien diese loyal und hätten sich in den vergangenen 20 Jahren nichts zuschulden kommen lassen. Ihre Entfernung sei, so der sozialdemokratische Theologe weiter, „symbolische Politik auf dem Rücken Unschuldiger“. Wie weit sie aber in der DDR Schuld auf sich geladen haben, wird nicht thematisiert. Ansonsten ist die argumentative Auseinandersetzung längst einer Kaskade unsachlicher Anwürfe gewichen. Selbst vor Diffamierungsvokabeln wie „Eiferer“, „Menschenjagd“ und „unfähig“ schrecken die Kritiker des ehemaligen DDR-Oppositionellen nicht zurück.

> Die Opferperspektive soll nicht das letzte Wort haben

Die Argumentation, die „Perspektive der Opfer“ dürfe „nicht das letzte Wort“ haben, und die Behörde müsse bei der Aufarbeitung des Unrechts in der DDR „in der Mitte zwischen Tätern und Opfern stehen“, bedeutet die Entfernung vom antitotalitären Konsens, auf dem die Bundesrepublik beruht. Eine gefährliche Entwicklung, denn nach der Erfahrung mit zwei Diktaturen kommt es darauf an, jeder Form totalitärer Herrschaft vorzubeugen, unabhängig davon, ob sie von links oder von rechts droht. Dazu gehört auch, die NS-Herrschaft ebenso wie die das Regime der Kommunisten in einem Teil Deutschlands gründlich aufzuarbeiten, um daraus Lehren für die Gegenwart und Zukunft unseres Landes ziehen zu können.

Dazu will Jahn – nicht zuletzt aufgrund eigener Erfahrungen mit einer der beiden deutschen Diktaturen – als Behördenchef beitragen. Die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter sieht er dabei als Hindernis. Dass man sie überhaupt in seiner Behörde angestellt hat, hält er für einen Fehler. Mit seinem Vorstoß konfrontiert er die damals – und zum großen Teil auch heute noch – Verantwortlichen mit den Versäumnissen, die sie vor 20 Jahren begangen haben. Er zeigt, dass es falsch war, die Täter mit der Aufarbeitung ihrer Taten zu betrauen. Auch wenn die sich, wen wundert's, so gut mit den Akten auskennen und daher eine so große Hilfe sind. Das ist natürlich peinlich und macht Jahn zum Störenfried, umso mehr, als man bei der Berufung des Außenseiters zum Behördenleiter wohl gehofft hatte, er würde geschmeidig und unauffällig funktionieren.

Jetzt also, so werfen ihm seine Kritiker vor, reiße er Gräben auf. Mutwillig und ohne die Folgen zu bedenken. Ohne zu berücksichtigen, dass dienstrechtliche Gründe die Entfernung der betroffenen Mitarbeiter erschweren würden. Jahn wird sich dabei an den Umzug von Ministerien und Behörden von Bonn nach Berlin erinnert haben. An die drastische Verkleinerung der Bundeswehr. An die Schließung von staatlichen Bildungseinrichtungen und Krankenhäusern. An Behördenzusammenlegungen. Bei all diesen Maßnahmen wurden Hunderttausende „freigesetzt“ oder in anderen Behörden weiterverwendet. Bei vier Dutzend Mitarbeitern der Jahn-Behörde soll das alles aber nicht möglich sein. Bei ehemaligen Stasi-Mitarbeitern gilt eine solche Zurruhesetzung oder Versetzung indes „nach einem halben Arbeitsleben“ als „völlig inakzeptabel“, so die Gewerkschaft der Polizei. Der Wille, den von Jahn gewählten Weg zu beschreiten, fehlt. Am Ende nutzt diese Debatte vor allem den Tätern. *Jan Heitmann*



Roland Jahn: Vom Opfer der Stasi-Herrschaft zum Opfer unerbittlicher Kritiker — Bild: Soeren Stache dps/lbn

Jetzt wird deutlich, dass es

MELDUNGEN

SPD plant höhere Steuern

Berlin – In einem internen Eckpunktepapier für den Bundestagswahlkampf 2013 plant die SPD verschiedene Steuererhöhungen: So soll der Spitzensteuersatz von derzeit 42 auf 49 Prozent angehoben werden, inklusive „Reichensteuer“ läge er dann bei 52 Prozent. Zudem wollen die Sozialdemokraten die Einführung einer privaten Vermögensteuer, die Rücknahme von Lockerungen bei der Erbschaftsteuer sowie eine „Reform“ der Grundsteuer. Sozialabgaben für Arbeitnehmer sollen zudem künftig progressiv ansteigen, was auf eine spürbare Mehrbelastung der mittleren Einkommensgruppen hinausliefe. Entlastet werden sollen dagegen Einkommen unter 2000 Euro brutto im Monat. Sie sollen einen Ausgleich erhalten, der sich an den Sozialversicherungsbeiträgen orientiert. Geplant sind hierfür ein „dynamischer Lohnsteuerbonus“ und „Kinderfreibeträge im Rahmen der Sozialversicherungsbeiträge“. *H.H.*

Entlassen wegen »Dschihad«

Köln – Der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner hat dem in der Domstadt tätigen Religionslehrer David Berger die Lehrerlaubnis entzogen. Berger hatte einflussreiche Positionen in der katholischen Kirche bekleidet, bevor er im November 2010 das Buch „Der heilige Schein“ veröffentlichte, in dem er einen „katholischen Dschihad“ beklagte. Meisner sah dadurch das Vertrauensverhältnis zerrüttet. Berger hatte sich im April 2010 in der linken „Frankfurter Rundschau“ zu seiner Homosexualität bekannt. Daraufhin hatte Kardinal Meisner nichts unternommen. Dennoch sieht Berger nun sein „Outing“ als Ursache für die Entlassung. Das wies Meisners Sprecher zurück. *H.L.*

Am Scheideweg

Regierung in Baden-Württemberg krempelt das Land um

Die Wähler in Baden-Württemberg haben sich bei der Landtagswahl am 27. März für den Regierungswechsel entschieden. Die neue Landesregierung mit dem grünen Politiker Winfried Kretschmann als Ministerpräsident ist nunmehr im Amt.

Auffällig, wie häufig die Medien betonen, dass es sich bei Kretschmann um einen wertkonservativen, bodenständigen Politiker handele, der zudem gläubiger Katholik sei. Gläubiger Christ zu sein gilt seit mindestens 20 Jahren in Deutschland nicht mehr als besondere Qualifikation für ein politisches Spitzenamt. Bei der grünen Partei hat dieses Merkmal noch nie eine Rolle gespielt. Es war eher hinderlich für den parteiinternen Aufstieg.

Was also soll die Betonung der oben genannten Charaktereigenschaften Kretschmanns bezwecken? Man will den Anhängern der CDU im Lande – es sind mindestens 40 Prozent der Wähler – den Eindruck der Kontinuität in der Regierungsspitze vermitteln. Der langjährige, äußerst beliebte Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) war bodenständig und gläubiger Katholik. Doch in der politischen Auffassung trennen Erwin Teufel und Kretschmann Welten. Kretschmann war in jungen Jahren ein linker 68er. Das Regierungsprogramm für die neue grün-rote Koalition in Stuttgart hätte Teufel nie unterschrieben.

> Ein bewährtes Schulsystem wird kaputtexperimentiert

Mit revolutionärem Elan geht die neue Regierung an die Umgestaltung des Bildungssektors. Die Abschaffung der Grundschulempfehlung, die Einführung der Gemeinschaftsschule und die Einführung der Ganztagsschule als Regelschule stehen auf der Tagesordnung. Ein bewährtes durchlässiges Schulsystem wird durch die Einführung der Gemeinschaftsschule im Zweifelsfall kaputtexperimentiert. Es gibt bisher keine seriöse Untersuchung, die belegt, dass gemeinsames Lernen benachteiligte Schüler besonders fördert. Darüber hinaus hat die neue Landesregierung versprochen, die Studiengebühren wieder abzuschaffen und vermehrte Studienplätze zu schaffen. Woher aber soll das dafür benötigte Geld kommen? Man benötigt vermehrt Mittel für die schulkindliche Bildung. In den Großstädten des Landes gibt es Schulen mit 80 Prozent Ausländerkindern. Durch frühzeitige Sprachförderung im Kindergartenalter kann hier manche Benachteiligung bis zum Schulbeginn gemildert und so der Entwicklung eines sozialen Sprengsatzes vorgebeugt werden.

Spannend bleibt die Frage, wie die neue Landesregierung den Konflikt um den Bahnhofsneubau in Stuttgart lösen will, das Projekt Stuttgart 21. Die Grünen lehnen es ab, der Koalitionspartner SPD will bauen. Mit einer Volksbefragung soll die Mehrheitsmeinung zu dem umstrittenen Projekt erfragt werden.

Ministerpräsident Kretschmann steht im siebten Lebensjahrzehnt. Lebenserfahrung wird ihm hoffentlich Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein gebracht haben, um die gesellschaftsverändernden Tendenzen in seiner Koalition klein zu halten. Grün-Rot übernimmt das Ländle im guten Zustand. *Wilhelm v. Gottberg*

Der Datenklau blüht

Millionenschäden durch Manupulationen in der virtuellen Welt

Kaum ein Kriminalitätszweig wächst so rasant wie der Datendiebstahl. Wo immer die Technik Schwächen aufweist, blüht ein Betrugsfeld. Jeder kann Opfer sein. Millionen Deutsche haben sich auf den Internetseiten von Firmen und bei sozialen Netzwerken angemeldet und Daten preisgegeben. Für verifizierte Informationen bieten Datenhändler den Dienstbetreibern über 100 Euro pro Nutzer. Und wo Geld mit Daten gemacht wird, ist der Missbrauch nicht fern. Oft ist nur der Name und das Geburtsdatum nötig, um eine fremde Identität auszunutzen, ein Geschäft abzuschließen und damit Warenkreditbetrug zu begehen. Zu den mehr oder weniger freiwillig von Verbrauchern geöffneten Einfallstoren für Missbrauch kommen unfreiwillig weitere hinzu. Selbst Fahrkartenautomaten der Bahn seien nicht mehr sicher, stellt das Bundeskriminalamt (BKA) fest. Betrüger räumen selbst Paketstationen der Post mit im Netz erschlichenen Angaben von Paketempfängern aus.

Betrug am Geldautomaten ist dagegen ein klassisches, wenn auch weiter wachsendes Problem. Vergangenes Jahr registrierten die Beamten 3183 Fälle von kriminellen Manipulationen. Im Jahr zuvor waren es 2058. Belief sich der Schaden durch Datenlecks an Geldautomaten 2009 auf 44 Millionen Euro, hat er 2010 die 60-Millionen-Euro-Marke erreicht. Jeder veränderte Automat gibt den Tätern rund 60 Konten preis. Aufgesetzte Tastaturattrappen, kleine Spähkameras, manipulierte Kartenschlitze oder gar Mini-Mikrophone schädigten so im Jahr 2010 rund 190 000 deutsche Kartenkunden. Betrüger nutzen nachgemachte Karten, um meist aus dem Ausland Geld abzuheben. Sie operieren laut BKA in spezialisierten Kleingruppen, sind nur kurze Zeit vor Ort und bevorzugen Städte ab 100 000 Einwohnern. Banken rüsten mit der Einführung der Chip-Technik nach. Immerhin zwingen sie so die Kartenbetrüger, ihre Taten zunehmend vom außereuropäischen Ausland aus zu verüben, denn dort nutzen Automaten nach wie vor den anfälligen Magnetstreifen. Dank des Chips ging so der Schaden in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 40 Prozent zurück, sagt Hans-Werner Niklasch, Geschäftsführer der Euro-Kartensysteme. Die meist aus Osteuropa stammenden Täter finden indes neue Angriffsmöglichkeiten. An einer einzigen Tanksäule in Nordrhein-Westfalen erbeuteten sie mittels Datenklau 600 000 Euro. Die Trennlinie zwischen Internet-Datendiebstahl und Datenbetrug in der nicht virtuellen Welt verschwimmt; Grenzen stellen keine Hürden mehr dar.

> Jede neue Sicherheitslücke wird ausgenutzt

Beim Identitätsdiebstahl ist ein Einschreiten der Behörden schwer. Die Opfer haben faktisch die Kontrolle über ihren „guten Namen“ verloren. Sie erhalten Mahnungen für nicht bestellte Waren, stoßen auf falsche Schufa-Eintragungen und Forderungen von Inkasso-Firmen. Laut Umfrage des Branchenverbandes der Informationstechnologie Bitkom sind in Deutschland bereits 3,5 Millionen Menschen Opfer von Datendiebstahl geworden. Rund 2,5 Millionen haben dabei finanziellen Schaden erlitten. Auch für Unternehmen ist der Schaden beträchtlich. Jedes vierte Unternehmen in Deutschland war in den letzten drei Jahren (Stand 2010) Opfer von Computerkriminalität. Den größten Anteil mit 61 Prozent daran hatte der Diebstahl von Kunden- oder Arbeitnehmerdaten, so das Beratungsunternehmen KPMG. *SV*

MELDUNGEN

Russland brennt wieder

Omsk – Nasa-Satelliten haben 460 „heiße Punkte“ in Sibirien geortet. Die Satelliten „Terra“ und „Aqua“ fixieren mittels Infrarottechnik Gebiete mit deutlich höheren Temperaturen; es sind in der Regel Wald- und Steppenbrände, aber auch Gasfackeln oder Metallurgieproduktionen. Seit Anfang Mai wurden offiziell 137 Wald- und Steppenbrände registriert. Die Brände drohen sich über die besonders geschützten Gebiete hinaus auszubreiten. 406 Feuerwehrleute und Freiwilligen sowie 106 Löscheinheiten kämpfen gegen die weitere Vernichtung von Waldflächen und achtlosen Umgang mit Feuer. *MRK*

Brok will die Dänen bestrafen

Brüssel – Der Sprecher der CDU im EU-Parlament, Elmar Brok, will scharf gegen Dänemark vorgehen, weil das skandinavische Land vorrübergehend stichprobenartigen Zollkontrollen wieder eingeführt hat. „Hier darf es keine Kompromisse geben, hier muss hart durchgegriffen werden. Die EU-Kommission müsse gegen Kopenhagen einen Mahnbrief schreiben und notfalls vor dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg verklagen“, sagte er der Internet-Ausgabe des „Handelsblatts“. Brok sieht in dem dänischen Schritt einen Verstoß gegen das Schengener Abkommen. Die dänische Regierung verteidigt ihren Schritt damit, dass zunehmend Kriminelle den freien Grenzübertritt missbrauchten. Auch geht es vermutlich um illegale Zuwanderer, welchen von anderen EU-Ländern wie zuletzt Italien die Weiterreise in weitere Schengen-Staaten ermöglicht wird. Unterdessen hat die EU-Kommission auf Wunsch Frankreichs und Italiens eine Reform des Schengener Abkommens angekündigt. *H.H.*

Teuerster Staatsfeind aller Zeiten

Staatsverschuldung durch den »Krieg gegen den Terror« droht, den US-Haushalt zu ruinieren

Die Meldung vom Tod bin Ladens hat US-Wissenschaftler veranlasst, Berechnungen über die bisherigen Kosten des „Kriegs gegen den Terror“ vorzulegen. Die Zahlen schwanken - einig sind sich die Experten darin, dass bin Laden der teuerste Gegner war, den die USA bisher hatten.

Der Feldzug gegen den Terror wird ineffektiv geführt. Ähnlich wie im Fall des durch die Sowjetunion geführten Afghanistankrieges könnte sich der Niedergang der USA durch die aufgeblähten Sicherheitsausgaben sogar beschleunigen: Seit der gebürtige Saudi bin Laden im Jahr 1998 erstmals auf den Fahndungslisten des FBI auftauchte, haben die USA mindestens drei Billionen Dollar aufgewendet, die ohne die Anti-Terror-Maßnahmen nicht angefallen wären. Zu diesem Schluss kommen Tim Fernholz und Jim Tankersley in einer Analyse für das renommierten „National Journal“.

Im Gegensatz zu Konflikten, in die die USA bisher verwikkelt waren, hat der kostspielige „Krieg gegen den Terror“ nach Meinung befragter Wissenschaftler kaum einen Fortschritt und auch keine positiven ökonomischen Nebeneffekte gebracht. Zu den wenigen Profiteuren gehören die zivilen Vertragspartner des Pentagon.

Die Sicherheitslage der USA ist nach wie vor prekär – und das bei enormen Kosten. Zum Vergleich ziehen die beiden Journalisten die Aufwendungen für vergangene Konflikte heran. Die Ausgaben der USA für den Zweiten Weltkrieg werden nach Angaben des US-Kongresses zum Beispiel auf 4,4 Billionen Dollar beziffert, fast 40 Prozent des damaligen Bruttoinlandsprodukts. In den USA wird dieser Krieg als das aufgefasst, was er tatsächlich war, ein globaler Krieg, dessen Schwerpunkt aus US-Sicht eher im Pazifik gelegen hat. Die Ankurbelung der Rüstungswirtschaft während des Krieges hat es dem Land ermöglicht, die „Große Depression“ hinter sich zu lassen. Selbst der extrem kostspielige Kalte Krieg, dessen Kosten für die USA auf 19 Billionen Dollar geschätzt werden, hatte positive Nebeneffekte. Die technologische Forschung im Rüstungsbereich wurde häufig zur Herstellung ziviler Produkte genutzt. Der „Anti-Terror-Kampf“ hingegen hat nur zu wenigen technischen Errungenschaften geführt. Neu etabliert haben sich ferngelenkte Flugdrohnen als neue Waffentechnik. Die wenigen Vorteile, die in der Analyse aufgezählt werden, sind nur rhetorisch gemeint: „Zwei Kriege, die immer noch 150 000 Soldaten beschäftigen und ein Viertel unseres Verteidigungsbudgets auffressen; einen inländischen Sicherheitsapparat, der teilweise

> Ausgaben erfolgen ohne Berechnung von Kosten und Nutzen

unsere Bürgerrechte und die zivilen Freiheiten einschränkt; steigende Ölpreise durch die Terror-Bedrohung und eine monströse Staatsverschuldung, die aus der Vervielfachung der Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung resultiert.“

Verhindert wurde durch den aufwendigen Sicherheitsapparat ein zweiter Anschlag vom Ausmaß des 11. September 2001. Die Kosten des Anschlags werden mit 25 Milliarden Dollar Sachschäden und wirtschaftlichen Folgekosten in Höhe von 150 Milliarden Dollar beziffert. Allerdings waren die Aufwendungen zur Verhinderung eines weiteren Anschlags gigantisch – eine Kosten-Nutzen-Rechnung scheint zu keinem Zeitpunkt stattgefunden zu haben. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben sich zum Beispiel die Ausgaben für die Sicherheit von Botschaften und Diplomaten von 172 Millionen Dollar auf 2,2 Milliarden Dollar erhöht. Innerhalb der USA sind mittlerweile 1721 verschiede Behörden und Institutionen am Anti-Terrorkampf beteiligt. Sie produzieren jährlich geschätzte 50 000 Berichte und Gutachten, die in der Mehrheit kaum zur Kenntnis genommen werden. Die Kosten sowohl für den Afghanistankrieg als auch den Irakkrieg addieren die Autoren zu den Gesamtaufwendungen im Zuge der Terrorbekämpfung, da nach ihrer Ansicht beide Kriege ohne das Umfeld des „Kriegs gegen den Terror“ nicht geführt worden wären. Selbst wenn man beide Kriege nicht berücksichtigt, wie bei der Berechnung von Professor John Mueller, Experte für Innere Sicherheit aus Ohio, kommt man auf zusätzliche Ausgaben für die innere Sicherheit in Höhe von über einer Billion Dollar seit 2001.



Fass ohne Boden: Der „Krieg gegen den Terror“ hat schon drei Billionen Dollar gekostet. Bild: mauritius

Für den Fall, dass die Regierung nicht die Notbremse zieht und die Ausgaben im Sicherheitsbereich einschränkt, prophezeit die Analyse von Fernholz und Tankersley in den nächsten zehn Jahren neun Billionen Dollar an zusätzlichen Schulden. Ob es allerdings noch dazu kommt, ist zweifelhaft – bereits im Juli droht die gesetzliche Schuldenobergrenze in Höhe von 14 300 Milliarden Dollar erreicht zu werden. Dann besteht die Gefahr eines „Shutdown“, der zum Ende des Fiskaljahres 2011 im April noch einmal abgewendet werden konnte. In einem solchen Fall einer Haushaltsnotlage würden Staatsbeamte nach Hause geschickt werden, weil ihre Bezahlung nicht mehr gewährleistet wäre. Falls es Obama im Juli nicht gelingt, eine erneute Heraufsetzung der Schuldenobergrenze durchzusetzen, müssten die USA faktisch ihren Bankrott erklären, wie es Argentinien 2002 getan hat.

Die Gefahr, die von ausufernden Ausgaben ausgeht, wird mittlerweile auch von hochrangigen Vertretern des Militärs, wie dem US-Generalstabschef Admiral Michael Mullen, gesehen. Für ihn steht fest: „Unser Schuldenberg ist die größte Bedrohung der nationalen Sicherheit.“

Norman Hanert

Zurück zur Plan-Demokratie

Putin knüpft mit »Allrussischer Volksfront« an Altbewährtes an

Wladimir Putin – eine Reinkarnation von Apostel Paulus? So jedenfalls sieht ihn eine neu gegründete Sekte in der Wolgastadt Nischnij Nowgorod. Sie stellte eine Reihe von Parallelen in den Biographien Putins und des biblischen Paulus fest. Anfänglich Militärkommandant, erleuchtete Putin der Heilige Geist und er habe daraufhin begonnen, seine Herde zu führen.

Ein Sprecher des Ministerpräsidenten zeigte sich wenig begeistert über diesen neuen Putin-Kult. Denn Putins Image soll anderen Zielen dienen. So staunten die Delegierten nicht schlecht, als der Premier auf einer regionalen Parteikonferenz der Regierungspartei Einiges Russland Anfang Mai in Wladiwostok die Gründung einer „Allrussischen Volksfront“ ankündigte. Die Vereinigung soll sich aus gleichberechtigten Partnern zusammensetzen, die mit einem gemeinsamen Programm bei Wahlen antreten. Die Volksfront soll allen offen stehen, „die sich an der Ausarbeitung und Realisierung langfristiger Programme zur Entwicklung des Staats und der Gesellschaft beteiligen wollen“. Über Ziele und geplante Aktivitäten informiert die Webseite des Premiers.

Die Allrussische Volksfront richtet sich an alle Organisationen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Frauen- und Veteranenverbände, deren Einfluss auf die Politik relativ gering ist, deren Unzufriedenheit sich jedoch am Stimmenrückgang von „Einiges Russland“ vor allem in den Regionen bemerkbar macht. Schon über 100 gesellschaftliche Organisationen sollen ihre Bereitschaft erklärt haben, sich für das neue

> Kein Zweifel: Putin wird 2012 kandidieren

Bündnis engagieren zu wollen. Der Begriff „Volksfront“, erinnert an die „Nationale Front“ der DDR. Wie damals, als man nicht die SED, sondern Kandidaten verschiedener Parteien und Organisationen wählte, soll sich „Einiges Russland“ mit anderen Parteien und Massenorganisationen verbünden, denen sie dafür Listenplätze abtritt.

Die Märzwahlen haben gezeigt, dass die Unterstüzung für „Einiges Russland“ schwindet, im Volksmund wird sie als „Partei der Gauner und Diebe“ bezeichnet. Sie braucht dringend frische Gesichter und ein neues Image, da sie zu einem unpopulären Beamtenklub geworden ist. Trotz Manipulationen und Druck von oben hatte sie es nicht geschafft, ihre Zweidrittelmehrheit zu erhalten.

Politologen und Journalisten sind sich einig, dass mit der Bildung der Volksfront nicht nur der Wahlkampf für die im Dezember stattfindende Parlamentswahl, sondern auch der Kampf ums Präsidentenamt begonnen hat. Es könne kein Zweifel mehr daran bestehen, dass Wladimir Putin 2012 kandidieren wird, heißt es. Putin setzt auf Altbewährtes: Wie 2007 werden die Parlamentwahlen zu einem Referendum für ihn als „nationalen Führer“. Experten deuten sein Vorgehen als klares Signal an Präsident Dmitrij Medwedew, dass dieser sich keine Hoffnung auf eine Amtsverlängerung zu machen braucht.

Medwedew distanzierte sich von der „Allrussischen Volksfront“-Initiative seines Premiers. Er sprach aus, was alle dachten: Die Bildung einer Volksfront sei nur erklärbar als ein „wahltechnologischer Akt“. Ob Putin mit seiner Volksfront die Sowjetnostalgie vieler Bürger bedienen will oder das Land sich in ein sozialistisches System zurück entwickeln wird, bleibt offen. Vordergründig geht es darum, Stärke zu demonstrieren und Macht zurückzugewinnen. *M. Rosenthal-Kappi*

Sorgenkind am Mittelmeer

Massenproteste und Preisexplosionen erschüttern Albanien

Für Italiens Zigarettenmafia war es eine Katastrophe, die Politik bejubelte es als Wende zum Besseren: Der Sturz der kommunistisch-stalinistischen Diktatur von Enver Hodscha schien Albanien seit 1990 aus seiner politischen Isolation zu befreien und das Balkanland zu einem Partner des Westens und der Nato werden zu lassen, EU-Beitritt nicht ausgeschlossen.

Für die Schmuggler war es das Aus in einem blühenden Geschäft, denn Albanien nahm beim US-Tabakkonzern Philipp Morris mehr Zigaretten ab, als sein Volk je hätte rauchen können. Italienische Schnellboote (in Belgien gekauft) brachten die heiße Ware dann über die Adria, wo sie in Großstädten wie Neapel durch ein gut organisiertes Netz von Straßenhändlern verteilt wurde, ein Millionengeschäft.

Und die westlichen Politiker handelten sich einen Gesprächspartner ein, dessen Lage heute, 20 Jahre später, desolat ist. Daran änderten auch die Kommunalwahlen Anfang Mai – als Test für die Demokratie des armen Landes und Rückkehr zur Normalität gefeiert – so gut wie nichts. Beobachter meldeten erneut Übergriffe und Einschüchterungsversuche. Beide Parteien reklamierten nach der Wahl vom 8. Mai den Sieg für sich, die Überprüfung wird noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Nach politischer Gewalt mit vier Toten Anfang des

> Das Land lebt von Drogenhandel, Geldwäsche und den Überweisungen der Arbeitsemigranten

Jahres, Hungerstreiks, Massenprotesten, einer ausufernden Korruption und Wahlfälschungen 2009 sollten die neuen Wahlen beweisen, dass sich Albanien langsam westlichen Standards annähert

Sowohl die USA als auch die Europäische Union investierten Millionen, um die Voraussetzungen für eine freie Wahl zu schaffen. 5000 Polizisten und 500 ausländische Beobachter überwachten den Ablauf. 3,2 Millionen Wähler (40 Prozent sunnitische Muslime) hatten die Parlamente und Bürgermeister von 65 Städten und 308 Gemeinden zu bestimmen. In Tirana trat der sozialistische Edi Rama an. Sein Widersacher ist Regierungschef Sali Berisha von den Konservativen. Seit den Parlamentswahlen 2009 werfen sie sich gegenseitig Manipulationen vor. Und seither geht es mit dem Land wirtschaftlich weiter bergab. Üppige Wahlgeschenke plünderten die Kassen, der Haushalt brach um ein Viertel ein, die Auszahlung von Gehältern und Renten musste mehrfach verschoben werden, die Lebensmittelpreise explodierten in nur zwei Monaten um ein Fünftel.

Der albanische Schriftsteller Fatos Lubonja, eine moralische Autorität, beschreibt den Zustand so: „Das Land lebt in Wirklichkeit von den Überweisungen der Arbeitsemigranten, in den Hotels und Bars wird das Geld aus Drogenhandel und Prostitution gewaschen.“ Einen gewissen ökonomischen Lichtblick stellen Tiefbohrungen im Norden des Landes dar. Nach Angaben des Konzerns „Golden Touch“ sollen dort ergiebige Lagerstätten von Gold, Platin und Chromit-Mineralien existieren.

Joachim Feyerabend

VW greift nach MAN

Volkswagen will einen neuen LKW-Riesen schaffen

VW-Miteigentümer und Aufsichtsratsvorsitzender Ferdinand Piëch macht nun Ernst mit seiner Absicht, den VW-Konzern bis 2018 zum größten Automobilhersteller der Welt zu entwickeln. Dies soll durch Produktionssteigerungen in den Schwellenländern und durch weitere Zukäufe ermöglicht werden.

Im PKW-Bereich fertigt der Konzern in einem Dutzend Ländern der Welt die breite Palette der VW-Autos sowie PKW der Marken Seat, Audi, Skoda und andere. VW produziert seine PKW's mit ausgezeichneter Qualität. Besonders in der Entwicklung sparsamer Motoren ist der Wolfsburger Konzern auf der Welt führend. Schon vor zehn Jahren konstruierten die Wolfsburger das Ein-Liter-Auto, das allerdings für den Alltagsbetrieb untauglich war. Doch die Mühen haben sich ausgezahlt. VW hat inzwischen im Kleinwagensegment das Drei-Liter-Auto auf dem Markt, und der neue „Passat" wird mit 4,5 Liter Spritverbrauch auf 100 Kilometer angeboten. Damit hat VW eine starke Position auf dem Markt.

Im Lastwagensegment produziert der Konzern kleine und mittelgroße Transporter. Außerdem hat VW das Sagen beim schwedischen LKW-Hersteller Scania. Diese Trucks gelten auf dem LKW-Markt als Edelkarossen. Der VW-Konzern hält 71 Prozent der Aktien an Scania; der schwedischen VW-Tochter wurde bisher die Eigenständigkeit belassen. Offensichtlich ist VW mit dem Management von Scania zufrieden, denn der dortige Vorstandsvorsitzende erhielt erst vor wenigen Wochen einen neuen Vertrag. Das war für den Scania-Chef Leif Östling eine außergewöhnliche Auszeichnung, denn der Schwede wird in Kürze 66 Jahre alt und sein Vertrag wurde bis 2015 verlängert. Insider vermuten, dass Piëch sich die Dienste Östlings auch noch für die Anfangsphase des angestrebten Nutzfahrzeugkonzerns sichern wollte.

Nun greift VW nach dem traditionsreichen LKW-Hersteller MAN, der in München ansässig ist.

Die Kasse in Wolfsburg ist gut gefüllt

Die Wolfsburger hielten bisher schon knapp 30 Prozent der MAN-Anteile, nun haben sie auf über 30 Prozent aufgestockt. Wenn ein Unternehmen mehr als 30 Prozent der Anteile an einem anderen Unternehmen hält, ist es gesetzlich verpflichtet, ein Übernahmeangebot an die verbleibenden Aktionäre öffentlich bekannt zu geben. VW will bis Ende Mai den verbleibenden MAN-Aktionären ein Angebot machen. Im Gespräch sind 95 Euro pro Aktie. Die Kasse bei VW ist mit zehn Milliarden Euro gut gefüllt. Hervorragende Absatzzahlen ermöglichen weiterhin kräftige Überschüsse. Den Konzernlenkern in Wolfsburg wäre es durchaus Recht, wenn die MAN-Aktionäre auf das Übernahmeangebot nicht eingingen. Man würde weiterhin auf dem Markt MAN-Aktien erwerben. Bei einem 40 Prozent-Anteil etwa könnten die Bosse in Wolfsburg bei MAN in München durchregieren, denn auf der Hauptversammlung wäre keine Gegenmacht mehr vorhanden, um die Besetzung der Aufsichtsräte im Sinne der Wolfsburger zu verhindern. Bei Aktionärsversammlungen sind in der Regel nie mehr als 70 Prozent des gesamten Eigenkapitals vertreten.

Die Sparte VW Nutzfahrzeuge mit den Marken VW, Scania und MAN würde auf dem Weltmarkt der Lastkraftwagen ein starker Mitbewerber. Durch die Zusammenlegung der Entwicklungsabteilungen der einzelnen Marken verspricht sich die Konzernleitung Synergie-Effekte von etwa einer Milliarde Euro jährlich. Der nächste Wachstumsschritt ist bereits angedacht. Dem führenden LKW-Hersteller Daimler soll die Spitzenposition streitig gemacht werden.

Fortsetzung des Wachtumskurses ist fraglich

Der LKW-Markt bietet im kommenden Jahrzehnt riesige Wachstumschancen. Die Absatzmärkte der Zukunft liegen in den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China). Aufgrund der starken Beanspruchung der LKW in den Schwellenländern – bedingt durch fehlende Straßen und den Einsatz im Übertage-Bergbau – sind sie nach längstens drei Jahren schrottreif.

Ob allerdings VW weltweit auf Wachstumskurs bleibt, ist keinesfalls eine sichere Bank. Der Konzern unterhält Produktionsstätten von Schweden bis Südafrika und von Brasilien über Indien bis China. Bei einem derart verzweigten Konzern wird es immer wieder – um es bildlich zu sagen – zu Bränden kommen. Brände können gelöscht werden, notfalls durch Gesundschrumpfung. Sollte ein Brand allerdings einmal auf die Konzernzentrale durchschlagen, hat Deutschland Feuer unter dem Dach.

Unternehmerisches Handeln ist immer mit Risiken behaftet. Das wird niemand besser wissen, als VW-Patriarch Piëch. Hoffentlich studieren seine potenziellen Nachfolger nicht nur Kunstgeschichte. *Wilhelm v. Gottberg*



Frühes Symbol für die Zusammenarbeit von VW und MAN: Der von beiden Firmen ab 1979 gebaute Kleinlastwagen G90

KURZ NOTIERT

Immobilienboom in Berlin: Immer mehr Anleger stecken ihr Geld in Mehrfamilienhäuser zum Vermieten, im Fachjargon „Zinshäuser". 2009 wurden im Segment Mietshäuser 8,5 Milliarden Euro umgesetzt. Wie aus Fachkreisen verlautet, liefen die Geschäfte 2010 sogar noch besser. Allerdings profitierten von dem Investorenansturm hauptsächlich Städte mit über 550 000 Einwohnern, wo über 70 Prozent des Umsatzes erzielt wurde. Kleine Orte zogen kaum mit. Spitzenreiter ist Berlin, wo allein 2010 zwei Milliarden Euro umgesetzt wurden. Im beliebten Stadtteil Prenzlauer Berg liegt die Leerstandsquote von Wohnungen bei nur noch 1,2 Prozent. Als Grund für den Ansturm sehen Experten die Furcht von Inflation. *H.H.*

Haushaltsüberschuss in Russland: In den ersten vier Monaten des Jahres konnte Russland dank der Preisentwicklung auf dem Energiemarkt bereits einen Überschuss von umgerechnet 32,5 Millionen Euro erwirtschaften. Laut Anatolij Gordejew, Chef des Rechnungshofs, hatten die Einnahmen bis Ende März schon 37,8 Prozent der geplanten Jahreseinnahme erreicht. Gründe für diese für das Land positive Entwicklung sind neben den gestiegenen Exporteinnahmen auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit sowie die Stärkung des Rubel. *MRK*

Strengere Regelung für spekulative Geschäfte am Finanzmarkt: Die Finanzminister der Europäischen Union (EU) haben sich auf schärfere Regeln für spekulative Finanzprodukte verständigt. Die ungarische Ratspräsidentschaft teilte in Brüssel mit, man habe einen gemeinsamen Ansatz für die anstehenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament gefunden. Dabei geht es unter anderem um sogenannte Leerverkäufe, bei denen Spekulanten auf den Verfall einer Währung oder einer Aktie wetten. Die Regeln dafür sollen transparenter werden. Die deutsche Bundesregierung scheiterte allerdings mit ihrer weitergehenden Forderung nach einem befristeten Verbot von Leerverkäufen. *PAZ*

Griechenlands Tafelsilber

Bei der Privatisierung von Staatsvermögen gibt es viele Fallstricke

Der griechische Privatisierungsplan bis zum Jahr 2015 ist ehrgeizig: Zehn bis 15 Milliarden Euro soll der Verkauf von Staatsunternehmen erbringen. Weitere 25 bis 35 Milliarden Euro will Athen mit dem Verkauf von Immobilien einnehmen. Zweifelhaft ist, ob das Vorhaben gelingt. In den letzten 20 Jahren wurden durch Privatisierungen lediglich 20 Milliarden Euro erlöst. Eines der Vorhaben betrifft den Energiekonzern PPC, an dem der Staat 51 Prozent hält. Das Interesse von Investoren hält sich in Grenzen. Die in staatlichen Unternehmen Beschäftigten erhalten Gehälter, mitunter 18 Monatsgehälter, die durch zahlreiche Zuschläge weit über dem Marktniveau liegen. In vielen dieser Unternehmen hat nicht der Staat das Sagen, sondern die Gewerkschaften. Das gilt nahezu für sämtliche Privatisierungskandidaten wie für die Lotteriegesellschaft Opap, Wasserwerke und Häfen, besonders aber für Verlustbringer wie den Rüstungsbetrieb HDS oder die Eisenbahngesellschaft Trainose.

Welche weiteren Fallstricke die Privatisierung von staatlichem Vermögen in Griechenland bereithält, lässt sich bei den Verkaufsverhandlungen für den stillgelegten Athener Flughafen Elliniko sehen. Das 626 Hektar große Gelände gilt derzeit als wertvollstes Objekt mit einem Schätzwert von sieben Milliarden Euro. Allerdings sind nur für die Hälfte der Fläche die Eigentumsverhältnisse geklärt, es existieren zusätzlich Pachtverträge und illegale Abtrennungen. Die

Europäische Partner könnten leer ausgehen

Verhandlungen sind bisher mit Investoren aus dem Emirat Katar geführt worden. Zur Verärgerung der EU-Partner hat eine europaweite Ausschreibung nicht stattgefunden.

In Griechenland existiert kein Grundbuchsystem. Viele Eigentumsverhältnisse sind nicht registriert oder umstritten. Entsprechend zweifelhaft sind die offiziellen Angaben zum Immobilienbesitz des griechischen Staates. Skeptisch werden von Beobachtern auch die Pläne zur Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen gesehen. In Zentralmakedonien sollen zum Beispiel 63 500 Hektar Land verpachtet werden. Welchen Zweck man mit symbolischen Pachtpreisen von zehn bis 20 Euro pro Hektar verfolgt, ist umstritten. Kritiker sehen darin den Versuch, mögliche Verkaufsforderungen, etwa durch den Internationalen Währungsfonds von vornherein zu vereiteln und die Flächen nicht in ausländische Hände gelangen zu lassen.

Bisher kaum eine Rolle in der öffentlichen Diskussion spielen Rohstoffvorkommen. Griechenland macht sich Hoffnungen auf nennenswerte Ölvorkommen in der Ägäis. Die noch nicht abgeschlossenen Erkundungen gehen von einer Milliarde Fass aus. Auch hier könnten die EU-Partner leer ausgehen. Das bisher in Finanzkreisen als wenig nachvollziehbar empfundene Engagement des norwegischen „Government Pension Fund Global" in griechische Staatsanleihen könnte seine Erklärung im norwegischen Interesse an der Förderung der Ölvorkommen haben. Der griechische Minister Yiannis Maniatis soll bereits eine Einladung durch seinen norwegischen Kollegen zu entsprechenden Gesprächen erhalten haben (s. Kommentar S. 8). *Norman Hanert*

Kernthemen uninteressant?

Wirtschaft spielte beim FDP-Parteitag keine Rolle

Die Freien Demokraten haben mit dem bisherigen Gesundheitsminister Philipp Rösler einen neuen Bundesvorsitzenden sowie einen neuen Bundesvorstand und die FDP-Bundestagsfraktion hat einen neuen Vorsitzenden. Schließlich bekamen die Ressorts Wirtschaft und Gesundheit im Zuge der Neuaufstellung der Bundes-FDP andere Minister. Der neue Bundesvorsitzende wechselt ins Wirtschaftsministerium, das immer eine Domäne der FDP war, wenn diese Regierungsverantwortung inne hatte. Über Wirtschaft wurde beim Parteitag in Rostock allerdings so gut wie gar nicht gesprochen.

War das nun der viel beschworene Neuanfang der FDP? Der Mann auf der Straße hat Zweifel. Eine nicht repräsentative ARD-Umfrage hatte zum Ergebnis, das gut 70 Prozent der Befragten der neuen Mannschaft keinen Aufbruch zu besseren Umfrage-Ergebnissen und mehr Wählerzuspruch zutrauen. Eine tiefer gehende Analyse, wie es zum enormen Vertrauensverlust der Partei seit September 2009 gekommen ist, unterließ der Parteitag. Wäre das geschehen, hätte sich die FDP möglicherweise selbst zerlegt. Die Diskussion über die weitere Verwendung Guido Westerwelles als Außenminister unterblieb. Etliche Delegierte hätten diese Diskussion jedoch gerne geführt.

Deutlich erkennbar wurde in Rostock das Bemühen der neuen FDP-Spitze, auch wieder für SPD und Grüne als Koalitionspartner interessant zu werden. Vorsitzen-

Liberale machen sich für SPD und Grüne interessant

der und Generalsekretär benannten Themenbereiche, mit denen man in Zukunft punkten möchte. Steuersenkungen, das bisherige Kernthema der Liberalen, rückte an den Rand. Man will nun auch den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie und deshalb die Gewinnung regenerativer Energien forcieren.

Der neue Wirtschaftsminister versprach, den Mittelstand stärker zu fördern, weil der die meisten Arbeitsplätze schaffe. Vor allem will die FDP in der Bildungspolitik zukünftig stärkere Akzente setzen. Das wird nicht einfach; alle Parteien haben die Bildungspolitik zum Schwerpunkt erhoben. Viele gute Ideen werden am mangelnden Geld scheitern. Das die Menschen bewegende Thema der enormen Staatsverschuldung durch Bürgschaften für notleidende Staaten der Euro-Zone wurde kaum diskutiert. Eine diesbezüglich gewünschte vertiefende Diskussion lehnte die Mehrheit des Parteitages ab.

Der junge Generalsekretär Christian Lindner (32 Jahre) gab am letzten Tag des Treffens ein Signal an Rot-Grün. Man wolle über die Abschaffung des Elterngeldes zugunsten der Bildungspolitik nachdenken. Der neue Vorsitzende wird persönlich und für die Partei Erfolg haben, wenn es ihm gelingt, marktwirtschaftliche Tendenzen in anderen Ministerien zu fördern. Wirtschaftspolitik wird auch im Umwelt-, Finanz-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerium gemacht. Für Markt und Wettbewerb zu streiten ist auch in Deutschland notwendig geworden.

Am Ende des Parteitages trat der neue Bundesvorsitzende Philipp Rösler aus dem Schatten seines Vorgängers. „Wir werden die Fehler der Ära Westerwelle nicht wiederholen." *W. v. G.*

Ämterpatronage

Von Philipp Hötensleben

Wer bei anderen in der Kreide steht, muss entweder etwas verkaufen oder sich noch mehr leihen. Das gilt auch für das hoch verschuldete Griechenland, das von den Euro-Ländern weitere Milliarden haben will. An das Versprechen, Staatseigentum zu verkaufen, will man in Athen jedoch nur ungern erinnert werden. Dabei verfügt Griechenland laut Internationalem Währungsfonds über ein überdurchschnittlich hohes Privatisierungspotential. Der Verkauf von Flughäfen, Hafenanlagen, Energieunternehmen, Sportstadien, Wettunternehmen, Spielcasinos und Immobilien würde 300 Milliarden Euro einbringen. Doch die Privatisierung kommt nicht in Gang, denn Beamte und Gewerkschaften legen sich quer. Sie fürchten um ihre Jobs, ihre Previlegien, Einfluss und ihre überdurchschnittlich hohen Gehälter, um die sie alle Arbeitnehmer in Europa beneiden. Das anzutasten, käme für die Regierung dem Ritt auf der Rasierklinge gleich. Deshalb passiert in Sachen Privatisierung fast nichts. Wenn einem das Wasser aber so bis zum Hals steht wie den Griechen, kann man nicht mehr auf Bestandsschutz pochen. Das Land muss privatisieren, will es nicht das Vertrauen seiner europäischen Partner verspielen.

Durchgefallen

Von Hans Heckel

Die Liberalen sahen sich auf dem Rostocker Parteitag einer besonders harten Version von „Stresstest" ausgesetzt. Getestet wurden ihre Prinzipienfestigkeit, ihre Bereitschaft, die langfristige Verantwortung für das Ganze vor den persönlichen Nutzen zu stellen und letztlich ihr Mut und ihr Patriotismus. In ihrer großen Mehrheit sind die Delegierten krachend durchgefallen.

Der Antrag des FDP-Finanzexperten Frank Schäffler zielte darauf ab, der Verausgabung Deutschlands zugunsten einer gescheiterten Rettungspolitik für bankrotte Euro-Länder endlich Einhalt zu gebieten. Wer, wenn nicht die Liberalen, sollten sich diesem von immer mehr Experten als blanker Irrsinn entlarvten Politik in den Weg stellen? Denn sie wollen eben nicht die „Partei der Reichen" sein, denen der Zustand von Staatsfinanzen und die Geldwertstabilität letztlich nicht viel bedeuten muss. Die FDP sieht sich als Vertreter der hart arbeitenden Sparer und Steuerzahler, jener Menschen also, welche die Zeche zahlen werden für den finanz- und währungspolitischen Amok, der vor unseren Augen abläuft.

Doch hätte eine solche Entscheidung der FDP sofort den Vorwurf von „Europafeindlichkeit" und „Rechtspopulismus" eingetragen. Überdies wäre die Koalition in Gefahr geraten mit dem möglichen Ergebnis Neuwahlen, welche den meisten FDP-Abgeordneten wohl den Stuhl kosten würden. Davor zurückschreckend stimmten sie gegen den Schäffler-Antrag. Für liberale Wähler bedeutet dies eine weitere, schmerzliche Enttäuschung.

An Rosa denken

Von Jan Heitmann

Freiheit ist, so wissen wir seit Rosa Luxemburgs kritischer Auseinandersetzung mit den Bolschewisten, immer auch die Freiheit des Andersdenkenden. Zur Freiheit des Andersdenken gehört es auch, sich in Vereinigungen und politischen Parteien zusammenzuschließen. Das wissen wir wiederum aus dem Grundgesetz. Naturgemäß denken nicht alle Menschen gleich. Folglich gibt es verschiedene politische Meinungen, Vereinigungen und Parteien. Sie alle stehen unter dem Schutz des Grundgesetzes, vor dem bekanntlich alle gleich sind. Soweit die Theorie. In der Praxis jedoch ist alles, was sich rechts von der angenommenen Mitte tummelt, den etablierten politischen Kräften suspekt. Ein parteiübergreifendes Machtkartell wacht emsig darüber, dass sie sich nicht öffentlich artikulieren und die Wähler erreichen können. Das geht am besten, indem man Parteien und Personen mit unliebsamen Ansichten in die extremistische Ecke drängt. So ist die Bezeichnung „rechts" nicht nur zum Stigma, sondern geradezu zu einem Schimpfwort geworden. Das Beispiel Sarrazin zeigt, wie schnell das gehen kann.

> Unterdrücken von Meinungen führt erst zu Extremismus

Unser demokratisch verfasster Rechtsstaat ist ein so hohes Gut, dass es die Verfassungsschutzämtern des Bundes und der Länder gibt, die mutmaßliche und tatsächliche Feinde des Staates und der Verfassung beobachten und überführen. Seit Jahren finden sich in deren Berichten zunehmend all diejenigen wieder, die den vorgegebenen Meinungskonsens verlassen haben und vermeintlich „nach rechts" ausgeschert sind – selbst dann, wenn sie sich nicht explizit gegen Staat und Verfassung wenden, also gar nicht extremistisch sind. Dies lässt Zweifel an der Objektivität und Neutralität des Verfassungsschutzes zu, degradiert ihn zu einem Mittel zur Erzwingung von Meinungskonformität und damit zu einem linken politischen Machtmittel. Eine Demokratie aber beweist ihre Stärke dadurch, dass sie legitime abweichende Meinungen in legale Bahnen lenkt und in das System der Meinungsvielfalt einbindet. Gelingt ihr das nicht, weil sie diese ausgrenzt oder gar unterdrückt, drängt sie diese politischen Kräfte unter Umständen tatsächlich in den Extremismus. Denn Staatsverdrossenheit kann irgendwann in Staatsfeindlichkeit umschlagen.

Es ist an der Zeit, dass sich wieder argumentativ und nicht mit Mitteln der Diffamierung und des Verfassungsschutzes mit Andersdenkenden auseinandergesetzt wird. Und die Unionsparteien sollten sich endlich wieder ihrer ursprünglichen Rolle erinnern. Als konservative Kraft „rechts von der Mitte", die entsprechende Wählerschichten vertritt. Wenn sich das aber mit ihrem heutigen Selbstverständnis als unvereinbar erweist, sollte sie im Interesse der Meinungsvielfalt und der Freiheit wenigstens für die Rechte der Personen und Parteien eintreten, die rechts von ihr stehen.



Wenn es um „Rechts" geht, nicht immer objektiv: Die Berichte des Verfassungsschutzes

Bild: Wolfgang Kumm/dpa/lbn

Moment mal!

Abschied von Lena

Von Klaus Rainer Röhl

Jeder Mensch, ob jung oder alt, hat das Recht, enttäuscht zu sein, wenn ein Stern untergeht oder eine Hoffnung zerbricht. Beim European Song Contest (ESC) am letzten Sonnabend zerbrach eine Hoffnung für Millionen jugendlicher Fans zwischen zwölf und 14, und ein aufsteigender Schlager-Stern ging mit Pauken und Trompeten, unter Hämmern und Dudeln der elektronischen Lichtorgeln den Bach runter. Was lernen wir daraus? Irgendetwas Gutes muss doch der peinlichste Missgriff bewirken.

Als die zu Beginn ihrer Karriere gerade mal 18-jährige Nachwuchssängerin Lena Meyer-Landrut, ein rechtes Sonnenscheinchen für die ganze Nation, den Schlager-Wettbewerb der Eurovision gewonnen hatte, mit einem belanglosen englischen Text und einer ebenso einfallslosen Melodie – die aber alle Zuschauer mitsangen aus Begeisterung für Lena – probierte sie, auf der Rückfahrt mit dem Bus nach Hannover, trunken vor Freude immer wieder ein kleines Liedchen, und die ganze Begleitmannschaft sang begeistert mit: „Ich liebe, liebe Deutscheland" und hielt dabei die ganze Zeit die deutsche Fahne oder ihr schwarz-rot-goldenes Tuch in der Hand. Das Wort „Deutscheland" hatte sie sicher von irgendeinem ausländischen Teilnehmer bei dem Festival aufgeschnappt, der ihr damit ein Kompliment machen wollte, wie es oft Ausländer tun: „Ich liebe Deutscheland!". Lena liebte es auch, unser Land, und die Zuschauer im Kongresssaal, im Bus, und die Zehntausende beim Empfang in Hannover schwenkten schwarz-rot-goldene Fahnen und Tücher und Mützen, und die ganze deutschsprachige Gemeinde in Europa sang das Lied mit und freute sich mit uns und unseren Freunden. Denn wir haben viele Freunde in der Welt, das kann man bei jedem Auslandsbesuch spüren.

> Von ihren »Förderern« bis zur Unkenntlichkeit krampfhaft »geformt«

Ist das nicht schön? Und schon packten die Fans der Fußballmeisterschaft ihre schwarz-rot-goldenen Fahnen ein, die sie in Südafrika in den Wind halten wollten, und ihre T-Shirts und Mützen und Kleider, und die Millionen anderen Deutschen packten auch ihre gute Laune und die deutschen Fahnen ein für die Grillparty auf dem Balkon oder im Garten – mit dem Sechserpack Bier und Würstchen von Lidl und „Bild". Wunderbar! Sogar das Wetter spielte mit und wurde endlich heiter, obwohl die Erdabkühlung seit zwölf Jahren weiter vorankommt, trotz der dummen und durch Wiederholung nicht besser werdenden Sprüche von der „Erderwärmung", immer wieder aufgewärmt von den Grünen und ihren Nachplapperern in der Union. Aber die gehen auch den Bach runter, weil alles Vergängliche nur ein Gleichnis ist und alles Verlogene verliert.

Aber das heitere, unbefangen fröhliche Rotkäppchen Lena war zu naiv, nicht von dem Wolf, der reichlich Kreide gefressen hatte, mit Haut und Haaren geschluckt zu werden, buchstäblich, das konnte man an diesem Abend beim ESC in Düsseldorf allzu genau sehen, bis in jede Bewegung, die Kamera ist unbarmherzig. Ausgelutscht wie eine Zitrone, mit krampfigen Gesten, bis zur Unkenntlichkeit „geformt" und jeglicher Persönlichkeit beraubt wie eine Tänzerin nach unzähligen Schönheitsoperationen. Ach, keine chirurgischen Eingriffe entstellten die immer noch 19-Jährige, sondern die pausenlosen Versuche eines ganzen Teams von Ratgebern, ihren Typ zu verändern. Ein ganzes Jahr lang Manipulationen gegen den zähen Widerstand des außergewöhnlich natürlichen und unverbildeten Wesens – es muss doch mehr Geld und Karriere für ihre „Förderer" aus der jungen Frau herauszupressen sein. Stefan Raab, der vor elf Jahren bei dem gleichen Schlagerwettbewerb mit seinem an Dümmlichkeit nicht zu überbietenden Blödelsong „Wadde hadde dudde da" immerhin den fünften Platz belegte, mit allen nur denkbaren Preisen und Auszeichnungen belohnte Fernseh-Entertainer und Komponist, mit seiner immer gröber werdenden Schau „Schlag den Raab" langsam am Ende angelangt, muss, als er Lena in einer Talentschau entdeckte, alle Kassen im Himmel klingeln gehört haben: Aus der mach ich was. Nämlich Geld. Die zwar kaum singen könnende, aber einen völlig ungewöhnlichen, ganz unkonventionellen Zauber ausstrahlende Abiturientin aus Hannover schien zu versprechen, ein wahrer Goldesel zu werden, für Raab und noch für ein ganzes Team mäßig begabter, aber umtriebiger Zulieferer – die Rechnung war idiotensicher wie ein Finanzierungs-Trick von Lehman Brothers: Entweder Lena wird noch einmal Siegerin im „Contest", dann sprudelt das Geld wie aus dem Daddelautomaten, wenn nicht, stehe ich als Moderator vor dem Millionenpublikum der Welt und habe noch eine Menge guter Bekannter einträglich versorgt, Songtexter, Musiker, Designer, Fotografen, Lichtkünstler, Mitquassler und Mitkassierer, wozu am Ende sogar noch die alterslos gealterte „Ulknudel" Anke Engelke geholt wurde, peinlich peinlich.

> Hätte sie auf Deutsch gesungen, wäre vielleicht der Sieg gelungen

Natürlich bekam auch Lena von dem Goldregen etwas ab, man spricht von einer Million – war es das wert? Die anderen hatten nur zu gewinnen – sie hatte alles zu verlieren und verlor. An diesem Abend sang sie wieder ein englisches Lied, diesmal mit dem seltsamen, zweideutigen Titel „Taken by a Stranger", dessen Text man zum Glück kaum verstehen konnte. Wenige der anderen Teilnehmer des Wettbewerbs, die fast alle ein Einheits-Englisch zu einheitlich schlechten Melodien säuselten, schrien, kreischten, brüllten, waren selbstbewusst genug, ihre eigene Sprache zu wählen. Wie die Griechen. Ich war an diesem Abend in Griechenland, ich lebe gern unter seiner Sonne und wir sehen auch griechisches Fernsehen und lesen Zeitungen und sehen die Dauer-Demonstrationen in Athen und in den anderen Städten. Und es gibt viel Unruhe und Unzufriedenheit und sogar Gewalttätigkeit in diesem Land, dessen Regierung und Bevölkerung weit über ihre Verhältnisse gelebt haben und nun von den Gläubigern der EU und des IWF kontrolliert werden und an allen Ecken und Kanten sparen sollen, und genau wie in Deutschland spart man bei den kleinen Leuten. Und die Großen bleiben ungeschoren und tragen weiter Cartier-Uhren und fahren Sportwagen und leben unbefangen aus dem Vollen. Und so gibt es viel Mismut im Land, der durch die Linken und Kommunisten noch geschürt wird, aber selbst die ganz Linken von der „Sirisa" und die orthodoxen Kommunisten zeigen die Nationalfahne bei ihren Veranstaltungen, und alle griechischen Fußballer und Baseballspieler singen natürlich ihre Nationalhymne mit, im Gegensatz zu „diesem unserem Land", wo ein paar der wichtigsten Spieler die Zähne nicht auseinanderkriegen beim Abspielen des Deutschlandlieds.

Vielleicht hätte Lena für ihren zweiten Versuch, den ESC zu gewinnen, besser ein deutsches Lied wählen sollen, was nicht nur ich, sondern auch Dieter Thomas Heck kürzlich in einem Interview vorgeschlagen hat. Aber sie vergaß die schönste Zeit ihres Lebens und die Freude mit der deutschen Fahne und dem „Deutscheland", das sie im vorigen Jahr so offenherzig geliebt hatte, und sang ihren blödsinnigen englischen Text und verzog dabei genau so das Gesicht, wie Stefan Raab und sein Schöpferteam es ihr aufgeschwatzt hatten. Nämlich wie ein Vamp. Aber das ist sie nun mal nicht. Klar, dass es schiefgehen musste. Schade, Lena.

»Bitte um eine kleine Spende«

Zwei Ausstellungen in Trier widmen sich der Armut und ihren Perspektiven in Kunst und Gesellschaft

Die Bronzestatuette (3. Jahrhundert v. Chr.) eines erbarmungswürdigen Bettlers, nackt und bucklig, empfängt den Besucher im Rheinischen Landesmuseum Trier. Die lebensgroße Plastik eines Obdachlosen aus dem Jahr 2008 entlässt ihn aus dem Stadtmuseum Simeonstift. Die beiden Museen haben sich eines bislang vernachlässigten Themas angenommen. Mit mehr als 250 Kunstwerken geben sie umfassend Auskunft über unterschiedliche Sichtweisen auf Armut und Arme in Europa von der Antike bis zur Gegenwart.

Aber wie wird „Armut" überhaupt definiert? Absolute Armut bezeichnet ein Leben am Rande des Existenzminimums, einen Zustand größter Entbehrungen, der mit Verwahrlosung und Entwürdigung einhergeht. Relative Armut trifft auf diejenigen zu,

In der Antike galt Armut als komisch

deren Einkommen weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens in dem Land beträgt, in dem sie leben. Nach Angabe der Deutschen Rentenversicherung lag das Jahresdurchschnittseinkommen 2009 in der Bundesrepublik bei 30879 Euro brutto.

Das Rheinische Landesmuseum zeigt Armutsdarstellungen der griechisch-römischen Antike. Den von ihr nicht Betroffenen galt Armut damals als urkomisch. Die in Originalen und Abgüssen aufgebotenen Statuetten und Plastiken stellen das versehrte Gegenteil zum heute geläufigen, wohlproportionierten Körperideal antiker Skulpturen dar. Wir bekommen „Dickbauchzwerge" mit entblößtem Unterleib, Fratzen und die „Trunkene Alte" zu sehen. Bettler und körperlich Versehrte traten auf Festen zur Belustigung des Publikums auf. Und so sind viele der ausgestellten Bettlergestalten als Tanzende oder Betrunkene dargestellt. Herbert Uerlings, Initiator der beiden Ausstellungen und Sprecher des von der Universität Trier eingerichteten Sonderforschungsbereichs „Fremdheit und Armut", erklärt: „In der Antike war Armut grundsätzlich negativ besetzt und wurde den Armen selbst angelastet. Ein Armer galt nicht als hilfsbedürftig oder bemitleidenswert."

Die Präsentation endet mit dem Abguss eines Sarkophags aus der Spätantike. Dessen Reliefs zeigen Jesus bei der Ausübung von guten Taten wie der Heilung des Lahmen. Der Sarkophag ist Hinweis darauf, dass erst der neue christliche Gedanke der Nächstenliebe den Umgang der Gesellschaft mit den Armen und Schwachen veränderte.

Die christliche Armenfürsorge ist eine der Perspektiven, die das Stadtmuseum Simeonstift zeigt. Almosengeben, Nächstenliebe und Barmherzigkeit waren im Mittelalter keineswegs eine selbstlose Angelegenheit. Die Wohlhabenden bedurften der Armen geradezu, um ihr Seelenheil zu retten. Herbert Uerlings berichtet: „So wie das Almosen dem Bettler hilft, kann der Gebende, der vom Empfänger als Gegenleistung ein Gebet erhoffen darf, auf Barmherzigkeit Gottes hoffen."

Zur Personifikation freiwilliger Armut und Nächstenliebe ist die Heilige Elisabeth geworden. Eine Holzskulptur (Ende 15. Jahrhundert) aus dem Umkreis von Tilman Riemenschneider zeigt, wie sie einem zu ihren Füßen kauernden Bettler Spitzbrot und Flasche darreicht. Die von einem schwäbischen Meister gemalte Mantelteilung des heiligen Martin (um 1502) hingegen macht auf die Unterscheidung von der Unterstützung „würdiger" und „unwürdiger" Armer aufmerksam. Von links eilt ein trotz Krückstock behänder, offenbar mit vollem Beutel ausgestatteter Bettler herbei und stellt sich fordernd dem Reiter entgegen. Doch der Heilige wendet sich nach rechts dem körperlich versehrten, wahrhaft Bedürftigen zu.

Im Mittelalter galt die Armut gleichsam als Teil der von Gott gewollten Gesellschaftsordnung. In der Neuzeit aber setzte sich die Auffassung durch, dass sie ein durch Kommunen und Staat zu beseitigendes Übel sei. Nicht zuletzt an der mehr oder weniger guten Lösung dieser Aufgabe bemisst sich bis heute die Qualität der Regierungskunst. Entscheidendes Unterstützungskriterium ist dabei nach wie vor neben der Staatsangehörigkeit die Frage, ob der Bittsteller arbeitsfähig ist. Gern wird in diesem Zusammenhang Armut als selbstverschuldeter Zustand hingestellt.

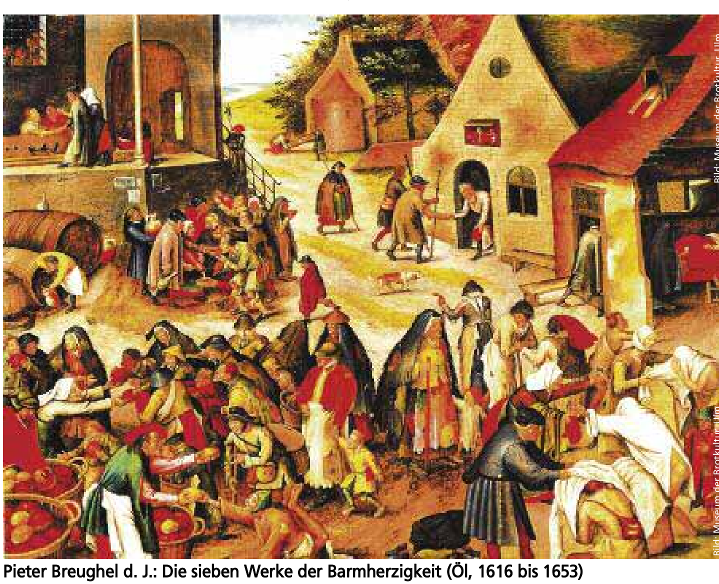
Früher wollte man dem durch „fürsorgliche Zwangsmaßnahmen" abhelfen. Das zeigt die von Reinier Vinkels geschaffene kolorierte Federzeichnung „Das Portal des Zucht- und Rasphauses" (1767) von Amsterdam. Zwei Stadtpolizisten haben einen Faulenzer aufgegriffen und schaffen ihn in die geschlossene Anstalt, um ihn durch aufgezwungene Arbeit gesellschaftsfähig machen zu lassen.

Obwohl Sozialwissenschaftler die Behauptung, Armut sei reines Selbstverschulden, längst widerlegt und mangelhaften Arbeitslohn, konjunkturelle Schwankungen und Wirtschaftskrisen als zentrale Ursachen benannt haben, greift neuerdings wieder die Behauptung von der Selbstverschuldung um sich. Und mit ihr das Prinzip von Leistung und Gegenleistung, „eine Politik, die in Deutschland in der Formel vom ‚Fördern und Fordern' ihren Ausdruck fand, welche die Debatten über die sogenannten Hartz-IV-Reformen geprägt hat", wie Herbert Uerlings urteilt.

Und so sitzt da am Ende des Rundgangs ganz aktuell und zeitgemäß ein Obdachloser, als habe man ihn aus der Fußgängerzone ins Museum geholt. Er ist eine Plastik von Albrecht Wild und heißt harmlos „Sitzender" (2008). Fast zynisch mutet die Hilfsmaßnahme an, die der Künstler dem Obdachlosen zu dessen „Professionalisierung" im Wettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit angedeihen lässt. Wild hat auf der Straße Bettelschilder mit Aufschriften wie „Bitte um eine kleine Spende" eingekauft. Deren Texte lässt er neben dem „Sitzenden" wie Werbebotschaften als bunt leuchtende Laufschrift endlos abspulen.

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellungen sind im Rheinischen Landesmuseum, Weimarer Allee 1, Trier, und im Stadtmuseum Simeonstift, Simeonstraße 60, bis 31. Juli dienstags bis sonntags 10 bis 18 Uhr zu sehen. Die Ausstellung läuft anschließend in verkleinerter Version vom 11. September bis 6. November im Museum der Brotkultur, Ulm.


Bild: Museum der Brotkultur, Ulm

Pieter Breughel d. J.: Die sieben Werke der Barmherzigkeit (Öl, 1616 bis 1653)

IN KÜRZE

Zeichnungen eines Königs

Er galt als der „Romantiker auf dem Thron", der Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861). Er zeichnete und skizzierte, wo er ging und stand. Die Graphische Sammlung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) besitzt seinen fast vollständig erhalten gebliebenen zeichnerischen Nachlass. Als Hommage zum 150. Todestag des Königs wird derzeit die Ausstellung „Unglaublich ist sein Genie fürs Zeichnen" in den Römischen Bädern im Park Sanssouci gezeigt. Dieser bislang wenig beachtete Schatz vermittelt spannende Einblicke in die künstlerische Tätigkeit und die Vorstellungswelt des Königs. Außerdem sind einige Porträts des Königs und Ansichten von privaten Wohn- und Arbeitsräumen zu sehen. Spektakulär ist ein seit 1940 nie gezeigter Tisch aus dem Besitz der Schwester des Königs, Charlotte von Preußen: Dessen runde Holzplatte hatte der Kronprinz vollständig mit Zeichnungen bedeckt. Die Ausstellung versteht sich als Ergänzung zum Online-Bestandskatalog der Zeichnungen des Königs, der seit 2006 bei der SPSG erarbeitet wird und noch in diesem Jahr der Öffentlichkeit präsentiert werden soll. An einem Computerplatz in der Ausstellung sind die ersten Ergebnisse des Online-Katalogs zu sehen: Die Besucher sind eingeladen, in der Datenbank zu „stöbern" und sich ein Bild von der Vielfalt der königlichen Kunstwerke zu machen. Mehr über das Forschungsprojekt „Online- Bestandskatalog der Zeichnungen Friedrich Wilhelms IV. von Preußen" unter www.spsg.de/index.php?id=7036

PAZ

Die Ausstellung „Unglaublich ist sein Genie fürs Zeichnen – König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum 150. Todestag" ist bis 31. Juli dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr in Potsdam, Park Sanssouci, Römische Bäder, zu sehen, Eintritt 3 / 2,50 Euro.

Klassiker auf Landpartie

Traditionelle Musikfestivals bringen Norddeutschlands Kulturlandschaft zum Klingen – Hochrangige Künstler zu Gast

Für den glanzvollen Zusammenklang zwischen Musik auf höchstem künstlerischen Niveau und ausgewählten Veranstaltungsorten der deutschen Kulturlandschaft sorgen jedes Jahr von Juni bis September die Musikfestivals von der See bis zu den Alpen. Hier ein Blick auf die norddeutschen Flächenländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Allein 131 Konzerte sowie fünf Musikfeste auf dem Lande und zwei Kindermusikfestivals an 44 Orten mit 73 Spielstätten bietet das Schleswig-Holstein Musik Festival (SHMF) sowie 124 Konzerte an 83 ungewöhnlichen Spielstätten die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern (Festspiele MV). Und auch nach zwei Jahrzehnten setzen die Veranstalter ihren Ehrgeiz noch immer daran, neue Spielstätten zu entdecken. Schon in der Vergangenheit mischte sich unter die Klassiker – historische Gutshöfe, stattliche Herrenhäuser, imposante Schlösser, kunstvoll gestaltete Parkanlagen, altehrwürdige Kirchen und Klöster – die eine oder andere Werft und Industrieanlage.

Dieses Jahr hat das SHMF sechs eher zweckmäßige Spielstätten neu aufgenommen, darunter das Vorfeld 2 des Hamburger Flughafens. Passenderweise geht es hier nicht nur um Klassik. Im Herzen des Flughafengeländes findet eine „Funk and Soul Night" (15. Juli) statt. Allein 19 Konzerte und ein Musikfest veranstaltet das SHMF dieses Jahr an 14 verschiedenen Spielstätten in Hamburg.

„Merhaba Türkiye" – Willkommen Türkei – heißt es dieses Jahr beim SHMF vom 9. Juli bis 28. August. Den Dimensionen des Landes und seiner Geschichte angepasst, ist das Programm nicht nur umfangreich, sondern inhaltlich auch sehr reich. Dazu gibt es ein Wiedersehen mit Fazil Say, dem türkischen Alleskönner, der für seine musikalische Leistung schon zweimal den deutschen Echo-Klassikpreis bekam und dessen Konzerte bei den Festspielen Mecklenburg-Vorpommern bereits vergangenes Jahr für Furore sorgten. Ein weiterer Höhepunkt im Programm ist die wenig bekannte Mozart-Oper „Zaide". Die spannende Geschichte von Liebe und Abenteuern aus dem prächtigen und grausamen Orient ist auf der Kieler Opernbühne zu sehen (6./7. August). Begleitend zum musikalischen Festival-Programm präsentiert der Türkische Sommer in ganz Schleswig-Holstein ab dem 7. Juli Ausstellungen und Veranstaltungen zum gesamten kulturellen Spektrum des Landes: Kunst, Film, Literatur, Geschichte, Landeskunde, Architektur, Kunsthandwerk, Design und andere Bereiche mehr. Die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern können auf 14 neue Spielstätten verweisen und bieten damit vom 10. Juni bis 11. September so viele Veranstaltungsplätze wie nie zuvor. Neu sind darunter die Künstlerstätten von Größen der Vergangenheit wie Gerhart Hauptmann, Ernst Barlach oder Hans Fallada, aber auch von zeitgenössischen Kunstschaffenden.

Schlösser, Werften und Flughafen

Dazu setzen die Festspiele MV auf Bewährtes. Daniel Hope, der renommierte britische Geiger, wirkt nicht nur wieder als Musiker mit. Nachdem seine lange künstlerische Beziehung zu den Festspielen MV vor zwei Jahren bereits in eine künstlerische Partnerschaft mündete, ist er in dieser Spielzeit ihr Künstlerischer Direktor. In der Reihe „Hope's Music" darf man sich somit erneut auf Musiker der Carnegie Hall und des Lincoln Center aus New York freuen.

Gleich 19 Konzerte prägt der diesjährige Preisträger in Residence Li-Wei Qin, darunter das Eröffnungskonzert in der Wismarer St.-Georgen-Kirche (10. Juni), das Picknick-Pferde-Sinfoniekonzert im Landgestüt Redefin (2. Juli, 3. September) sowie das Abschlusskonzert in Neubrandenburg (11. September). Li-Wei Qin, 1976 in Shanghai geboren und mit 13 Jahren nach Australien gezogen, spielt auf einem Cello von Giuseppe Guarneri aus dem Jahr 1720, das ihm von der australischen Regierung zur Verfügung gestellt wurde. Der Ausnahmecellist ist 2001 Solistenpreisträger der Festspiele MV und seitdem deren regelmäßiger Gast.

Höhepunkte sind immer wieder auch die Open-Air-Konzerte: Klarinettengala im Schlosspark Hasenwinkel (31. Juli), „James-Bond-Gala" im Land Fleesensee (16. Juli), Musikfest im Park von Schloss Bothmer in Klütz (25. Juni) und – speziell in diesem Jahr – die Musik aus auf der idyllischen Schlossinsel Mirow anlässlich des 250. Jubiläums der Krönung der Prinzessin Sophie Charlotte von Mecklenburg-Strelitz zur Königin von England (17. Juni). Die Bedeutung von Frauen als Interpretinnen und Musen am Ludwigsluster Hof heben drei Konzerte hervor (18., 19., 20. August). Daneben beherbergt Ludwigslust zum zweiten Mal das Kleine Fest im großen Park mit Kleinkünstlern auf mehr als 20 Bühnen (12. und 13. August). Neben den Schwergewichten unter den Musikfestivals, die 2010 über 130000 Besucher nach Schleswig-Holstein und Umgebung lockten und mehr als 72000 nach Mecklenburg-Vorpommern, lassen auch andere unsere Kulturlandschaft erblühen – zum Teil an denselben Spielstätten. So tourt seit Jahren die Mecklenburgische Staatskapelle Schwerin übers Land. Die berühmten englischen Promenadenkonzerte standen

Frauen als Musen gewürdigt

Pate für ihre Sommerkonzert-Reihe „MeckProms". Dabei gelingt es Generalmusikdirektor Matthias Foremny und seinen Musikern immer wieder, klassische Musik unterhaltsam zu präsentieren. Bis zu 10000 Besucher der „MeckProms" pro Saison sprechen für sich.

Helga Schnehagen


Festivalgenuss: Auch für Familien — Bild: sh business

Schleswig-Holstein Musik Festival, vom 9. Juli bis 28. August, www.shmf.de, Telefon (0431) 237070

Festspiele Mecklenburg-Vorpommern, vom 10. Juni bis 11. September, www.festspiele-mv.de, Telefon (0385) 5918585

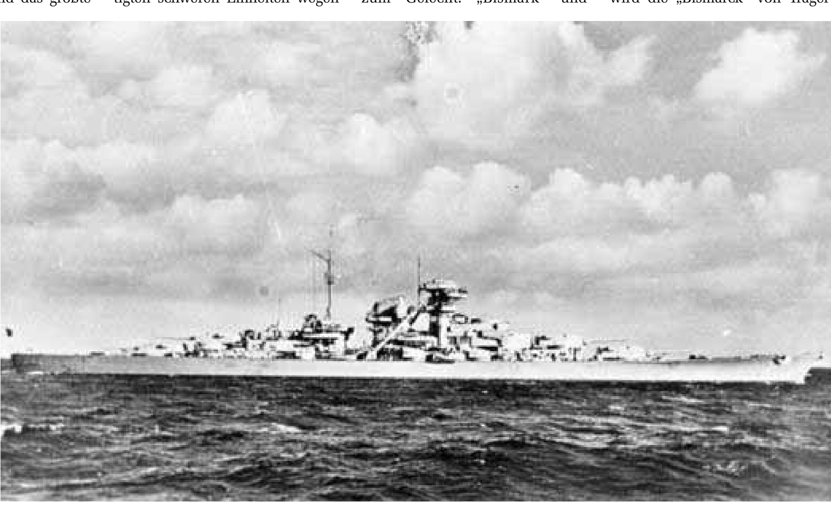
Eine Frage der Ehre

»Rheinübung« kostete Empire und Reich ihre Flaggschiffe »Hood« und »Bismarck«

Das Unternehmen „Rheinübung“ vor 70 Jahren bedeutete für die Kriegsmarine eine Zäsur. Sie verlor mit der „Bismarck“ ihr Flaggschiff und wandte sich fortan vom Einsatz der Großkampfschiffe ab. Nicht nur die deutsche, auch die britische Marine musste erkennen, dass manches bewährte Seekriegsmittel nicht mehr zeitgemäß war.

Die „Bismarck“ war der Stolz der Kriegsmarine und das größte und kampfstärkste Schlachtschiff der Welt. Mit ihrem Fahrbereich von über 9000 Seemeilen, ihrer schweren Bewaffnung, der massiven Panzerung und der hohen Geschwindigkeit von 30 Knoten war sie für den Einsatz gegen gegnerische Nachschubrouten und Einheiten im Nordatlantik prädestiniert. Für Großadmiral Erich Raeder, den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, war der Name des Schiffes programmatisch, wollte er damit doch Deutschlands See- und Weltgeltungsanspruch gegenüber Großbritannien unterstreichen. Er betrachtete Schlachtschiffe als „absoluten Machtzuwachs“ eines Landes, durch den dieses erst in den Kreis der erstrangigen Seemächte eintrete. Allein die Existenz der „Bismarck“ und ihres Schwesterschiffes „Tirpitz“ würde die britische Marine in Angst und Schrekken versetzen und deren Kräfte binden.

Im Frühjahr 1941 entschied Raeder, die „Bismarck“, den Schweren Kreuzer „Prinz Eugen“, drei Zerstörer und einige Hilfsschiffe in den Atlantik zu entsenden, um durch Angriffe auf Geleitzüge Druck auf die feindlichen Nachschubrouten auszuüben. Adolf Hitler, der von der Operation ohnehin „keinen besonderen Erfolg“ erwartete, äußerte Bedenken und wollte diese Unternehmung lieber durch einen Großverband durchführen lassen. Da die dafür benötigten schweren Einheiten wegen Reparaturarbeiten aber auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung standen, konnte sich Raeder durchsetzen. Der Operationsplan sah vor, dass die „Bismarck“ die gegnerischen Kriegsschiffe auf sich ziehen sollte, während „Prinz Eugen“ die Handelsschiffe in den Konvois angreifen sollte. Die risikoreichste Phase war dabei der Durchbruch durch die britische Blockade in den offenen Atlantik.



Die „Bismarck“: Größtes und kampfstärkstes Schlachtschiff seiner Zeit und Stolz der Kriegsmarine Bild: Internet

Am 18. Mai 1941 läuft der Kampfverband unter Führung des Flottenchefs, Admiral Günther Lütjens, aus Gotenhafen zum „Unternehmen „Rheinübung“ aus. Bereits am 23. Mai kommt es in der Dänemarkstraße zu einem ersten Zusammentreffen mit britischen Seestreitkräften. Die deutschen Schiffe nebeln sich ein und lösen sich vom Feind, um ihren eigentlichen Auftrag nicht zu gefährden. In den frühen Morgenstunden des 24. Mai kommt es erneut zum Gefecht. „Bismark“ und „Prinz Eugen“ konzentrieren ihr Feuer auf den britischen Schlachtkreuzer „Hood“, der in einer gewaltigen Explosion von der Wasseroberfläche verschwindet. Der Kommandant der „Bismarck“, Kapitän zur See Ernst Lindemann, notiert in sein Kriegstagebuch: „‚Hood‘ 5 Minuten nach Gefechtsbeginn im Artilleriekampf vernichtet.“ Die Versenkung des britischen Flaggschiffes bedeutet für die Deutschen einen großen Erfolg. In London dagegen steht man unter Schock. Sollte es der „Bismarck“ gelingen, in den Atlantik durchzubrechen, würde allein ihr Auftreten auf den dortigen Schifffahrtswegen zu einer schweren Beeinträchtigung der britischen Seemachtstellung führen. Premierminister Winston Churchill selbst gibt den Befehl: „Versenkt die ‚Bismarck‘.“

Die britische Marine wirft alles in die Schlacht. Immer wieder wird die „Bismarck“ von Trägerflugzeugen angegriffen. Schließlich erzielt eine Maschine vom Flugzeugträger „Ark Royal“ einen folgenschweren Torpedotreffer in die Ruderanlage. Die „Bismarck“ geht zwar wieder auf Marschfahrt, kann aber kaum noch manövrieren. Der Gegner bleibt dran. Zwischen Lindemann und dem Flottenchef kommt es zu einer Kontroverse über das weitere Vorgehen. Der Kommandant will sein Schiff retten. Er schlägt vor, sich vom Gegner abzusetzen, um die Schäden mit Bordmitteln zu reparieren, oder Kurs auf die französische Küste zu nehmen, die man innerhalb von 15 Stunden erreichen könnte. Lütjens dagegen betrachtet die Lage aus der übergeordneten operativ-strategischen Sicht und will das Gefecht weiterführen. Die Möglichkeit, den Gegner um die Einstellung des Feuers zu bitten, um die Besatzung in Sicherheit zu bringen und das Schiff dann selbst zu versenken, kommt für beide nicht in Betracht. Unterdessen greifen die britischen Schiffe weiter an. Innerhalb von nur 90 Minuten feuern sie aus kürzester Entfernung 3000 Granaten auf die waidwunde „Bismarck“. Die Fortsetzung des Kampfes ist jetzt nur noch eine Frage der Ehre und Lütjens verkündet der Besatzung: „Wir schießen bis zur letzten Granate.“ Erst als alle Geschütze ausgefallen sind, gibt Lindemann mit Zustimmung des Flottenchefs den Befehl zum Verlassen und zur Selbstversenkung des Schiffes. Von 2220 Mann überleben nur 116.

Kontroverse zwischen Flottenchef und Kommandant

Das Unternehmen „Rheinübung“ machte den prinzipiellen Wandel der Seestreitkräfte deutlich. Hatte die „Bismarck“ am 24. Mai mit der Versenkung der „Hood“ demonstriert, dass die Ära der schwach gepanzerten Schlachtkreuzer vorüber war, zeigte sich nur drei Tage später, dass der Flugzeugträger hinsichtlich der Reichweite und Zielgenauigkeit der Waffen wiederum dem Schlachtschiff überlegen war. Der Verlust der „Bismarck“ änderte das Verhältnis zwischen Raeder und Hitler grundlegend. Der Oberbefehlshaber der Marine hielt weiter an den Großkampfschiffen fest, doch Hitler, der sich in seiner Skepsis gegenüber dem Einsatz der „Bismarck“ leidvoll bestätigt sah, ließ ihn immer weniger eigenständig entscheiden. Schließlich untersagte er den Einsatz der großen Überwasserstreitkräfte im Atlantik. Die deutsche Hochseeflotte landete auf dem Abstellgleis.

Nach dem Krieg geriet Lütjens wegen seines Verhaltens in die Kritik und er wurde posthum mit dem Makel des „NS-Durchhalteadmirals“ belegt. Dabei hatte er nichts anderes getan, als ihm befohlen und für jeden Kommandanten selbstverständlich war: Ein zwar fast manövrierunfähiges, ansonsten aber weitgehend kampffähiges Schiff nicht auszuliefern. Ein anderes, zweckrationales Handeln hätte auch in krassem Gegensatz zur Tradition und dem Ehrbegriff der Marine gestanden. Lütjens war wie jeder Seeoffizier dazu erzogen worden, sich selbst in aussichtsloser Lage nicht zu ergeben, sondern ruhmvoll unterzugehen. Eine Kapitulation galt in allen Marinen als schmähliches Versagen und unehrenhaftes Verhalten. In einer Weisung vom September 1939 heißt es: „Das deutsche Kriegsschiff kämpft unter vollem Einsatz seiner Besatzung bis zur letzten Granate, bis es siegt oder mit wehender Fahne untergeht“ – eine Vorschrift, die in der knappen Formulierung „Streiche niemals die Flagge“ auch noch in der Bundesmarine bis 1969 Gültigkeit hatte.

Schon Schiller hat geschrieben: „Denn über das Leben geht noch die Ehre.“ Das sah auch der britische Admiral Tovey so, als er das heroische Aushalten der Besatzung der „Bismarck“ seinen Offizieren als Vorbild empfahl. Seinen Gefechtsbericht schloss er mit den Worten: „‚Bismarck‘ hat gegen eine riesige Übermacht einen äußerst tapferen Kampf geführt, würdig der vergangenen Tage der Kaiserlichen Marine, und sie ist mit wehender Flagge untergegangen.“

Jan Heitmann

Der treueste Kumpan des Massenmörders Stalin

Michail Kalinin war der Notar des sowjetischen Totalitarismus und zugleich der Chefideologe der »kommunistischen Erziehung«

Der Sockel wackelt, aber noch steht sein Denkmal: Michail Iwanowitsch Kalinin, nach dem vor 65 Jahren die jahrhundertealte Hauptstadt Ostpreußens umbenannt wurde. Stalins treuester Kumpan überdauerte als Namenspatron das Ende des roten Zaren, den Zusammenbruch des Sowjetimperiums – und bislang auch alle behutsamen Versuche, Kaliningrad wieder zu Königsberg zu machen.

Eine erneute Umbenennung – oder auch die zur Zeit diskutierte Beseitigung des Kalinin-Denkmals (siehe PAZ/Ostpreußenblatt Nummer 18, Seite 13) – würde für viele ältere Russen die blutig errungenen Resultate des Zweiten Weltkrieges in Frage stellen. Sie sehen in Kalinin das letzte Symbol des Sieges. Wer Kalinin wirklich war, wird dann gern ausgeblendet.

Formell war der 1875 geborene Michail I. Kalinin quasi der Nachfolger der russischen Zaren: von 1919 bis 1922 Staatsoberhaupt Russlands, dann bis 1946 Staatsoberhaupt der Sowjetunion. Politische Macht hatte er nie, seine Amtshandlungen beschränkten sich darauf, Stalins Gesetze und Verordnungen abzuzeichnen. Das tat er brav; der Diktator konnte sich auf den „Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der SU“, so der offizielle Titel, hundertprozentig verlassen.

Dennoch war Kalinin weit mehr als nur eine gut funktionierende Marionette. Er war der stets zuverlässige Notar des Staatsterrorismus, gab der Diktatur den Schein der Legalität. 27 Jahre lang missbrauchte er das formell höchste Staatsamt, um schwerste Verbrechen zu rechtfertigen.

Und das tat er aus tiefster Überzeugung. Schlimmer noch: Der hochintelligente und redegewandte Bauernsohn verstand sich als Chefideologe in Sachen „kommunistische Erziehung“. Um das System dauerhaft – heute würde man sagen: nachhaltig – zu stabilisieren, wollte er es auf eine breite Basis überzeugter Jungkommunisten stellen. Daher waren seine bevorzugten Ansprechpartner immer wieder die Jugendorganisationen der KPdSU.

Hochintelligent und redegewandt

Dies bestätigt auch die Lektüre einer Rarität aus der Sammlung des Autors: M. I. Kalinin, „Über kommunistische Erziehung. Ausgewählte Reden und Aufsätze“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau, 1949. In dem Band, von dem es nur noch wenige Exemplare geben dürfte, wird auf 307 Seiten über einen Zeitraum von 20 Jahren dokumentiert, wie Kalinin die Jugend Russlands und seiner Sowjet-Satelliten einer systematischen Gehirnwäsche zu unterziehen trachtete – ein „Meisterwerk“ der Demagogie.



Bild: Internet

Kalinin: Das sowjetische Staatsoberhaupt im Jahre 1920

In den Reden, mit denen er den Parteinachwuchs immer wieder beglückte, verschoben sich über die Jahre die Akzente. Am 30. Mai 1926 dozierte er vor Absolventen der Moskauer Swerdlow-Universität über die Bedeutung der Kultur für die Zukunft des Sowjetreiches: „Genossen, zweifellos seid ihr heute und in der Zukunft die Träger der Kultur in der Provinz“, in der Partei aber sei es „um die Kultur noch sehr schwach bestellt“. Dies, so Kalinin, müsse sich ändern, zugleich warnte er aber, „dass man sich vor den Massen niemals mit seiner Kultur brüsten darf“.

Nicht ganz in diesem Sinne, nämlich „offen und geradeheraus“, definierte er in dieser Rede auch das Prinzip der marxistischen Dialektik, die „lehrt, dass das, was gestern schwarz war, heute weiß geworden ist, und was gestern rot war, ist heute weiß geworden.“

Kriegsverherrlichende Demagogie

Ein paar Jahre später, im Mai 1934, hatte die Kultur als Staatsziel bereits ausgedient. Auf einer „Aktivberatung des Kommunistischen Jugendverbandes von Dnjepropetrowsk“ mahnte Kalinin im Mai 1934, die Arbeiterjugend habe „die Pflicht, das Waffenhandwerk gewissenhaft zu lernen“, und müsse „bei unserer friedlichen Alltagsarbeit stets auf der Hut, stets auf dem Kampfposten“ sein. Denn „unser proletarischer Staat, der mitten in schöpferischer sozialistischer Arbeit steckt, befindet sich in kapitalistischer Umkreisung“.

Kalinins kriegsverherrlichende Demagogie steigerte sich noch, als dann Jahre später der Krieg tatsächlich da war. Am 29. Oktober 1943 bejubelte er in der „Prawda“ die Losung „Alles für den Krieg!“ als „einfach, verständlich“ sowie „eine heilige, gerechte Sache“. Heroismus an der Front sei „eine eminente Parteiangelegenheit“, das „Allerheiligste der gegenwärtigen Parteiarbeit“.

Die Jugend, so Kalinin weiter, müsse lernen, „die internationalen Fragen auf marxistische Art anzupacken“. Wie diese „Art“ zu verstehen ist, offenbarte Kalinin in der Zeitschrift „Bolschewik“ im Januar 1945: „Der Hass gegen den faschistischen Unmenschen ist uns heilig.“ Der Deutsche ist für ihn ein „habgieriger Lumpensammler“ und „stumpfsinniger Erfüller der blutigsten Aufträge“, der Sowjetmensch hingegen heldenmütig und von „größter moralischer Standhaftigkeit“.

Vor 65 Jahren reichte das als Qualifikation zum Namensgeber einer seit sieben Jahrhunderten deutschen Stadt. Heute ist der Name Kaliningrad eine Schande – auch für die dort lebenden Russen.

Hans-Jürgen Mahlitz

Ein Preuße an der Spitze Hessens

Mit Hilfe der Vertriebenen wurde Georg August Zinn zum langjährigsten Regierungschef des Bundeslandes

Besucht man in Hessen den Ministerpräsidenten in seiner Staatskanzlei, so befindet man sich in der Georg-August-Zinn-Straße. Der so Geehrte stand von 1950 bis 1969 als Ministerpräsident an der Spitze des von Wiesbaden aus regierten Bundeslandes. Geboren wurde er am 27. Mai 1901 in Frankfurt am Main. Er ist also als Ergebnis des Deutschen Krieges von 1866, in dessen Folge die heutige Bankenstadt ihre Bundesunmittelbarkeit verlor, ein gebürtiger Preuße.

Kurz nach dem Abitur an der Oberrealschule in Kassel im Jahre 1920 verlor der Sohn eines Oberingenieurs seinen Vater. Gezwungen, zum Unterhalt der Familie beizutragen, schloss sich dem Schulbesuch nicht sofort ein Studium, sondern erst eine Tätigkeit in der Kasseler Verwaltung an. Erst drei Jahre später ließ er sich nach der Prüfung für den gehobenen Dienst ohne Bezüge beurlauben und studierte in Göttingen und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften. 1927 machte er das erste und 1931 das zweite Staatsexamen. Es folgte eine Tätigkeit als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht in Kassel.

Politisch war Zinn seit dem Jahr des Abiturs in der SPD organisiert. Der Sozialistischen Studentenvereinigung und dem Republikanischen Studentenbund gehörte der Student ebenso an wie dem Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) und dem Reichsbanner. Ab seiner Referendarszeit saß er für seine Partei in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten war damit Schluss. Aber seinen Anwaltsberuf konnte er weiter ausüben. 1941 wurde er Soldat. Nachdem er bereits vorher wiederholt inhaftiert worden war, sollte er nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 verhaftet werden, aber eine Namensverwechslung ersparte ihm diesmal die Haft.

Seine Kriegsgefangenschaft bei den US-Amerikanern war kurz. Bereits im Oktober 1945 begann seine Karriere in Staat und Politik Nachkriegsdeutschlands. In jenem Monat wurde er als Landgerichtsdirektor in den Justizdienst und als Justizminister in die hessische Regierung übernommen.

Der hessische Politiker engagierte sich auch in der überregionalen Politik. Dem Wirtschaftsrat der Bizone gehörte er ebenso an wie dem Parlamentarischen Rat. Nachdem er 1949 in den neuen Bundestag gewählt worden war, gab er noch im selben Jahr sein hessisches Ministeramt auf.

Nach Hessens zweiter Nachkriegslandtagswahl vom 19. November 1950, bei der die SPD erstmals die absolute Mehrheit der Parlamentssitze gewann und auf die Unterstützung der CDU nicht mehr angewiesen war, kehrte Zinn als Nachfolger von Ministerpräsident Christian Stock in die Landespolitik zurück. Am 14. Dezember wählte ihn der Landtag zum Regierungschef. Zusätzlich übernahm er wieder das Justizministerium. Es folgten fast zwei Jahrzehnte als Landesvater seines Heimatlandes.



Landespolitiker mit bundesweiter Bedeutung: Ministerpräsident Georg August Zinn (Mitte) im Gespräch mit der Bundesgesundheitsministerin Käte Strobel und dem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Fritz Schäfer

Bild: Internet

Fünf Legislaturperioden stand Zinn an der Spitze des Bundeslandes. In der nächsten Landtagswahl von 1954 verlor seine SPD zwar die Mehrheit der Landtagsmandate, doch konnte er an der Spitze einer Koalition mit der neu ins Parlament gewählten Interessenvertretung der Heimatvertriebenen und Entrechteten erneut die Regierung bilden.

Die Koalition wurde 1958 durch den Wähler bestätigt und auch 1962 fortgesetzt, als es der SPD gelang, nicht nur die absolute Mehrheit der Mandate zurück-, sondern erstmals auch die Stimmenmehrheit zu gewinnen. Bei der Landtagswahlen 1966 konnte Zinns Partei ihren Erfolg von 1962 noch einmal übertreffen. Mit 51 Prozent erzielten die Sozialdemokraten das beste Ergebnis, das eine Partei in diesem Bundesland erzielt hat. Der Koalitionspartner verfehlte jedoch den Wiedereinzug ins Parlament, und so war Zinns fünfte und letzte wieder eine SPD-Alleinregierung. Hessens Landesvater stand auf dem Höhepunkt seiner Popularität. Meinungsforscher gaben ihm 100 Prozent Bekanntheitsquote.

Der Ministerpräsident begann sich jedoch Sorgen um die Entwicklung des Föderalismus in der Bundesrepublik zu machen. Seit 1955 amtierte er als der vom Bundesrat bestimmte Co-Vorsitzende des Vermittlungsausschusses von Länderkammer und Bundestag. Die nur schleppenden Fortschritte bei der 1969 verabschiedeten Finanzreform deprimierten ihn. Er dachte an Rücktritt.

Hinzu kamen Querelen auf Landesebene. Während Zinn als deren Vorsitzender die SPD Hessen-Nord im Griff hatte, begann der südhessische Parteiapparat aufzumucken. Wenn seine eigene Person auch nicht zur Disposition stand, so wurde doch seitens seiner eigenen Parlamentsfraktion nun eine entschiedene Verjüngung der Regierungsmannschaft gefordert.

Als der mittlerweile fast 68-Jährige am 12. April 1969 einen leichten Schlaganfall erlitt und sich herausstellte, dass die Genesung auf sich warten ließ, erklärte Hessens Rekordministerpräsident nach 19 Jahren seinen Rücktritt. Am 3. Oktober 1969 endete seine Regierungszeit.

Als am 8. November des darauffolgenden Jahres der Landtag, dem Zinn seit 1954 angehörte, neu gewählt wurde, trat er nicht mehr an. Im selben Monat trat er auch vom Vorsitz des Bezirks Nord-Hessen seiner Partei zurück. Knapp sechs Jahre später, am 27. März 1976, starb Zinn in einem Krankenhaus seiner Geburtsstadt. Beigesetzt wurde er mit einem Staatsbegräbnis auf dem Nordfriedhof der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Georg August Zinn versuchte in den prägenden Jahren seiner Amtszeit für das neu geschaffene Bundesland, dessen Grenzen wie die vieler Länder „weniger originär als originell“ waren, um mit Theodor Heuss zu sprechen, eine verbindende Identität zu schaffen.

> Bemüht um eine verbindende Identität aller Landeskinder

So regte er 1953 die Gründung der Hessischen Landeszentrale für Heimatdienst, der heutigen Landeszentrale für politische Bildung, an und initiierte 1961 den sogenannten Hessentag als jährliche Festveranstaltung an wechselnden Orten des Bundeslandes.

In diese Integrationsarbeit wurden auch die zahlreichen Flüchtlinge aus Ost- und Mitteldeutschland einbezogen. Mit ihrer politischen Interessenvertretung, dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, hatte Zinn bereits frühzeitig eine vertrauensvolle Zusammenarbeit begonnen und damit die Fortsetzung seiner Regierung über den Verlust der SPD-Landtagsmehrheit im Jahre 1954 hinaus ermöglicht.

Manuel Ruoff

Er wollte »blos zeigen, wie es eigentlich gewesen«

Franz Leopold von Ranke trieb nicht geschichtspolitischer Eifer, sondern die Suche nach Gott in der Geschichte

Mit Leopold von Ranke stammt einer der größten Geschichtswissenschaftler deutscher Zunge aus einem Theologengeschlecht. Der am 20. Dezember 1795 in Wiehe an der Unstrut geborene Lutheraner studierte neben Philologie Theologie. Und aus theologischen Gründen fand er zur Geschichte. Wie Fichte glaubte er: „Allem erscheinenden Leben liegt die göttliche Idee zugrunde; ein bestimmter Teil derselben ist erkennbar. Ihn zu erkennen und die Erkenntnis weiterzuleiten ist die Bestimmung des Gelehrten.“ Ranke zufolge offenbarte sich Gott dem Menschen in der Geschichte, dem gläubigen Wissenschaftler Grund genug, die Geschichte zu erforschen.

Da er keine Veranlassung sah, Gottes Offenbarung zu verfälschen, lag ihm auch Geschichtsfälschung fern. Analog zum Priester, der seine Aufgabe darin sieht, Gottes Offenbarung zu erkennen und anderen zu vermitteln, wollte er „blos zeigen, wie es eigentlich gewesen“. Ranke spricht von „blos“, denn dem viele Staatshistoriker auszeichnenden Ehrgeiz, Geschichte volkspädagogisch und geschichtspolitisch zu interpretieren, um nicht zu sagen instrumentalisieren, stand sein Respekt vor der Geschichte als Medium Gottes im Wege.

Rankes Forderung nach Objektivität verträgt sich nicht mit Geschichtspolitik. So wird von geschichtspolitischer Seite Ranke gerne entgegengehalten, dass Objektivität nicht möglich sei. Doch selbst wenn dieses richtig sein sollte – und manches spricht dafür, dass das der Fall ist –, muss das ja kein Grund sein, nicht wenigstens zu versuchen, sich dem Ideal anzunähern.

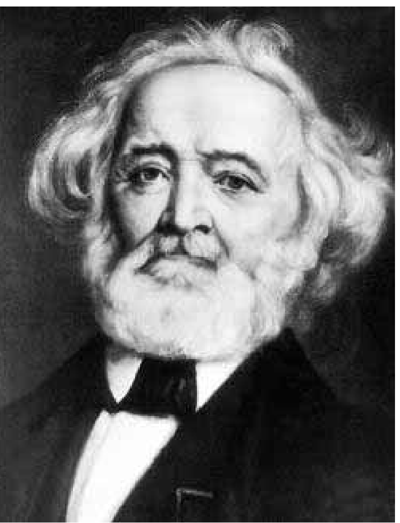
Auch dem Streben nicht nur moderner Staaten, sich als Krone des Fortschritts und den Vorgängerstaaten überlegen darzustellen, lief Rankes Geschichtsauffassung entgegen. Er war nicht fortschrittsgläubig und wähnte alle Epochen „gleich unmittelbar zu Gott“. Explizit wandte er sich dagegen, „die Vergangenheit zu richten, die Mitwelt zum Nutzen zukünftiger Jahre zu belehren“. Analog zu Bundespräsident Philipp Jenninger in seiner legendären Rede, die ihn das Amt kostete, wollte Ranke mit Empathie Geschehenes nachvollziehbar machen, die dahinter stehende Motivationslage aufzeigen, anstatt sich einfach nur betroffen zu entrüsten.

> Rekonstruktion der Vergangenheit aus den primären Quellen

Als inkorrekt gilt zumindest der Linken in der heutigen Historikerzunft auch das nicht nur von Ranke allein vertretene Geschichtsbild, große Männer machten Geschichte. Das gilt zum einen als sexistisch, da die Bedeutung der Frauen ausblendend, und widerspricht zum anderen dem egalitären Ansatz, dass Massenbewegungen und anonymen Prozessen, nicht aber durch Qualifikation oder Geburt herausgehobenen Einzelnen die (durchaus manchmal zweifelhafte) Ehre zukomme, Geschichte zu schreiben.

Wie wenig Ranke zum Geschichtspolitiker geeignet war, musste auch die Regierung seines Königs erfahren. Nach der französischen Julirevolution von 1830 hatte Außenminister Christian Günther von Bernstorff die „Historisch-Politische Zeitschrift“ (HPZ) als „Organ zur Verteidigung der Politik der aufgeklärten preußischen Bürokratie gegen die liberale Kritik von der Linken“ gegründet. Mit der Herausgabe wurde Ranke betraut. Doch obwohl der Preuße aus seinem Konservatismus keinen Hehl machte und seine Loyalität gegenüber seinem König über jeden Zweifel erhaben war, musste die Zeitschrift bereits 1836 wieder eigestellt werden. Die HPZ war einfach zu „historisch“ und zu wenig „politisch“.

Wenn Ranke trotz seiner geringen geschichtspolitischen Relevanz auch heute noch seinen Stellenwert in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung hat, dann liegt das nicht zuletzt an seinem neuen historiographischen Ansatz, nicht einfach nur die Berichte früherer Geschichtsschreiber weiter zu geben, sondern selbständig aus den primären Quellen die Vergangenheit zu rekonstruieren. Ranke hat dieses nicht nur gefordert, sondern auch vorgelebt.



Ranke: „Historiograph des preußischen Staates“

Sein Gesamtwerk von über 54 Bänden zeugt davon.

Ermöglicht wurde dieses Herkuleswerk außer durch ein außergewöhnliches Talent durch einen bewundernswerten Fleiß. Erklärbar ist das dahinter stehende Erkenntnisinteresse und Berufsethos wohl nur durch die religiöse Bedeutung, die Ranke der Geschichte und ihrer Erforschung beimaß.

Bezeichnenderweise hatte sich Ranke für seine erste große Arbeit mit Martin Luther den großen Theologen der Lutheraner, einen der „Heroen“ der Menschheitsgeschichte, in denen sich das „geheime Leben“ der „göttlichen Idee“ offenbare, zum Thema gesetzt. Die Arbeit blieb jedoch unvollendet. Stattdessen wurde sein Erstlingswerk „Geschichten der romanischen und germanischen Völker“. Dieser 1824 veröffentlichten Arbeit folgte noch im selben Jahr die Berufung des in Frankfurt an der Oder tätigen Lehrers für Alte Sprachen und Geschichte zum Professor an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin. Der historiographische Durchbruch gelang Ranke dann mit der 1834 bis 1836 erschienenen dreibändigen „Geschichte der Päpste“. Dieses Stück katholischer Kirchengeschichte ergänzte der Protestant 1839 bis 1847 durch sechs Bände "Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation“.

1841 wurde Ranke von Friedrich Wilhelm IV. zum "Historiographen des preußischen Staates“ ernannt. Der Berufung folgten 1847/48 drei Bände „Preußische Geschichte“. Hinzu kamen fünf Bände „Französische Geschichte“ 1852 bis 1861 und sieben Bände „Englische Geschichte“ 1859 bis 1868. Den weniger innovativen Ostmächten unter den fünf Großmächten Österreich und Russland schenkte Ranke weniger Aufmerksamkeit. Vielmehr folgten den mehrbändigen Arbeiten über die Westmächte weitere Werke vornehmlich zur preußischen Geschichte.

Schon seit Jahren blind, nahm Ranke im zu jener Zeit fast biblischen Alter von 85 Jahren noch ein Mammutprojekt in Angriff, eine „Weltgeschichte“. Er kam bis zum Tode Otto des Großen im Jahre 973. Dann setzte sein Lebensende auch seinem Schaffen ein Ende. Leopold von Ranke starb am 23. Mai 1886 in Berlin.

M. R.

Mitversicherung zum Nachteil der Deutschen

Zu: „Gesundheit ein teurer Luxus? (Nr. 18)

In schöner Regelmäßigkeit beklagen die deutschen Medien die ansteigenden Kosten des Gesundheitswesens und verweisen auf die Zunahme der sogenannten Zivilisationskrankheiten und die Überalterung der Gesellschaft.

Leider bleibt auch in dem Artikel von Herrn Mahlitz einer der allerwichtigsten Kostenfaktoren unerwähnt, der die gesetzlichen Krankenkassen in untragbarer Weise belastet: für jeden in Deutschland legal lebenden Ausländer – ob er Sozialhilfeempfänger ist oder arbeitet – zahlt die deutsche Krankenversicherung nicht nur ihm, sondern dem gesamten Familienclan Krankenversicherung im Heimatland oder auch hier.

Ebenso sind Kinder, Mehrfachfrauen, Eltern und Schwiegereltern unfallversichert. Wer mitversichert ist, richtet sich nach den Gesetzen in den entsprechenden zwölf Ländern, mit denen Deutschland seit den sechziger Jahren diese Verträge abgeschlossen hat, welche eine Diskriminierung der Deutschen darstellen, denn solche Privilegien genießen deutsche Eltern und Schwiegereltern von Versicherten nicht. Längst hätten diese Sozialversicherungsverträge gekündigt werden müssen, da die vermutlich mehrere Milliarden betragenden Summen für die Versorgung der deutschen Kranken fehlen und die Benachteiligung der deutschen Versicherten einen unerträglichen Rechtszustand geschaffen haben. Über die durch diese Abkommen ins Ausland geflossenen Beträge halten sich die Kassen und die BRD bedeckt, und die Presse erwähnt diese Tatsachen auffallend selten. Man fragt sich, warum?

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main

In Partisanenkrieg verwickelt

Zu: Kampf gegen Terror

Der Kampf gegen den Terror ist nur eine euphemistische Umschreibung für das, was man früher „Partisanenkrieg“ nannte. Objektiv betrachtet stehen die USA und ihre Verbündeten, mit oder ohne UN-Mandat, in verschiedenen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens im Krieg, nur wird versucht, diese Tatsache zu euphemistisch zu umschreiben. In der Mehrzahl dieser Länder sind die offiziellen Streitkräfte (Kombatanten) geschlagen. Der Gegner ist nun zum „Partisanenkrieg“ übergegangen, ganz klassisch wie zum Beispiel in Afghanistan, was auf Grund der heutigen technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und unter Ausnutzung der Reisefreiheit als Terrorismus bezeichnet wird. Der Gegner versucht, den Krieg in die ihn aus seiner Sicht angreifenden Staaten zu tragen. Die Tatsache, dass man in einen Partisanenkrieg verwickelt ist, kann man der eigenen Bevölkerung „schlecht verkaufen“, bedeutet dies doch, dass man mit einer ganzen Reihe von Ländern im „De facto“-Krieg steht, der zwar nie erklärt wurde. Wenn man diese Kriege nicht beendet, wird weiter Partisanenkrieg geführt, ein wirklicher Friede rückt in weite Ferne.

Lothar Liedtke, Lima/Peru

Abserviert!

Zu „Stößt die Kirche Kalinin vom Sockel?“ (Nr. 18)

Schön wär's! Ich wünsche mir als mit dem alten orthodoxen Russland eng verbundenem Appenzeller, dass mit dem Segen des Heiligen Sergius von Radonesch am Kalinin-Platz in Königsberg in naher Zukunft Bulldozer auffahren werden. Die gesamte in Bronze gegossene sowjetische Verbrecherbande gehört abserviert. Oder andersrum: Mit den für geschmacklose Standbilder verpulverten Rubeln hätte man die russischen Arbeiter einst besser mit funktionierenden Toiletten bedient.

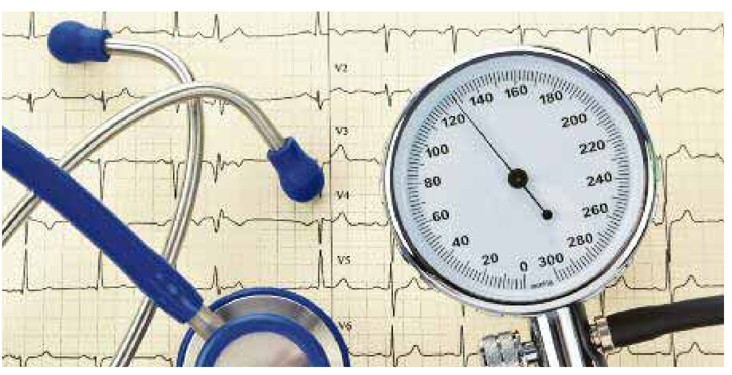
Vincenz Oertle, Gais / Schweiz

Empört über Papst

Zu „Der Selige“ (Nr. 18)

Mit dem Artikel vom 7. Mai sprechen Sie mir aus der Seele. Bereits 1983 habe ich ein Gedicht mit dem Titel „Annaberg 1983“ verfasst, in dem ich (als Katholik) meine Empörung über die Äußerungen des damaligen Papstes geäußert habe. Ich erlaube mir, dieses Gedicht, Ihnen mit zusenden. Gott sei Dank haben Sie anlässlich der Seligsprechung von Johannes Paul II. mit treffenden Worten an Unterlassenes und Überflüssiges dieses Papstes erinnert.

Manfred Schalk, Höchberg



Besuch beim Arzt: Für die Versicherten wird Medizin immer teurer. Bild: ddp images

Geahndet wie Menschenraub

Zu : Das Plagiat!

Ein Plagiat beschreibt und verurteilt die Übernahme fremden geistigen Eigentums als Verstoß gegen die Grundsätze wissenschaftlicher oder künstlerischer Redlichkeit. Die Formulierung eines solchen Diebstahls wurde nach dem römischen Rechtsempfinden wie Menschenraub geahndet. Eine solche Rechtsdeutung ist natürlich einem Studenten der Rechte nicht mehr als Lehrmeinung zu verkaufen.

Rudi Dutschke würde zu seiner Zeit den Verursachern dieser Sprachregelung einen Piepmatz gezeigt haben. Obwohl schon um die Jahrhundertwende ihm die Haare zu Berge gestanden hätten. Solche Gedankensprünge waren seinerzeit nichts Ungewöhnliches.

Ein Plagiat beweist nämlich nur die Wandlungsbereitschaft des Zeitgeschehens wie auch die Abgründe des anwaltlichen Denkens als Schicksal Auslegung. Die nicht auszuschließende Bestechlichkeit der damaligen göttlichen Einflüsse steht auf einem ganz anderen Blatt.

Günter Pruss, Itzehoe

London und Paris waren gegen uns

Zu: Leserbrief „Ablehnung wäre ungeheuerlich“ (Nr. 15)

Gorbatschows Angebot, Nordostpreußen an Deutschland zu verkaufen, ist mir als inoffiziell thematisiert in guter Erinnerung. 1999 und 2000 hat es der CDU-Parteigenosse Heiko Peters aus Hamburg nicht geschafft, die Herren Kohl, Schäuble, Weigel, Bohl und Kinkel mit all seinen Bezichtigungen der Hehlerei in der „FAZ“ herauszufordern, und trat schließlich aus. Die politische Klasse lässt solche, wenn auch richtige Behauptung ohne Reaktion, weil andernfalls das Interesse der Medien und der Öffentlichkeit geweckt werden könnte und es zu juristischen Auseinandersetzungen kommen könnte beziehungsweise müsste. Was die These meines lieben Landsmanns Bernd Dauskardt anbelangt, „Helmut Kohl ist in diesen Schicksalsstunden auf einen fahrenden Zug aufgesprungen“, möchte ich widersprechen: In dem vorzüglichen Buch „Sternstunden der Diplomatie“ von Prof. Condoleezza Rice, der nachmaligen Außenministerin von George W. Bush, und einem Mitautor ist ausführlich dargestellt und belegt, dass Kohl mit Bush sen., wie auch Außenminister Baker mit Genscher, in engem Kontakt auf eine Lösung der Probleme hinarbeitete, was zur Wiedervereinigung führte. Deutlich wird in dem Buch, wie Mitterrand und Margaret Thatcher es lieber bei der Trennung und damit Schwächung Deutschlands belassen hätten, ganz m Sinne ihrer uralten politischen Traditionen.

Hans-Henning Plock-Sechserben, Kittlitz

Verbindung zwischen Ströbeck und Ostpreußen blieb unerwähnt

Zu : „Regenten beim Spiel des Königs“ (Nr. 18)

Ich bin kein Schachspieler. erinnere mich aber gern an einen Besuch des Schachdorfes Ströbeck zwischen Halberstadt und Harz mit seinem vorbildlichen Schachmuseum.

Aber eines habe ich in dem Beitrag vermisst, der in einem wohl vorwiegend von Ostpreußen gelesenen Blatt stand: Die Verbindung zwischen dem Schachdorf Ströbeck und Ostpreußen. König Friedrich Wilhelm I. hatte sich sehr oft nach Ostpreußen begeben, um sich selbst davon zu überzeugen, dass die großen Geldbeträge. die er für die Wiederbesiedlung (Repeuplierung) Ostpreußens nach der Großen Pest 1709/10 ausgegeben hatte, auch Erfolg bringend eingesetzt wurden. Bei einer seiner Reisen traf er in einem Dorf in der Nähe der späteren Kreisstadt Darkehmen (Angerapp) den Wirt Kräkel, der aus dem Schachdorf Ströbeck stammte. Der König wollte gegen den Ströbecker eine Partie Schach spielen – und verlor. Der Gewinner hatte beim König zwei Wünsche frei. Der Wirt Kräkel erbat einen Dorfanger und einen neuen Ortsnamen für das ungewohnte Mazzatsch oder Mazaitschen. Der König erfüllte diese Wünsche. Nach Darkehmen hin wurde ein Anger ausgewiesen, und aus Mazzatsch wurde 1729 in Anlehnung an seinen Herkunftsort Strepke, später Ströpken.

Es war kein Wunder. dass der Ex-Ströbecker das Schachspielen noch nicht verlernt hatte; war er doch erst 1723 von Ströbeck nach Ostpreußen gezogen. Die genauen Daten seiner Übersiedlung sind enthalten in Akten, die sich noch heute im Brandenburgischen Hauptarchiv in Potsdam befinden. Am 26. März 1723 erging ein Schreiben an die Kurmärkische Kriegs- und Domainenkammer „wegen Fortschaffung der aus dem Halberstädtischen angekommenen Leute. so nach Ostpreußen abgehen sollen“. Die Kammer wird darin unterrichtet, dass mit einem Zug Magdeburger noch eine Anzahl von Leuten aus dem Halberstädtischen eintreffen würde. Weil diese, anders als die Magdeburger, namentlich noch nicht erfasst waren, sollte von ihnen eine Liste erstellt werden. „Also überkommt hierbei noch mal schriftlich eine exacte Specification aller solcher itzt allhier angelangten Leute.“ In der hierauf erstellten „Specification der aus Halberstadt nach Preußen zu sendenden Leute“, von der ich die erste Seite als Kopie beifüge, steht an erster Stelle Hans Kröckel nebst Frau und fünf Kindern. In dem Schreiben wurde die Kammer noch angewiesen, für eine „ohngesäumte Fortbringung bis nach Wrietzen (an der Oder) von wannen sie zu Wasser ferner bis nach Stettin transportiert werden sollen“. Hans Kröckel, dessen Namen später dank der variablen Schreibweise der Urkundsbeamten zu Krökel, Kräkel wurde, ist also mit dem Schiff wohlbehalten nach Königsberg gelangt und bekam für sich und seine Familie im Amt Weedern eine Siedlerstelle von 1 Hufe 10 Morgen 200 Ruten angewiesen.

Herbert Skroblin, Wächtersbach

Gut aufgehoben

Zu: *PAZ*

Aus vielen Gesprächen mit Freunden und Bekannten konnte ich entnehmen, dass man sich bei der *PAZ* gut aufgehoben fühlt und unsere Zeitschrift lobend weiter empfiehlt. Die Leser sind besonders erfreut, dass die *PAZ* die Geschichte der preußischen Städte und Dörfer vermittelt und ihre großen Denker, Dichter und Wissenschaftler würdigt. Viele Veröffentlichungen bezeugen besonders die Treue zum preußischen Erbe. Der Inhalt dieser Texte spiegelt oft die Vorstellung der Deutschen von Treue und Glauben wider.

Die Menschen in unserem Land sind es leid, mit Unwahrheiten vieler Politiker getröstet zu werden, und sie haben erkannt, dass die *PAZ* den bürgerlichen Gemeinsinn fördert. Als Bindeglied aller Preußen ist die *PAZ* inzwischen Sprachrohr für alle geistigen, kulturellen und heimatpolitischen Aufgaben geworden. Sie vertritt mit Nachdruck den Frieden, die Freiheit, die Verständigung und das absolute Recht auf Heimat. Deshalb sollten wir alle die *PAZ* unterstützen und die Zeitung abonnieren.

Dr. Herbert Beister, Essen

Miegel galt als entnazifiziert

Zu: Agnes Miegel

Zum Vorwurf, Agnes Miegel habe sich nie vom Nationalsozialismus distanziert: 1948/49 erfolgt nach Überprüfung ihre hundertprozentige Entnazifizierung ohne jegliche Auflagen. Mit Agnes Miegel werden Millionen Deutsche ebenfalls nach dem gleichen System zu 100 Prozent entnazifiziert. Die Gesetze dafür kamen von den Alliierten und wurden auch von ihnen für Deutschland angeordnet. Diese Maßnahme fand 1954 ihren Abschluss. Sie bezweckte die Bestrafung der Nationalsozialisten und deren Ausschaltung aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben. Für Beurteilungen unterschieden die Spruchkammern fünf Gruppen: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete. Miegel gehörte der letzten Gruppe, den Entlasteten, an. Jeder, der diesen Bescheid erhielt, war auf Dauer von jeglichen weiteren Urteilen befreit und konnte sein privates und berufliches Leben richten.

Während Deutschland wieder aufgebaut werden musste, sollte daneben auch eine neue Regierung nach demokratischen Vorgaben entstehen. Die Entnazifizierungsbehörde war eine geordnete rechtlich einwandfreie Institution. Mit dem Erhalt des Bescheides P. 5, war für die betreffende Person der Fall abgeschlossen. Das erklärt auch die Ehrungen, die Agnes Miegel von der Öffentlichkeit zuteil wurden. (Willy Brandt bei Agnes Miegel 1961, Briefmarke für Miegel 1979 sowie verschiedene andere Ehrungen). Aber auch ihre Entgegnung, dass sie ihre Zugehörigkeit zur NSDAP nur mit sich und Gott auszumachen habe; denn die Politik hatte ja bereits dieses Thema abgeschlossen. Bis zu ihrem Tode 1964 wurde die Entnazifizierung nie in Frage gestellt.

Wenn heute, 47 Jahre nach dem Tod Agnes Miegels, die Entnazifizierungsdurchführung von nachgeborenen politischen Generationen missachtet wird, so ist bewiesen, dass sie sich weder mit den Gesetzen der Alliierten befasst haben und noch weniger mit dem natürlichen Zeitablauf; denn zu Lebzeiten Agnes Miegels bestand von keiner Seite ein Handlungsbedarf, der den heutigen politischen Vorstellungen entspricht.

Elisabeth Krahn, Celle

Einseitige Abhörprotokolle

Zu: „Fakt oder Kampagne?“ (Nr. 18)

Sie haben lange warten müssen, die Herren Historiker der neuen Generation, um endlich die Abhörprotokolle von deutschen Kriegsgefangenen in englischer Gefangenschaft mit erhobenem Stinkefinger veröffentlichen zu können. Nach 66 Jahren der Geschehnisse dürfen sich die Verfasser Neitzel und Welzer sicher genug wähnen, keinem Zeitzeugen mehr ins Messer zu laufen. Dieser müsste heute mindestens über 86 Jahre alt sein. Fakt oder Kampagne – keine Frage, beides!

Die Gefangenen in einem Lager nahe London – ausnahmslos Offiziere der Fallschirmtruppe und Waffen-SS ahnten schon bald, dass sie in ihren Gesprächen untereinander abgehört wurden. Man verhielt sich danach. „Wenn schon, denn schon!“ Der Tommy sollte seine Freude haben und so erzählte man sich in der „Stube“ unter Augenzwinkern laut die verrücktesten Waffentaten. Eigentlich hätten die Horcher auch herausfinden müssen, welche Gefangenen in der naheliegenden englischen Schuhfabrik die Schuhe, zu je zwei linken und zwei rechten einpackten oder beim Abmähen der Getreidefelder große Hakenkreuze schnitten, die man vom Flugzeug aus sehen konnte. Doch nichts passierte dagegen. Der Bruder meiner Mutter erzählte mir von diesen Begebenheiten. Im Krieg hatte er sich zu den Fallschirmjägern gemeldet. Als Hauptmann und Bataillonskommandeur kam er in der Schlacht bei Arnheim mit einer schweren Knieverwundung in englische Gefangenschaft. Er betonte mir gegenüber immer wieder die bevorzugte gute Behandlung und Verpflegung in England. Nach Entlassung aus der Gefangenschaft diente er kurze Zeit als Hilfswilliger im Offiziersrang in der englischen Besatzungsarmee.

Ich bin mir sicher, was mein Onkel über das von Neitzel / Welzer vorgelegte Buch sagen würde: Ihr dümmlichen Gutmenschen! Seid doch glücklich und dankbar für eure späte Geburt! Lest bei Ernest Hemingway in „Selected Letters 1937–1961“ (im Carlos Baker Verlag New York gedruckt) über seine dort freudig eingestandenen sadistischen Mordtaten an wehrlosen „deutschen Krauts“. Jeder kehre also vor seiner eigenen Tür!

Dieter Bock, Burgstall

»Ein Muss«

Zu: „Altvaterturm: Gedenkort für die Vertriebenen“ (Nr. 14)

Ein Mahn- oder Denkmal für die Vertriebenen sucht man in Deutschland wie eine Stecknadel in einem Heuhaufen. Es gibt ein Relief im Turm der Evangelischen Kirche zu Steinhude in Niedersachsen. Es erinnert an die Toten der Elchniederung. Ich stiftete der Kirche in Delmenhorst zwei ehemalige Grabplatten mit der Aufschrift: „Deutscher Osten unvergessen“, „Ostpreußen, Pommern, Schlesien“. Das Mal steht seit August 2010 auf dem Evangelischen Friedhof an der Wildeshauser Straße in Delmenhorst. Ich habe nichts gegen ein Denkmal in Berlin, das an die Wiedervereinigung erinnert. Es ist sogar ein „Muss“. Ebenso wichtig ist aber ein ehrwürdiges Denkmal in Berlin, das an die Vertreibung erinnert! Als Ergänzung zum Museum.

Horst Redetzky, Delmenhorst

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 21. Mai 2011

MELDUNGEN

Gäste bei Hipp in Heiligenbeil

Heiligenbeil – Vier Vorstandsmitglieder des Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, der Zweite stellvertretende Kreisvertreter Bernd Schmidt sowie die Beisitzer Ilse Thomann (Fotoarchiv), Brunhilde Schulz (Publikation) und Siegfried Schulz (Kreiskartei), haben sich während einer Ostpreußenreise ein Bild vom Heiligenbeiler Werk des bundesdeutschen Säuglingsnahrungsherstellers Hipp gemacht. Der Besichtigungstermin war mit der Geschäftsführung des Familienunternehmens mit Sitz im oberbayerischen Pfaffenhofen an der Ilm im Vorfeld abgestimmt worden, so dass die Gruppe im Unternehmen von der Assistentin der Geschäftsführung, Natalia Romanowa, und einem weiteren leitenden Angestellten herzlich begrüßt wurde. Von ihnen erfuhren die Gäste, dass die Produktion sich zur Zeit in einem Stadium befindet, das noch ausgebaut werden soll und kann. Während des sehr informativen Rundgangs erklärte Romanowa den Produktionsablauf in dem


Bild: privat

Ostpreußen zu Gast bei Hipp

Werk, dessen Erzeugnisse fürs erste ausschließlich für den russischen Markt bestimmt sind. Sie erläuterte, welche Auflagen es von staatlicher Seite gibt. Und sie zeigte die Möglichkeiten auf, die Produktion bei Bedarf auszuweiten. Mit Interesse hörten die Besucher, dass die Grundstoffe zur Herstellung der Säuglings- und Kleinkindnahrung zur Zeit noch aus den unterschiedlichsten Ländern eingeführt werden, allerdings die Absicht besteht, bereits in absehbarer Zeit mit dem Anbau von Grundstoffen wie Obst und Gemüse in Heiligenbeil und Umgebung zu beginnen. Der Rundgang dauerte rund eine Stunde. Am Ende wurden die Gäste zu einer Verkostung eingeladen, bei der Säfte und Desserts angeboten wurden. Die vier Vorstandsmitglieder der Kreisgemeinschaft waren laut Aussage Romanowas die erste Besuchergruppe seit Aufnahme der Produktion, der die Gelegenheit gewährt worden ist, das Werk zu besichtigen. *B.S.*

Ostpreußische Vorfahrin

Steinort/London/Angerburg – Jerzy Marek Lapo, promovierter Archäologe vom Museum für Volkskunst in Angerburg, hat darauf hingewiesen, dass Prinz William mit Maria Eleonora von Lehndorff eine ostpreußische Vorfahrin hat. Die Adelige wurde 1723 in Steinort geboren und starb 1800 in Königsberg. *PAZ*

Eine Feier rund um den Drahtesel

»Tag des (Fahr)Rads« in Königsberg sollte Image des vermeintlichen Arme-Leute-Verkehrsmittels verbessern

Radrennen gelten in Königsberg als Sensation. Überhaupt ist die Fortbewegung mit einem Fahrrad für die meisten Russen völlig exotisch. Während im Westen das Fahrrad ein beliebtes Verkehrsmittel als Alternative zum Auto ist, wird im Königsberger Gebiet das Rad erst allmählich als Transportmittel und Freizeitobjekt entdeckt.


Als leuchtendes Vorbild dabei: Bürgermeister Alexander Jaroschuk (Mitte) beteiligte sich an der Radwanderung. Bild: Tschernyschew

Am 8. Mai hat der Königsberger Radsportverein erstmals einen „Tag des (Fahr)Rads" organisiert. Der Vorsitzende des Vereins, Gennadij Michailow, begründete die Ausrichtung des Festes durch seine Organisation damit, dass der Königsberger Regierung auf diese Weise die Relevanz dieses Fortbewegungsmittels vor Augen geführt und auf das Fehlen von Radwegen in der Stadt aufmerksam gemacht werden solle.

Die Stadt unterstützte die Initiative. Während Gouverneur Nikolaj Zukanow im Rahmen der Feierlichkeiten zum Sieg über Deutschland am 9. Mai gemeinsam mit den Radsportlern einen Abstecher auf die polnische Seite der innerostpreußischen Grenze unternahm, beteiligte sich Bürgermeister Alexander Jaroschuk an der am „Tag des (Fahr)Rads" durchgeführten Radwanderung. Als Route wurde die ruhige Kutusow-Straße (Körteallee) ausgewählt. Der ruhige Stadtteil in bevorzugter Lage war schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine Prestigeadresse. Schon früh am Morgen wurde die Straße für den Autoverkehr gesperrt und die Teilnehmer versammelten sich bei einer speziell aufgestellten Bühne. Unter den Teilnehmern waren überwiegend Radsportler, aber auch einfache Radfans meist jugendlichen Alters nahmen teil.

Die Feier begann mit kurzen Ansprachen von Stadtvertretern, Geschäftsleuten, Sportlern und Kulturschaffenden. Die Teilnahme des Bürgermeisters hatte viele Neugierige angelockt. Als Sieger eines sogenannten Freundschaftsrennens ging Fußballstar Alexander Gwardis vom Klub „Baltika" hervor. Nach den Profisportlern starteten Freizeitsportler verschiedener Sportvereine, die sich voll ins Zeug legten und die Bewunderung der Zuschauer auf sich zogen. Auch viele Kinder, vor allem kleine, versuchten sich mit Dreirädern auf der Strecke. Die Kleinkinder erfreuten sich besonderer Aufmerksamkeit, was nicht verwundert, da ihre Eltern

Statt tausende nur 500 Besucher

und Verwandten ihnen zusahen. Künstler und Clowns rundeten den Festivalcharakter des Ganzen ab. Der Direktor des Königsberger Puppentheaters, Alexander Perebejnos, hatte die Leitung des Unterhaltungsteils übernommen.

Aus der benachbarten Republik Polen führten Radfahrer ihre Tandems vor. Im Rahmen der Feier fand auch ein Rennen mit dem Titel „Baltische Tour" statt, das den Status eines offenen Wettbewerbs im Königsberger Gebiet hat. Die Sportler mussten dabei eine 2,6 Kilometer lange Rundstrecke im Stadtzentrum 20-mal abfahren.

Die Organisatoren bemühten sich, den Besuchern einen unvergesslichen Tag zu bereiten, was ihnen im Großen und Ganzen auch gelang. Doch statt der erwarteten mehreren tausend Besucher waren lediglich 500 gekommen, darunter überwiegend Eltern, Verwandte und Freunde der Radfahrer.

Zurzeit ist Radfahren in Königsberg noch nicht „in". Jemand, der nicht mit dem Auto unterwegs ist, gilt als arm und erfolglos. Es gibt zwar viele Familien, in denen zumindest ein Fahrrad im Haushalt vorhanden ist, aber meist wird es nur in der Freizeit genutzt, außerhalb der Stadt. In Königsberg gibt es bislang nur einen einzigen Radweg, der um den Oberteich führt. Vielleicht geht die Rechnung der Radaktivisten auf und die Königsberger erkennen Radfahren als gesunde und umweltschonende Fortbewegungsart an. *Jurij Tschernyschew*

Ein letztes Mal im Luisen-Theater

Die »Woche des zeitgenössischen deutschen Kinos« in Allenstein bot viel Neues

Seit ein paar Jahren findet in einigen Städten der Republik Polen – außer in Elbing und Danzig auch in Allenstein – die „Woche des zeitgenössischen deutschen Kinos" statt. Die Filmvorführungen werden gut angenommen, sowohl von den Filmliebhabern als auch von an deutscher Kultur interessierten Germanisten. In diesem Jahr fand die Veranstaltung letztmalig in dem vor einem Jahrhundert gegründeten Luisen-Theater am Markt, dem heutigen „Awangarda", statt. Bei dem Bau handelt es sich um eines der ältesten Kinogebäude auf dem Boden der heutigen Republik Polen.

Schon bald muss der bisherige Verwalter und Mieter, Konrad Lenkiewicz, dieses Lichtspielhaus an einen neuen Inhaber abtreten. Dies bedeutet wohl das Ende der allgemein als anspruchsvoll beurteilten Kulturaktivität dieser Einrichtung. Lenkiewicz, ein versierter Kenner der Filmgeschichte, stellte in den vergangenen Jahren nicht nur das unter seiner Obhut stehende Haus der Kinowoche zur Verfügung, sondern er gab gleichzeitig eine spannende Einleitung in die jeweilige Filmvorführung. Viele Allensteiner sind empört, dass eine nahezu 200 000 Einwohner zählende Stadt bald nur noch ein einziges Multiplex-Kino hat, doch konnte dies die Entscheidung nicht mehr aufheben und das nahezu Kult gewordene „Awangarda"-Kino vor seiner Schließung retten.

Das Filmfest wurde vom deutschen Steuerzahler gefördert

Die diesjährige Filmreihe wurde, wie die neun früheren, von mehreren Trägern und Veranstaltern organisiert, vor allem aber vom Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen und der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen. Sie hat das Motto „Nachbarwelten" und soll den 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags über die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ehren. Deswegen wurden zwei herausragende Regisseure aus beiden Ländern, Volker Schlöndorff und Andrzej Wajda, gebeten, diese Initiative unter ihre Schirmherrschaft zu stellen.

Die feierliche Eröffnung der Filmvorführungen fand am 9. Mai statt. Danach standen Filme wie die deutsch-polnische Koproduktion „Wintertochter" von Regisseur Johannes Schmidt auf dem Programm. Die Titel anderer Bildstreifen klingen ebenfalls vielversprechend: „Deutschland 09", „Schröders wunderbare Welt" und „Friendship!" Letztere Produktion, in der auch die polnische Schauspielerin Alicja Bachleda-Curus spielte, zog 2010 mehr als anderthalb Millionen Besucher in die deutschen Kinos. Es ist zu hoffen, dass dieser erfolgreiche Spielfilm auch die nach Abwechslung dürstenden Zuschauer in Allenstein amüsieren wird. Unter den Regisseuren dieser Filme sind so bekannte Namen wie Fatih Akin, Wolfgang Becker und Romuald Karmakar.

Am zweiten Tag wurde ein Film über Irena Sendlerowa vorgeführt, eine Frau, die im Krieg mehrere jüdische Kinder aus dem Warschauer Getto rettete. Daran schloss sich eine Podiumsdiskussion an.

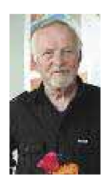
Die Judenverfolgung bildete einen Themenschwerpunkt

Die Judenverfolgung war auch am darauffolgenden Tag Thema. An jenem Mittwoch wurde nämlich der 1998 mit dem „Prix Europe" in Berlin ausgezeichnete Dokumentarfilm von Dariusz Jablonski über das Lodzer Getto gezeigt. Das Festival wurde vom Film „Renn, wenn Du kannst" des jungen Regisseurs Dietrich Brüggemanns gekrönt.

Neben den Vorführungen im Kinosaal fehlte es nicht an Begleitveranstaltungen, die im Mendelsohn-Haus, auf dem Schloss, im Alten Rathaus und im frisch renovierten Otto-Naujack-Haus stattfanden. Nach den offiziellen Veranstaltungen gab es noch ein Konzert der jungen, aber bereits erfolgreichen Allensteiner Band „The Lollipops". Diese Gruppe gilt als einer der führenden Exponenten der Musikszene im südlichen Ostpreußen. *Grzegorz Supady*

Gerhard Spilgies in Tilsit

Zur Eröffnung der diesjährigen Museumsnacht konnte die Direktorin des Tilsiter Stadtgeschichtlichen Museums, Angelika Spiljowa, den in Tilsit geborenen Künstler Gerhard Spilgies willkommen heißen. Er präsentierte den interessierten Gästen seine ausdrucksstarken Bilder und vermittelte wissenswerte Einblicke in die Maltechniken bedeutender Künstler wie Pablo Picasso. Die Museumsnacht stand unter dem Motto „Was Exponate erzählen". So weckte eine alte Schulbank nostalgische Erinnerungen an vergangene Kinderjahre. Besonderes Interesse weckte ein altes deutsches Waffeleisen mit Rautenmuster. Es erzählte von dem einstigen Tilsiter Brauch des Waffelbackens. Aromatischer Duft verbreitete sich im Museum, als die Mitarbeiter nach ostpreußischer Rezeptur den Teig zu knusprigen Waffeln pressten und die gebackenen Leckerbissen den Besuchern anboten. Die Verkostung wurde zu einem mit viel Lob bedachten „Renner" der Museumsnacht. *Hans Dzieran*


G. Spilgies

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

und wieder eine Mail aus dem Ausland, diesmal aus England. Geschrieben von dem Enkel eines Mannes, der als Kriegsgefangener nach Shropshire kam und dort verblieb. Bis heute. Nun ist er Großvater, und sein Enkel macht sich für ihn auf die Suche nach den Wurzeln der Familie, und die liegen in Ostpreußen. Im nördlichen Teil, im Kreis Tilsit-Ragnit, und dort in Schillen, früher Szillen. So schrieb sich der zwischen Tilsit und Insterburg gelegene Ort, als **Bruno Smeilus** dort am 21. November 1925 geboren wurde. Wie der Name schon besagt, müssen die Wurzeln sehr tief liegen, die Familie Smeilus dürfte in dieser Gegend seit Generationen ansässig sein. Bruno verbrachte seine Jugend in Grünheide mit Vater **Otto**, Stiefmutter **Truda** und Geschwistern. Anscheinend war die erste Frau von Otto Smeilus früh verstorben. Von dieser hatte er außer Bruno noch einen älteren Sohn **Reinhold**, der etwa 1921/22 geboren wurde. Die jüngeren Geschwister **Erna**, * 21. Mai 1934, **Toni**, * 4. Januar 1937, und **Ursel**, *28. Juni 1942, dürften von der zweiten Frau stammen. Vater Otto kämpfte im Zweiten Weltkrieg an der Ostfront und fiel dort im Winter 1942/43. In Erinnerung hat Bruno Smeilus noch, dass es ein Ort mit „grad" war, also Leningrad oder Stalingrad. Der Tod seines Vaters hätte „einen starken Einfluss auf die Entscheidung des 17-jährigen Sohnes gehabt, sich freiwillig zur Wehrmacht zu melden" – so formuliert es der Enkel nach den Aussagen seines Großvaters. Er kam zur Luftwaffe und wurde 1944 in Holland von den Engländern gefangen genommen. Das Ende des Krieges erlebte er in England, wo er dann verblieb und eine Familie gründete.

Aber er hat seine Herkunft nie vergessen, sein Enkel **Richard** Smeilus unterstützt den ostpreußischen Großvater in der Ahnenforschung und hat sich deshalb an uns gewandt. Es geht also in erster Linie um die Familie Smeilus aus Schillen. Der Name der Mutter von Bruno Smeilus ist leider nicht bekannt, von der zweiten Frau des Vaters nur der Vorname, der wahrscheinlich „**Gertrud**" lautet. Sie könnte aus Grünheide stammen, hat jedenfalls dort mit Mann und Kindern gelebt. Doch da beginnt die Schwierigkeit: Welches Grünheide ist gemeint? Es gab in Ostpreußen 13 Ortschaften mit diesem Namen, davon die meisten im nördlichen Teil. Es könnte das Dorf Grünheide sein, das heute russisch „Kaluzhskoje" heißt. Nun ist also unsere Ostpreußische Familie gefragt. Wer kannte eine Familie Smeilus, ist vielleicht mit den Kindern zur Schule gegangen? Der älteste Sohn Reinhold, der ebenfalls bei der Luftwaffe war, soll bereits 1943 bei einem Luftkampf über England gefallen sein. Es könnten aber noch die drei Schwestern Erna, Toni und Ursel leben. Mit diesen könnte die Witwe (Gertrud) Smeilus auf die Flucht gegangen sein. Über jede Zuschrift, die seine Familiengeschichte klären könnte, wäre der heute 85-jährige Bruno Smeilus sehr froh, wie auch sein Enkel, der sich schon jetzt herzlich für unsere Bemühungen bedankt. (Mr. Richard Smeilus, 14 Priory Road, The Grove, Bridgnorth, Shropshire, England WV15 5EJ.)



„Nehrungslandschaft" von Karl Schmidt-Rottluff

Der Ortsname „Schillen" hat natürlich Erinnerungen geweckt, denn von dem Kirchdorf gibt es eine Legende, die in jedem ostpreußischen Lesebuch stand und die als Ballade „Der Wächter von Szillen" in die ostdeutsche Literatur einging. Die Königsberger Schriftstellerin **Charlotte Wüstendörfer** hat sie verfasst, und sie ist vor allem deshalb noch immer bekannt, weil sie das Schicksal der Vertreibung als Vorahnung zum Thema hat. Die Sage spielt in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, und man glaubte, dass sie sich auf diesen bezog, denn damals musste ja auch die Grenzbevölkerung fliehen, konnte aber wieder zurückkehren. Nach Ende des Ersten Weltkrieges und der endgültigen Vertreibung bekam die Legende eine neue Deutung, denn die drei Särge, die der Wächter von Schillen zur Mitternachtsstunde gesehen hatte, schienen all das Leid der Heimatlosen zu enthalten. Der erste Sarg war mit dem Blut der Gefallenen und Getöteten gefüllt, der zweite mit den Tränen der Vertriebenen, der dritte aber war ohne Inhalt. Diese Leere symbolisierte den Verlust des Wohlstandes des ganzen Landes, der vernichtet worden war und die Heimatlosen zwang, „im Westen betteln zu gehen". Als Schulkind hatte ich diese Ballade gelernt, nicht ahnend, dass das auch einmal mein Schicksal werden würde. Ich habe sie nach der Flucht gerne gesprochen im Gedenken an die mir vertraut gewesene Dichterin, die in den Wirren der Nachkriegszeit verstarb. „Der Wächter von Szillen" ist eine wachgebliebene ostpreußische Legende.

Heimatliche Literatur ist in diesen Tagen dort wieder zu hören, wo sie immer guten Nährboden fand: im Memelgebiet, denn dort stehen die „Deutschen Kulturtage 2011" auf dem Programm. Ein Interpret wird sie mit besonderem Engagement vortragen: **Herbert Tennigkeit**. Schauspieler und uns Ostpreußen besonders durch seine Vorträge auf vielen Veranstaltungen – so auch in den Seminaren der Ostpreußischen Familie – vertraut, wird in seiner engsten Heimat lesen, denn er wurde im Memelland geboren. In Heydekrug wird Herbert Tennigkeit – anlässlich der Feierlichkeiten zum 500-jährigen Bestehen der Stadt – am 22. Mai im Vereinshaus der Deutschen im Bezirk Silute einen literarischen Nachmittag gestalten. Heydekrug ist ja der Geburtsort **Hermann Sudermanns** und auch die anderen beiden Orte, an denen der Schauspieler lesen wird, haben in der deutschen Literatur einen festen Platz. In Memel, wo Simon Dach geboren wurde, wird der Schauspieler in dem nach dem Dichter des „Anke van Tharaw"-Liedes benannten Haus am 20. Mai den literarischen Abend mit obligatorischen und heiteren Gedichten und Prosa gestalten. Für Herbert Tennigkeit selber geht dann einen Tag später auf der Kurischen Nehrung ein Traum in Erfüllung: Er wird im Thomas-Mann-Haus lesen, und ich darf mich auch freuen, denn er hat auch eine meiner Erzählungen ausgewählt. Meine guten Wünsche begleiten ihn auf dieser Vortragsreise in seine memelländische Heimat.

Nidden – da haben wir heute etwas Besonderes für unsere Leserinnen und Leser. Jedem wird schon beim Aufschlagen dieser Seite das Bild von **Karl Schmidt-Rottluff** ins Auge gefallen sein. Es ist sozusagen ein „Mörser" an unsere Ostpreußische Familie, vermittelt von Herrn **Gernulf Schalow** aus Berlin. Und das kam so: In Folge 6 war ich auf sein Schreiben eingegangen, in dem er unterschwellig forderte, dass wir Ostpreußen mehr über das Schicksal unserer Landsleute nach Krieg und Flucht berichten sollten. Dass dies ja auch eine Aufgabe unserer Ostpreußischen Familie ist, konnte ich ihm unter Beweis stellen. Darüber und über einen Beitrag von Silke Osman über Ausstellungen mit Werken von Schmidt-Rottluff in Berlin und Hamburg war Herr Schalow sehr erfreut, so dass er uns als Dank die Ablichtung eines Bildes von Karl Schmidt-Rottluff, das zur Zeit im Brücke-Museum Berlin im Rahmen der Ausstellung „Karl Schmidt-Rottluff. Ostseebilder" zu sehen ist, übersenden wollte. Von den in Berlin gezeigten Werken aus der Nehrungsperiode des Künstlers faszinierte Herrn Schalow besonders die „Nehrungslandschaft", und er meinte, dass dieses Bild auch unsere Leserinnen und Leser, mit denen er sich durch die Ostpreußische Familie verbunden fühle, interessieren würde. Er wandte sich deshalb an das Wazipazi und bat dessen Leiterin, Frau Professor **Möller**, um die Erlaubnis für den Abdrucks in der *PAZ/Das Ostpreußenblatt*, wobei er ausführlich auf unsere Zeitung als „einziges Forum der Ostpreußen" einging und besonders unsere Ostpreußische Familie als Bindeglied erwähnte. Frau Prof. Möller gab ihm in einem Antwortschreiben gerne das Plazet für die Veröffentlichung. Und hier ist sie nun und macht unsere Leserinnen und Leser mit diesem 1913 geschaffenen Werk des Künstlers bekannt, dessen Expressionismus auf der Nehrung eine einzigartige Konzentration und eine vorher nie gekannte Direktheit erreichte, wie der Katalog diese Schaffensperiode Schmidt-Rottluffs einordnet.

Für Gernulf Schalow liegt die Kraft, die von diesen farbenstarken Bildern ausgeht, in der ostpreußischen Landschaft mit ihrem unvergleichlichen Licht. Der Architekt erläutert diese Einwirkung so: „Die Lichteinstrahlung, die Luftverhältnisse und die Landschaftsformen passen dort ganz besonders gut zusammen. Die empfundene Reinheit, die Weite und die Ruhe gaben die Kunstmaler mit ihren Mitteln wieder. Es ist die sommerliche Hauptwindrichtung mit der Luft aus der Weite im Osten mit den Luftfeuchtigkeitsschichten über dem von der Sonne erwärmten Land. Die Ebene des Landes und die weite Sicht über die See werden als angenehm empfunden. Die Lichteinspiegelung lässt die Oberfläche des Wassers lebendig wirken. Die vom Dünensand gereinigte Atemluft zeige mit allen Empfindungen eine Ewigkeit – so soll der Künstler gesagt haben." Das sind einige Ausführungen des Architekten aus seinem Brief an uns, die wir, Kinder dieses weiten Landes, dankbar entgegen nehmen.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede — Bild: Pawlik

„Über weite Felder lichte Wunder gehen", heißt es in unserm Ostpreußenlied, das auch mit dem Licht der Heimat endet: „Licht hat angefangen, steigt im Ost empor." Der Komponist dieses für uns schönsten aller Lieder hat auch hier im nördlichsten Teil seine Wurzeln. Die Familie **Brust** stammt aus dem Memelgebiet, aus dem altprussischen Schaulauen, und die Urgeschichte des Landes hat den in Königsberg geborenen Komponisten immer fasziniert. Nicht umsonst hieß sein Haus an der samländischen Steilküste „Romove". Angehörige der Familie Brust lebten noch bis zur Vertreibung in Coadjuthen, sein dort geborener Neffe **Alfred** Brust hat seine Erinnerungen an den Onkel in einem soeben erschienenen Buch beigesteuert, das mich schon beim flüchtigen Durchblättern so gefesselte, dass ich es gar nicht aus der Hand legen wollte. Aber es hat einen Umfang von über 500 Seiten und muss sorgfältig gelesen werden, denn es bietet eine Fülle von historischen wie aktuellen Informationen, die für unsere Familienarbeit wichtig sind. Ich habe die Entstehung dieses dokumentarischen Werkes miterlebt, denn sein Autor **Günter Uschtrin** war nicht nur lange Jahre mein Nachbar, wir arbeiteten auch immer wieder zusammen, trafen uns auf den Seminaren in Bad Pyrmont, und so erfuhr ich schon vor langer Zeit von seinen Plänen, eine Chronik über seinen Stammort Coadjuthen zu erstellen. Das ursprüngliche Konzept einer Dorfchronik erwies sich aber bald als zu eng gespannt, denn Günter Uschtrin stieß bei seiner gezielten Spurensuche in Archiven und Bibliotheken auf eine ungeahnte Fülle von Zeugnissen der wechselvollen Geschichte dieses Landes, von denen einige sich als wahre Zufallsfunde herausstellten und in der Öffentlichkeit unbekannt waren. Was jetzt nach sechs langen Jahren intensiver Arbeit vorliegt, trägt zwar mit dem Buchtitel „Wo liegt Coadjuthen?" den Namen des Kirchspiels, baut dessen 500-jährige Chronik aber in den großen historischen Rahmen des Memelgebietes mit seiner wechselvollen Geschichte ein. Für unsere Arbeit dürfte es sich als Fundgrube erweisen, denn es enthält neben vielen Daten und Fakten auch Hinweise für eine erfolgreiche Orts- und Familienforschung am „Beispiel Coadjuthen". Es mehren sich ja, wie aus unserer Kolumne ersichtlich, die Anfragen aus der nachfolgenden Generation nach der Herkunft ihrer Familien, nach dem wo und wie sie gelebt haben. Dieses nur als erster Hinweis auf das im Berliner Wissenschaftsverlag erschienene Buch „Wo liegt Coadjuthen?", eine eingehende Besprechung wird auf der Buchseite der *PAZ* erfolgen.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Gestalter der Vertriebenenpolitik

Mit Rudolf Hilf starb der wohl letzte noch lebende Mitwirkende an der Charta der Heimatvertriebenen

Außerhalb der sudetendeutschen Volksgruppe kennen nur wenige den Namen Dr. Rudolf Hilf. Doch der Historiker und Politikwissenschaftler, der am 20. April im Alter von 88 Jahren in Hamburg verstarb, gehörte über den Kreis der Sudetendeutschen hinaus zu den einflussreichen Gestaltern der Politik der deutschen Vertriebenen. Praktisch sicher war Hilf der letzte lebende Mitwirkende an der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die am 5. August 1950 in Stuttgart verkündet wurde.

Dass Hilf schon als 27-jähriger Historiker an einem solchen Dokument mitarbeiten konnte, verdankte er seinem engen Kontakt zum ersten Sprecher der Sudetendeutschen, Rudolf Lodgman von Auen. Lodgman, der Ende 1918 für ein paar Wochen Landeshauptmann (also quasi Ministerpräsident) der kurzlebigen „Provinz Deutschböhmen" war – bis anrückende tschechische Truppen seine Regierung zur Flucht aus der Landeshauptstadt Reichenberg zwangen –, war Hilf mit seiner Unbeirrbarkeit und Gradlinigkeit zeitlebens ein Vorbild.

Die Sympathie war wechselseitig und Lodgman machte den 1951 in München promovierten Hilf zu seinem außenpolitischen Referenten, eine Funktion, die Hilf bis 1959 ausübte. Da in Prag ein stalinistisches Regime herrschte, bedeutete „Außenpolitik" in dieser Zeit vor allem Zusammenarbeit mit dem tschechischen demokratischen Exil sowie mit vertriebenenfreundlichen Politikern im Westen. Hier sind den Sudetendeutschen in dieser Zeit bemerkenswerte, aber weithin vergessene Erfolge gelungen.

Bereits am 4. August 1950 kam es zum „Wiesbadener Abkommen" mit dem Tschechischen Nationalrat, dem führenden Gremium des demokratischen Exils der Tschechen. Ziffer 3 dieses Abkommens lautet wörtlich: „Beide Teile betrachten die Rückkehr der vertriebenen Sudetendeutschen in ihre Heimat als gerecht und daher selbstverständlich. Sie sind sich dessen bewusst, dass diese Rückkehr nur dann erfolgen kann, wenn auch das tschechische Volk befreit ist. Deshalb wollen sie alles tun, um seine Befreiung zu verwirklichen." In Ziffer 4 heißt es: „Beide Teile lehnen die Anerkennung einer Kollektivschuld und des aus ihr fließenden Rachegedankens ab. Sie verlangen aber die Wiedergutmachung der Schäden, die das tschechische Volk und das sudetendeutsche Volk erlitten haben und die Bestrafung der ursächlichen Urheber und der ausführenden Organe der begangenen Verbrechen ..." In Ziffer 5 schließlich heißt es: „Beide Teile sind sich darin einig, dass über die endgültigen staatspolitischen Verhältnisse ... beide Völker entscheiden sollen, sobald die Befreiung des tschechischen Volkes und die Rückkehr der Sudetendeutschen erfolgt sein werden ..." Mit anderen Worten: Tschechische Exilpolitiker verwarfen hier zusammen mit den Sudetendeutschen ganz grundsätzlich die Vorstellung, dass die bereits vollzogene Vertreibung Einfluss haben sollte auf die staatsrechtliche Ausgestaltung des sudetendeutsch-tschechischen Miteinanders.

> Das Wirken des Analytikers war breit angelegt

Ob der junge Rudolf Hilf bereits an diesem Abkommen mitwirkte, entzieht sich dem Wissen des Autors, angesichts seines sonstigen Wirkens erscheint das aber wahrscheinlich, der Text trägt gleichsam Hilfs Handschrift. Mit Sicherheit hat er an den engen sudetendeutsch-(exil)tschechischen Kontakten mitgeknüpft, die auf der Basis dieses Abkommens in den 50er Jahren entstanden sind und vielfach bis 1989 bestanden haben. Hilf, der nie Spitzenämter bekleidete, blieb bis weit in die 90er Jahre eine „Graue Eminenz" der sudetendeutschen Heimatpolitik. 1977 gehörte er zu den Initiatoren des Internationalen Instituts für Nationalitätenrecht und Regionalismus (Interreg) mit Sitz in München. Zu seinen späten Erfolgen gehören die Schaffung der deutsch-tschechischen Euregio Egrensis bereits bald nach 1990 und die deutsch-tschechische Petition „Versöhnung 95", die eine Antithese zur damals unter vielen diplomatischen Mühen an den Sudetendeutschen vorbei ausgehandelten deutsch-tschechische Erklärung ist.

Das Wirken des hellsichtigen Analytikers Hilf war jedoch breiter angelegt. So brachte er beispielsweise bereits 1988 für die Bayerische Landeszentrale für Politische Bildung ein 576-seitiges Werk über den aufstrebenden politischen Islamismus („Weltmacht Islam") heraus und engagierte sich intensiv im damals in seiner Wichtigkeit noch weit unterschätzten Dialog mit dem Islam. Als Autor hat Hilf eine Fülle an Büchern, Artikeln und Aufsätzen hinterlassen. Sie erinnern nicht nur an Unerledigtes im Verhältnis Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn, sondern zeigen Lösungswege auf. *K. B.*



ZUM 104. GEBURTSTAG

Nissen, Rita, geb. **Rost**, aus Königsberg / Pr., jetzt Senioren Wohnheim, Beckerberg 20-22, 21279 Wenzendorf, am 24. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schmidt, Elisabeth, geb. **Schendel**, aus Kröstenwerder-Reuschendorf, Kreis Lyck, jetzt 13. Rose Avenue, Ashley, South Africa, am 26. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Görtz, Heinrich, aus Wehlau, Freiheit, Kreis Wehlau, jetzt Wilhelmstraße 1, 52428 Jülich, am 22. Mai

Kullik, Martha, geb. **Wutzka**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Bruchweg 4, 38315 Hornburg, am 25. Mai

Schweitzer, Maria, geb. **Dömpke**, aus Wehlau, Klosterplatz, jetzt Hinterfleck 38, 06528 Brücken, am 26. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Eiffler, Christa, geb. **Kaesler**, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Grün 4, 78465 Konstanz, am 23. Mai

Struppek, Martha, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Markendorfer Straße 22, WNr. 419, 15234 Frankfurt/Oder, am 25. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böhnke, Rosemarie, aus Ebenrode, jetzt Schulstraße 14 B, 82166 Gräfelfing, am 23. Mai

Voigt, Rudolf, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, jetzt Steinstraße 13, 38889 Blankenburg, am 26. Mai

Wolff, Frieda, geb. **Czerwonka**, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Seniorenzentrum Haus Elsey, Trappenweg 10, 58119 Hagen, am 25. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Felsner, Edeltraut, geb. **Marquardt**, aus Treuburg, jetzt Silcherweg 30, 89275 Elchingen, am 29. Mai

König, Johanna, geb. **Hausendorf**, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Nacke-Erich-Straße 19, 32805 Bad Meinberg, am 28. Mai

Kranzusch, Hildegard, geb. **Radzewitz**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Kronsburger Redder 8, 24796 Kronsburg, am 29. Mai

Ortmann, Ulrich, aus Freese, Kreis Lyck, jetzt Birkenweg 12, 75328 Schömberg, am 26. Mai

Schmidt, Herbert, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Segelckestraße 30, 27472 Cuxhaven, am 26. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bärthel, Ingeborg, geb. Walden, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Hönower Straße 84, 12623 Berlin, am 25. Mai

Blank, Heinz, aus Memelland und Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rethwiese 26, 25421 Pinneberg, am 6. Mai

Fuß, Grete, geb. **Winski**, aus Ekkersdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Mittelheide 26, 12555 Berlin, am 25. Mai

Geisendorf, Christel, geb. **Kallweit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Im Lindach 4-47, 74523 Schwäbisch Hall, am 29. Mai

Rehm, Frieda, geb. **Kühlich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Bornhövedstraße 43, 19055 Schwerin, am 28. Mai

Schunk, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Feuerdornweg 24, 50127 Bergheim, am 24. Mai

Walden, Irmgard, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 27, 29342 Wienhausen, am 25. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bergener, Helene, geb. **Rimke**, aus Klein Gnie, Kreis Gerdauen, jetzt Friedrichstraße 10, 45468 Mülheim, am 23. Mai

Groß, Irma, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, jetzt Thranestraße 10, 44309 Dortmund, am 28. Mai

Kundt, Gretel, geb. **Kuckuck**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, jetzt Klein Medewege 21, 19055 Schwerin, am 26. Mai

Pakusch, Irmgard, jetzt Herzogin-Elisabeth-Stift, Am Plan 5, 34346 Hannoversch Münden, am 25. Mai

Parschat, Gerda-Ursula, geb. **Rochniak**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 4, jetzt Schöppenstedter Straße 20, 38154 Königslutter, am 28. Mai

Plauk, Edith, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Steinstraße 33, 67547 Worms, am 24. Mai

Scholz, Hildegard, geb. **Romanowski**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Gartenstraße 9, 37214 Witzenhausen, am 29. Mai

Starkulla, Charlotte, geb. **Schönwald**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt Pleskowstraße 12, 23564 Lübeck, am 29. Mai

Walinski, Ernst, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 2, jetzt Radwardstraße 2, 24223 Raisdorf, am 29. Mai

Wenk, Bruno, aus Lissau, Kreis Lyck, und Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Oeltingsallee 20 A, 25421 Pinneberg, am 26. Mai

Wulff, Anna-Frieda, geb. **Duchna**, aus Neidenburg, jetzt Sauerbruchstraße 13, 32049 Herford, am 29. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Closen, Elisabeth, geb. **Kulinna**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, jetzt Im Flürchen 6, 66839 Schmelz-Hüttersdorf, am 29. Mai

Exel, Emmy, geb. **Ludorf**, aus Neu Leykuth, Kreis Ortelsburg, jetzt Virgilstraße 25, 81673 München, am 29. Mai

Günther, Frieda, geb. **Scharnowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt OT Gebersdorf, Ortsstraße 20 A, 98743 Gräfenthal, am 24. Mai

Hillmert, Herta, geb. **Kirschner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Schießstand 40, 96450 Coburg, am 27. Mai

Krautwurst, Walburga, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 24, jetzt Jenaer Straße 20, 73479 Ellwangen, am 25. Mai

Krosse, Ida, geb. **Laskowitzki**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Lychener Straße 57, 17268 Templin, am 26. Mai

Lucks, Hildegard, geb. **Meyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Eros Manor P/Bag. 13365, 9000 Windhoek, Südafrika, am 26. Mai

May, Erna, geb. **Käding**, aus Amtal, Kreis Elchniederung, jetzt Rektor-Marten-Straße 25, 25746 Heide, am 23. Mai

Moser, Heinz, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Halterner Straße 153, 45770 Marl-Sinsen, am 26. Mai

Ossa, Lieselotte, geb. **Romanowski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, jetzt Saturnstraße 7, 58285 Gevelsberg, am 28. Mai

Popken, Erika, geb. **Ijewski**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Raiffeisenstraße 15 C, 26446 Friedeburg, am 26. Mai

Roschkowski, Kurt, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Gneisenaustraße 47, 46537 Dinslaken, am 24. Mai

Schiefke, Edita, aus Tilsit, jetzt Comeniusweg 8, 39249 Gnadau, am 24. Mai

Siedler, Gerda, aus Großheidekrug, Kreis Samland, jetzt Am Weinberg 2, 34549 Edertal, am 26. Mai

Stadie, Hanna, aus Randau, Kreis Ebenrode, jetzt Heerstraße 5, 39398 Hadmersleben, am 27. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bednarek, Gertrud, geb. **Groß**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Hermannstraße 35, 32756 Detmold, am 26. Mai

Behrendt, Hans, aus Klein Nuhr, Neuwaldau I, Kreis Wehlau, jetzt Cranachstraße 18, 56566 Neuwied, am 29. Mai

Bickele, Herta, geb. **Szepan**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Heckenweg 1, 86720 Nördlingen, am 20. Mai

Braun, Wally, geb. **Marquardt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Weiherstraße 6, 56291 Bikkenbach, am 27. Mai

Eichmann, Edith, geb. **Leifert**, aus Neusorge/Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Dostojewskistraße 10 A, 17491 Greifswald, am 24. Mai

Folz, Magda, geb. **Riek**, aus Mildenheim, Kreis Ebenrode, jetzt Ratzeburger Straße 5, 23923 Schönberg, am 27. Mai

Gesk, Ewald, aus Jakubben, Kreis Johannisburg, jetzt Werftstraße 9, 53117 Bonn, am 17. Mai

Hebel, Herta, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Am Buchrain 7, 61476 Kronberg, am 24. Mai

Hoover, Herta, geb. **Prengel**, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Waldstraße 148, 47447 Moers, am 25. Mai

Jurgschat, Irma, aus Klycken, Kreis Samland, jetzt Stapelbrede 47 A, 33611 Bielefeld, am 29. Mai

Kenzler, Hans, aus Fuchsberg, Kreis Samland, jetzt Fabrikstraße 21, 67063 Ludwigshafen, am 24. Mai

Kraus, Kurt, aus Duneiken, Kreis Treuburg, jetzt Traberhofstraße 19 C, 83026 Rosenheim, am 23. Mai

Langholz, Erika, geb. **Stermann**, aus Heiligenbeil, Laforceweg 21 A, jetzt Kaiserstraße 25, 24782 Büdelsdorf, am 29. Mai

Lemke, Hans Georg, aus Rosenfelde, Kreis Wehlau, jetzt Im Werth 2, 79312 Emmendingen, am 25. Mai

Manko, Walter, aus Talken, Kreis Lyck, jetzt Am Damm 16, 27211 Bassum, am 23. Mai

Neugart, Charlotte, geb. **Ziggert**, aus Willkau, Kreis Samland, jetzt Josefsgasse 8, 78050 Villingen-Schwenningen, am 26. Mai

Norkus, Alfred, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, jetzt Heschredder 35, 22335 Hamburg, am 29. Mai

Notholt, Dorothea, geb. **Hoffmann**, aus Heiligenkreutz, Kreis Samland, jetzt Quendelstraße 47 A, 26127 Oldenburg, am 28. Mai

Nowitzki, Otto, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, jetzt Beuthener Straße 1, 48529 Nordhorn, am 29. Mai

Ottenberg, Elfriede, geb. **Mursal**, aus Ortelsburg, jetzt Grabenstraße 84, 45141 Essen, am 26. Mai

Penski, Werner, aus Lötzen, jetzt Bockhorster Weg 21, 21682 Stade, am 23. Mai

Reschminski, Ilse, geb. **Müller**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Hagenstraße 12, 53332 Bornheim, am 28. Mai

Schug, Gertrud, geb. **Rohmann**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Esenbeckstraße 6, 50735 Köln, am 28. Mai

Sczesny, Hildegard, geb. **Kiyek**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, jetzt Krokusweg 2 A, 44652 Herne, am 25. Mai

Sehnwitz, Dora, geb. **Priebe**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Mümlingstraße 4, 60599 Frankfurt, am 28. Mai

Wieser, Martha, geb. **Fidorra**, aus Malga, Kreis Neidenburg, jetzt Burgweg 35, 78333 Stockach, am 28. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baumgart, Hildegard, geb. **Schiemann**, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Gartenstraße 10, 72511 Bingen, am 25. Mai

Bauer, Ursula, geb. **Praetorius**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Seniorenresidenz, Am Alten Sportplatz 43, 65232 Taunusstein, am 23. Mai

Blumenstein, Walter, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Beethovenstraße 5, 73732 Esslingen, am 23. Mai

Dörfert, Horst, aus Tilsit, Hohestraße 87, jetzt Ratiborstraße 12, 53117 Bonn, am 18. Mai

Fischer, Horst, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Richard-Tauber-Damm 37, 12277 Berlin, am 26. Mai

Fiß, Waltraut, geb. **Schirwa**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Sofioter Straße 24, 99091 Erfurt, am 24. Mai

Flöß, Siegfried, aus Treuburg, jetzt Breite Straße 62, 38667 Bad Harzburg, am 27. Mai

Götze, Traute, geb. **Reetz**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Große Kampstraße 3, 38690 Vienenburg, am 23. Mai

Gritzuhm, Eva, geb. **Gritzuhn**, verw. **Keim**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Plan-les-Quates, Chemin-de-Vers 15, CH-1228 Geneve, Schweiz, am 23. Mai

Grohs, Eva, geb. **Kossack**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Mecklenburger Landstraße 32, 23570 Lübeck, am 28. Mai

Haase, Peter, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Schoppenkamp 8, 48282 Emsdetten, am 28. Mai

Hardt, Erika, geb. **Chaberny**, aus Tapiau, Kleinhof, Kreis Wehlau, jetzt Königsberger Straße 8 A, 76139 Karlsruhe, am 28. Mai

Hofmann, Walter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Pfarrer-Stoll-Straße 5, 63927 Bürgstadt, am 24. Mai

Johst, Eva, geb. **Kohse**, aus Kukkerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Mittweidaer Straße 29, 09648 Mittweida, am 26. Mai

Junga, Heinz, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt Mühlenweg 8, 59609 Anröchte, am 23. Mai

Kappner, Lisbeth, geb. **Andres**, aus Gundau, Kreis Wehlau, jetzt Zuckerkuchenweg 20 A, 30890 Barsinghausen, am 28. Mai

Kobusch, Hannelore, geb. **Schlenther**, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Goldlackstraße 39, 42369 Wuppertal, am 24. Mai

Kuphal, Horst, aus Wehlau, Lindendorfer Straße, jetzt Vidiner Straße 7, 19063 Schwerin, am 23. Mai

Kyewski, Gertrud, geb. **Upadek**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Glatzer Straße 6, 59872 Meschede, am 29. Mai

Lorenschat, Kurt, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Pantaleonshof 14, 45889 Gelsenkirchen, am 23. Mai

Lyssewski, Rudolf, aus Lyck, Hindenburgstraße 64, jetzt Moorgrund 37, 22047 Hamburg, am 24. Mai

Marschall, Helga, geb. **Böhm**, aus Sonnenstuhl, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ringstraße 81, 39167 Niederndodeleben, am 23. Mai

Messinger, Gerdi, geb. **Reinke**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Goethestraße 71, 22880 Wedel, am 25. Mai

Mueller, Dorothea, geb. **Mill**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Parchimer Straße 9, 19089 Crivitz, am 28. Mai

Nicklaus, Heinz, aus Lötzen, jetzt Elmweg 13, 38142 Braunschweig, am 23. Mai

Nowozin, Käthe, geb. **Geranski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Kiebitzweg 12, 58515 Lüdenscheid, am 28. Mai

Oleff, Gerda, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, jetzt Mühlenstraße, 52399 Merzenich, am 24. Mai

Philipowski, Willy, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Veilchenweg 5, 23617 Stockelsdorf, am 24. Mai

Pregel, Else, geb. **Roller**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Danziger Weg 7, 88427 Bad Schussenried, am 25. Mai

Santvliet, Elfriede **van**, geb. **Makoschey**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, jetzt Hedwigstraße 27, 45130 Essen, am 26. Mai

Siegmund, Richard, aus Schippen, Kreis Lyck, jetzt Ravensruher Weg 12, 23992 Zurow, am 29. Mai

Skibba, Helmut, aus Jesken, Kreis Treuburg, jetzt Jungbrunnenweg 57, 33609 Bielefeld, am 26. Mai

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

Jahr 2011

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 21. Mai, 20.15 Uhr, EinsExtra: Frauen an der Front. Krankenschwestern im Zweiten Weltkrieg.

Sonnabend, 21. Mai, 21.45 Uhr, EinsExtra: Mädchen für Hitler. – BDM.

Sonntag, 22. Mai 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 22. Mai, 15.25 Uhr, RBB: Usedom.

Sonntag, 22. Mai, 18.30 Uhr, Phoenix: Hitlers Meereskämpfer.

Sonntag, 22. Mai, 19.15 Uhr, Phoenix: Das letzte Aufgebot – Hitlers Todespiloten.

Montag, 23. Mai, 11.30 Uhr, NDR: Litauen – Grünes Land am Ostseestrand.

Montag, 23. Mai, 14 Uhr, 3sat: Im Schlesischen Himmelreich.

Dienstag, 24. Mai, 14.15 Uhr, BR: Im Land der Kaschuben.

Dienstag, 24. Mai, 20.15 Uhr, RBB: Airport am Start.

Mittwoch, 25. Mai, 20.15 Uhr arte: Japan, sein Kaiser und die Armee.

Mittwoch, 25. Mai, 20.15 Uhr, N24: Germania – Hitlers Größenwahn.

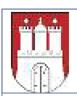
Mittwoch, 25. Mai, 22.15 Uhr, N24: Das letzte Gefecht der Bismarck.

Donnerstag, 26. Mai, 20.15 Uhr, NDR: Die Liebe, der Bärenjäger und die Taiga. Eine Hamburgerin in Sibirien.

Freitag, 27. Mai, 15.15 Uhr, RBB: Östlich der Oder.

Freitag, 27. Mai, 20.15 Uhr, NDR: Deutschlands wilder Osten. „Wo Kraniche und Adler zu Hause sind“.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

KREISGRUPPE



Insterburg – Am Mittwoch, 4. Mai, hatte die Insterburger Heimatgruppe im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg, ihr Treffen zu ihrem 60-jährigen Jubläum. 60 Jahre Insterburger Heimatgruppe in Hamburg und seit 60 Jahren Mitglied in der landsmannschaftlichen Organisation. Danke für die Gratulationen und Glückwünsche zum Jubiläum und einen Dank an Landsmann Herbert Tennigkeit, der den kulturellen Teil sehr gut gestaltet hat und zum Erhalt des ostpreußischen Gedankenguts beigetragen hat.



Sensburg – Sonntag, 15. Mai, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein mit Singen.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 30. Mai, 15 Uhr, Gasthaus „Waldquelle", Meckelfeld, Höpenstraße 88 (erreichbar mit Bus 443 bis Waldquelle): Die Gruppe trifft sich zum Heimatnachmittag.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Kassel – Beim **April-Treffen der Kreisgruppe** zeigte Herr Klaus-D. Leder, Landsmannschaft Schlesien, eine Reihe westpreußischer Stadtansichten, die er aus Bildbänden kopiert hatte. Bei dieser „Reise" kreuz und quer durch das schöne Land gab es bekannte und unbekannte Städte, Flüsse, Burgen und immer wieder die weite Landschaft zu sehen. Waltraud v. Schaewen-Scheffler ergänzte die Bilder mit erklärenden Worten zur geographischen Lage und Geschichte des Gezeigten, so dass jeder Teilnehmer einen guten Eindruck von dem fernen Land an der unteren Weichsel erhalten konnte. – Mitte des Monats leitete Herr Gerhard Landau eine kleine Wandergruppe, verstärkt durch Mitglieder anderer Landsmannschaften, zu einem „Parkspaziergang mit Lesepausen" durch den Bergpark Wilhelmshöhe. Das herrliche Frühlingswetter, die blühende Stille in dem weitläufigen Park, dazu ausgewählte Gedicht- und Prosavorträge, beeindruckten und beglückten. – Zu einem Vortrag über das „Reiseland Masuren" von Karla Weyland, Rauschenberg, Anfang Mai fanden sich fast 40 Mitglieder und Gäste ein. Detailliert schilderte die Vortragende dieses landschaftliche Juwel im südlichen Ostpreußen Die unendlichen Wälder, zahlreichen Seen, Fischerdörfer, aber auch kleine Städte mit der „heimlichen Hauptstadt" Lyck haben Masuren zu einem Anziehungspunkt für Naturfreunde gemacht. Die Ureinwohner waren die prussischen Galinder, ein baltischer Volksstamm. Vom 10. bis 13. Jahrhundert kämpften die heidnischen Prussen ununterbrochen gegen die Christianisierung und damit gegen die politische Unterwerfung. 1225 rief der polnische Fürst Konrad von Masowien den Deutschen Orden zu Hilfe und sicherte ihm alles Land zu, das er in Besitz nehmen würde. Damit begann das einmalige Kolonisationswerk, an dem sich Ritter aller europäischen Staaten beteiligten. Durch den Bau von Ordensburgen wurde auch der Grundstein zu den meisten masurischen Städten gelegt. Bald vermischte sich die prussische Bevölkerung mit den neuen Siedlern. Nach der großen Pestseuche Anfang des 18. Jahrhunderts strömten neue Siedler in das entvölkerte Land. Als Glaubensflüchtlinge kamen Hugenotten, Salzburger, Mennoniten und Philipponen. Seine Treue zum deutschen Volk und Reich hat das gesamte masurische Volk in der Abstimmung 1920 mit dem Ergebnis von 97,8 Prozent klar bewiesen.

Wiesbaden – Ein Glanzpunkt der **Landeskulturtagung** der LOW: Vortrag des Greifswalder Professors Buhrow über Johannes Hevelius: „Ein Stern erster Größe". Am 16. und 17. April fand die Kulturtagung des hessischen Landesverbandes im Wiesbadener Hotel Oranien statt. In seiner Begrüßung bedauerte Vorsitzender Dietmar Strauß, dass die Ehrenvorsitzende Anneliese Franz aus Altersgründen nicht teilnehmen konnte. Man wolle ihr einen Gruß mit allen Unterschriften der Teilnehmer senden. Zunächst hielt Landesfrauenleiterin Karla Weyland einen interessanten Diavortrag über Danziger Miniaturen. Vornehmlich mit Danziger, deutschen und auch polnischen Briefmarken zeigte sie die Entwicklung Danzigs und Westpreußens. Anschließend trafen sich die Leiterinnen der Frauengruppen zu einem Gedankenaustausch. Nach dem Mittagessen wurde der Landtag besichtigt und man nahm an der Gedenkfeier zum 60-jährigen Bestehen der LOW teil. Abends zeigte Renate Gogne den Film „Trakehnen lebt". Zum Auftakt des nächsten Tages hielt Professor Dr. Joachim Buhrow, profunder Kenner der Astronomie, mit Lichtbildern in freier Rede seinen lebendigen und humorvollen Vortrag über den Danziger Astronomen, Ratsherrn, Braumeister, Radierer und Drucker. den er einen „tollen Jungen" nannte. Der Vater der Mondforschung sei ein Glanz am westpreußischen Himmel gewesen. Buhrow zitierte einen Doppelspruch von Wilhelm Raabe: „Sieh nach den Sternen! Gib Acht auf die Gassen!", der ermahnt, seinen Blick auf das Ewige zu richten, aber dabei die alltägliche Wirklichkeit nicht zu vergessen. Danach hätte Hevelius in seinem Leben gehandelt. Sein Hauptwerk „Selenographia" war die erste und über hundert Jahre gültige Mondtopographie. Er war einer der Ersten, die einen elliptischen Umlauf des Mondes für möglich hielten. Kepler baute auf seinen Beobachtungen auf. Papst Innozenz X. lobte sein Wirken, meinte aber, es sei schade, dass er ein Ketzer sei. Auf Pfefferstadt baute Hevelius seine Sternwarte, konstruierte selbst Sextanten, Quadranten und Fernrohre. Bei seinen Beobachtungen war ihm seine Frau Catharina Elisabeth eine unverzichtbare Assistentin mit außergewöhnlicher Auffassungsgabe, denn die großen Instrumente mussten von zwei Personen abgelesen werden. Sie wurde somit zur ersten Astronomin der Geschichte. 1640 erschien ein Fixsternverzeichnis von 1564 Sternen bis zur siebten Größe. Hevelius erkannte den Stern Alpha im Steinbock und den Stern 61 im Schwan als Doppelstern. Vielfache Ehrungen hat er erhalten. Die Royal Society in London und die Académie Francaise ernannten ihn zu Mitgliedern, die Könige Johann III. Sobieski und Johann Kasimir besuchten ihn und mit Ludwig XIV. von Frankreich gewährten sie ihm große finanzielle Unterstützung. Die Baumgartsche Gasse, an die seine Häuser auf Pfefferstadt grenzten, ist nach dem Krieg nach ihm benannt worden. Johannes Hevelius starb an seinem 76. Geburtstag am 28. Januar 1687. Buhrow berichtete, dass alle Schriften und Werke von Hevelius in Danzig verloren gegangen seien. Aber in Greifswald sind sie noch vorhanden. „Zu DDR-Zeiten konnte ich die Originale noch problemlos in die Hand nehmen." Heute sind sie im Stahlschrank verwahrt und man muss viel Bürokratie überwinden, um sie einsehen zu können. Stürmischer Beifall dankte dem Referenten, der anschließend sein Buch „Berühmte Astronomen an der Ostsee" signierte. – In seinem **Vortrag über Gumbinnen** und seine Reisen in die von Salzburger Emigranten besiedelte Kreisstadt und ehemalige Hauptstadt des Regierungsbezirks berichtete Eckard Steiner. Der Kreisvorsitzende von Gumbinnen hat seine Heimatstadt mindestens zweimal im Jahr besucht und humanitäre Hilfsaktionen für die dortige Diakonie organisiert. 1993 konnte die Salzburger Kirche wieder aufgebaut und zwei Jahre später geweiht werden. 2002 wurde auch das ehemalige Regierungsgebäude instandgesetzt. Das große Fresko in der Friedrichschule konnte mit Hilfe von Spenden, zu je einem Drittel auch von Zuschüssen der Stadt und der Kaliningrader Regierung, restauriert werden. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn das heutige Gusew nicht einen wohlgesinnten deutschstämmigen Bürgermeister gehabt hätte, der später Gouverneur des Oblast Kaliningrad wurde. Seiner Fürsprache und seinem Engagement haben die vertriebenen Gumbinner viel zu verdanken. – Hannelore Neumann und Gerhard Schröder waren Kinder, die das **Grauen und Sterben in Königsberg** und das Wüten der sowjetischen Soldateska von 1945 bis 1948 erleben mussten. 30 000 Kinder haben diese Zeit nicht überlebt. Schröders kleiner Bruder und seine Mutter starben, ebenso Neumanns Mutter. Die Kinder kamen schließlich in ein sowjetisches Kinderheim. Es waren unhaltbare Zustände dort. Neumann erzählte: „Es war ein böser Mann, der das Heim leitete. Das wenige Brot, das für die Kinder bestimmt war, tauschte er gegen Wodka ein. Es störte ihn auch nicht, dass bei einem Kind der Darm aus dem Anus heraushing und es ihn hinter sich herzog." Schröder berichtete mit tränenbewegter Stimme über seine damalige schwere Kindheit. Neumann und Schröder reisten im vergangenen Jahr mit weiteren Königsberger Leidensgenossen ins heutige Kaliningrad, um einen Gedenkstein für die damals an Hunger und Krankheiten gestorbenen Kinder einzuweihen. Die Kosten für den Stein trugen die Teilnehmer. Er trägt die von Schröder verfasste Inschrift „Zum Gedenken an die Kinder, die von 1945–1948 ihr junges Leben verloren. Die Überlebenden / Juni 2010". Für die vielen verstorbenen Kinder fand ein Gottesdienst in der evangelisch-lutherischen Propsteikirche statt. Propst Löber sagte in seinem Gebet: „Gott tröste die Menschen, die gekommen sind, zu gedenken ihrer verlorenen Kindheit, ihrer verlorenen Geschwister und Eltern, dass sie weiter Kraft finden in dir, der du uns suchst in unseren Nöten.". Nach dem Abendmahl wurde im Garten der Auferstehungsgemeinde im Beisein der Gemeindemitglieder von Propst und Schröder der Gedenkstein enthüllt. Jeder legte eine weiße Chrysantheme nieder und Edith Matthes las einen bewegenden Text in deutscher und russischer Sprache. Man suchte auch die Stätten auf, wo Geschwister und Mütter gestorben waren und machte Exkursionen durch die Stadt. – Eberhard Traum berichtete vom Naturerlebnis Kurische Nehrung. Sie ist nicht zerstört worden, aber die Kurenkähne sind verschwunden. In Rossitten ist im Forsthaus ein Museum eingerichtet worden. In der Vogelwarte arbeiten jetzt Mitarbeiter der Leningrader Akademie der Wissenschaften. Für die Zukunft ist ein gutes Gedeihen zu erwarten. Den Besuchern blieb ein wunderbares Bild in der Seele. Dietmar Strauß dankte zum Schluss für den schönen Verlauf der Tagung, die den Teilnehmern noch lange in guter Erinnerung bleiben wird. Er wünschte allen eine gute Heimfahrt und ein gesegnetes und frohes Osterfest. – **Bei der Jahreshauptversammlung** konnte der Vorsitzende, Dieter Schetat, mit Freude feststellen, dass im Berichtsjahr 2010 wieder sechs neue Landsleute und Freunde hinzugekommen sind und der Kreisverband nun über mehr als zweihundert Mitglieder zählt. Im Juni dieses Jahres wird die Landsmannschaft mit einer Feierstunde an ihr 65-jähriges Bestehen erinnern. Den Festvortrag hält Prof. Dr. phil. Wolfgang Stribrny mit dem Thema „Erbe und Auftrag der preußischen Geschichte in Europa". Nach dem Gedenken der im vergangenen Jahr verstorbenen Landsleute berichtete Dieter Schetat über die vielfältigen Veranstaltungen des Kreisverbandes. Neben den monatlichen Treffen mit überwiegend heimatbezogenen Themen kam auch der gesellige und fröhliche Teil nicht zu kurz wie der gewohnte „Närrische Nachmittag mit Kreppelkaffee" und eine Dampferfahrt auf dem Rhein nach Rüdesheim mit dem Besuch des Niederwalddenkmals. Eine besondere Veranstaltung war der preußischen Königin Luise anlässlich ihres 200. Todestages gewidmet. Zu einem Vortrag über „Schlösser und Ordensburgen in Ostpreußen" konnte Prof. Dr. Gottfried Kiesow, Vorsitzender der „Deutschen Stiftung Denkmalschutz" gewonnen werden. Unter dem Dach der Deutsch-Polnischen-Stiftung Kultur und Denkmalpflege setzt er sich für die Rettung des Schlosses Steinort in Masuren ein. Die monatlichen Stammtisch-Treffen, meist mit Gerichten nach heimatlichen Rezepten, fanden mit durchschnittlich 40 Teilnehmern erfreuliche Resonanz. Mit Geldspenden zur Weihnachtszeit greift die Landsmannschaft acht deutschstämmi-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

ZDF sucht Zeitzeuginnen

Für eine Dokumentation über Vermisstenschicksale sucht das ZDF Zeitzeuginnen, die nach dem Krieg im Rahmen der Aktion „Kinder suchen ihre Eltern" der ostdeutschen Wochenschau „Der Augenzeuge" im Kino zu sehen waren. Zuschriften bitte an ZDF, Redaktion Zeitgeschichte, 55100 Mainz. Stichwort: Suchkind Telefon (06131) 7015454. hartl.p@zdf.de

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Stanko, Elfriede, geb. **Nikulla**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Auf den Oberfeldern 6, 66265 Heusweiler, am 26. Mai

Ulonska, Hedwig, geb. **Katzinski**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Hiltgenstraße 6, 47167 Duisburg, am 28. Mai

Walkhöfer, Dieter, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Katharinenstraße 18, 61231 Bad Nauheim, am 29. Mai

Westphal, Elfriede, geb. **Schnell**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Dorfstraße 195, 21365 Adendorf, am 25. Mai

Wolf, Christel, geb. **Kuraby**, aus Rositten, Kreis Samland, jetzt Ulzburger Straße 306 C, 22846 Norderstedt, am 28. Mai

Diamantene Hochzeit

Schmidt, Herbert, und Frau Erika, geb. **Liedtke**, aus Heiligenbeil, Wolf-Weg 2, jetzt Kleine Frehn 8, 47877 Willich, am 15. Mai

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

gen Familien in Ost-und Westpreußen unter die Arme, deren kleine Rente meist nicht einmal für das Allernötigste reicht wie beispielsweise Heizmaterial und Medikamente. Über die Aktivitäten der Frauengruppe in Form heimatlicher Brauchtumspflege, Gesang, Dia-Vorträgen und Ausflügen berichtete deren Vorsitzende Helga Kukwa – zugleich auch über die Auftritte des Frauenchors. Die Damen singen nicht nur bei den eigenen Veranstaltungen, sondern wirken auch mit bei befreundeten Vereinen, beim „Tag der Heimat“ sowie in der Weihnachtszeit bei Seniorenveranstaltungen in Alten- und Pflegeheimen. Den Kassenbericht gab Schatzmeister Christian Wnuck. Ihm bestätigten die beiden Rechnungsprüfer, Peter Gutzeit und Margot Schittko einwandfreie Kassenführung und dokumentierten dies mit ihrem Prüfungsvermerk. Dem Vorstand wurde für das abgelaufene Geschäftsjahr Entlastung erteilt. Im Anschluss an den offiziellen Teil stellte Horst Dietrich in seinem Vortrag die Frage „Wird Kaliningrad mehr und mehr zu Königsberg?“ Das aus dem Kreis Preußisch-Holland stammende Mitglied ist mit der Situation und den Verhältnissen des Königsberger Gebiets bestens vertraut, denn seit 1988 reiste es unzählige Male mit Hilfsgütern nach Königsberg und Cranz. Ihm ist auch die Gründung des Vereins „Freundeskreis Cranz / Selenogradsk und Umgebung“ zu verdanken, dessen Vorsitzender er ist. 65 Jahre nach dem Auslöschen des Namens Königsberg am 4. Juli 1946 – mit Beseitigung vieler Zeugnisse der Stadt und Unterdrückung aller Erinnerungen – rückt die Geschichte des „früheren Königsberg“ heute wieder zunehmend in den Vordergrund. Nach den Worten Dietrichs sei Königsberg zwar inzwischen eine russische Stadt geworden. Die 750-Jahr-Feier habe aber gezeigt, „dass den russischen Einwohnern etwas fehlt, um sich mit dem heutigen Kaliningrad zu identifizieren. Die Menschen wollen Königsberg, sie wollen sich der deutschen Kultur erinnern und haben sich auf Spurensuche nach der Geschichte ihrer Stadt gemacht“, zeigte sich der Referent überzeugt. Bezugspunkte seien beispielsweise der Dom, das Kant-Denkmal, die Kanttafel, das Herzog-Albrecht-Denkmal oder der Granitfindling mit dem Bronzerelief des Königsberger Theologen Julius Rupp vor dem Dom. Ein russischer Offizier aus der Nähe von Palmnicken habe ihm seinerzeit geschrieben: Er fühle sich verbunden mit den Menschen, deren Heimat jetzt seine Heimat sei. Es gebe in Königsberg kaum einen Kiosk, an dem nicht Wimpel mit Elchschaufeln und Wappen zum Aufkleben angeboten würden. Und statt dem offiziellen rot-blauen Emblem des Königsberger Gebiets, bevorzugten die Menschen lieber die früheren historischen Wappen. In 25 Kreisen gäbe es bereits diese aus deutscher Zeit, weiß Dietrich zu berichten. Bemerkenswert fand er bei Gesprächen mit Einheimischen, dass sie vielfach Orte der Region sogar mit deutscher Bezeichnung nennen. „In der einstigen ostpreußischen Hauptstadt wird kulturell viel geboten – weil die Menschen einfach danach verlangen“, erklärte Dietrich. Besonders die Jugend verehre deutsche Schriftsteller und Dichter. Dabei stand ihnen der leider im Dezember 2010 verstorbene russische Seemann und Schriftsteller Sem Simkin zur Seite, der Werke von Agnes Miegel, E.T.A. Hoffmann, Simon Dach, Wilhelm von Humboldt, Johann Gottfried Herder, Ernst Wiechert und vielen anderen ostpreußischen Schriftstellern ins Russische übertrug beziehungsweise nachdichtete. Und erfreulicherweise geben die Russen das kulturelle Erbe auch ihren Kindern weiter – nicht immer zur Freude der Regierenden. „Doch die Bevölkerung wird sich gegen die Obrigkeit durchsetzen, Kaliningrad wird wieder Königsberg“, resümiert Horst Dietrich. Und sein sehnlichster Wunsch. „Ich möchte dort Heimatrecht bekommen!“



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 8. Juni, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Treffen der Gruppe mit einer Lesung von Rainer Kaune, Bassum: „Hermann Löns – ein Volksdichter mit westpreußischen Wurzeln“. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. – Bericht über den Ausflug am 11. Mai. Zusammen mit den anderen Landsmannschaften Oldenburgs machte die Frauengruppe am 11. Mai eine Kulturfahrt zum Museum des Heimatkreises Stuhm in Bremervörde, in einem Einfamilienhaus mitten im Park gelegen. Die Führung und Erläuterung des Ehepaares Heinz Paschilke zeigte vielen Mitgliedern, wie pädagogisch wertvoll, bunt und anregend ein Heimatmuseum sein kann. Übersichtlich und nicht überladen konnten sich alle, denen dieser Heimatkreis bislang noch kein Begriff war, ein Bild von diesem Teil Westpreußens machen. Der Gesang von landsmannschaftlichen und Frühlingsliedern sorgte für eine kurzweilige Busfahrt.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 22. Mai, 15 bis 16 Uhr, Kleiner Saal der Stadthalle Bad Godesberg: Kaffeetrinken mit anschließendem farbenfrohen Programm. Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei! – Mittwoch, 1. Juni, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe.

Gütersloh –Montag, 30. Mai, 15-17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis.

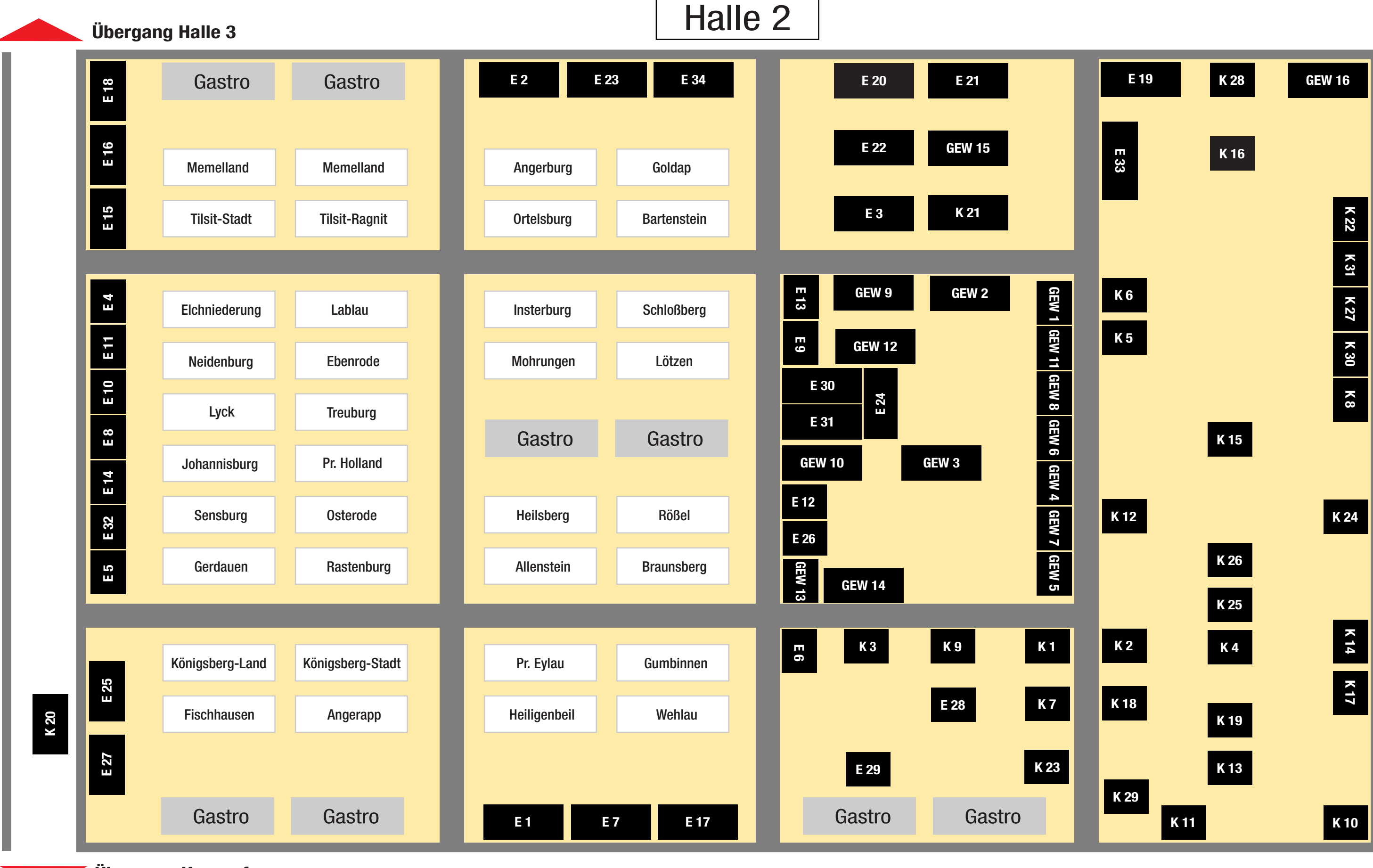
Köln – Sonnabend, 28./Sonntag, 29. Mai: Treffen beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt.

Lüdenscheid - Trauer um Waltraud Lange. Die Bergstadt ist um eine gute Seele ärmer: Waltraud Lange starb völlig überraschend im Alter von 72 Jahren im Klinikum Lüdenscheid. Damit verlieren die Ostpreußen in Landsmannschaft Lüdenscheid eine ihrer exponiertesten Repräsentantinnen. Über viele Jahre hinweg engagierte sich Waltraud Lange als Kulturwartin und als stellvertretende Vereinsvorsitzende an der Seite von Dieter Mayer, dem sie auch persönlich verbunden war. 1987 lernten die beiden sich bei einer Fahrt in die gemeinsame Heimat Ostpreußen kennen. 2003 zog Waltraud Lange endgültig nach Lüdenscheid, wo sie sich mit Charme, Fröhlichkeit und Offenheit um die Belange jener ostpreußischen Landsleute kümmerte, die nach dem Verlust der Heimat ein neues Zuhause in Lüdenscheid gefunden hatten. „Als Kulturwartin hat sie sich sehr viel mit ostpreußischer Literatur beschäftigt“, erzählt Lebensgefährte Dieter Mayer. Im Haus der Vereine engagierte sich Waltraud Lange in der Heimatstuben-Arbeitsgemeinschaft, gründete die regelmäßigen Monatstreffs und vertrat die Ostpreußen aus Lüdenscheid bei Tagungen des Bundes der Vertriebenen. An den jährlichen Tagen der Heimat erinnerte sie nicht nur mit Königsberger Marzipan und dem Honiglikör „Bärenfang“ an die verlorene Heimat. Den Kontakt zu jener Jugend, die Ostpreußen selber nur noch aus Erzählungen oder bestenfalls einer Urlaubsreise kennenlernte, hielt sie vor allem über die vereinseigene Volkstanzgruppe. Geboren wurde Waltraud Lange am 4. November 1938 im ostpreußischen Heiligenbeil. Mit sechs Jahren ging sie im Winter 1945 mit ihrer Familie und vielen Verwandten auf die Flucht über das Frische Haff. Nach der Ankunft im schleswig-holsteinischen Eggebek absolvierte Waltraud Lange ihre Schuljahre in Schleswig. Es folgte eine längere Zeit in Köln, bevor sie ihre erste kleine Wohnung in Stüttinghausen bezog. Noch im Februar führte Waltraud Lange gesund und munter durch den von ihr organisierten Fastnachtsball der Ostpreußischen Landsmannschaft. Mit traditionellen Volksliedern, Sketchen und Gedichten feierten rund 30 Mitglieder im Haus der Vereine.

Siegen – Die Kreisgemeinschaft der Ost- und Westpreußen einschließlich der Danziger blickt auf ein betriebsames Jahr 2010 zurück. Neben der turnusmäßigen Arbeit in Verbindung mit dem BdV des Kreises Siegen und der Landesgruppe der Ostpreußen in NRW wurden das jährliche Treffen auf Schloss Burg und die Kulturtage im Frühjahr und Herbst in Oberhausen besucht. 2011 wird noch das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt am 28./29. Mai hinzukommen. In der Frauengruppe, die sich an jedem 3. Dienstag im Monat trifft, werden Brauchtum, Kultur und Kontakte gepflegt. Ein besonderes Ereignis war der Besuch von Stefan Hein, dem Bundesvorsitzenden des Bundes Junges Ostpreußen (BJO), der auf Einladung der Kreisgruppe im Kleinen Saal der Bismarckhalle über seine Arbeit und die Zielsetzung dieser landsmannschaftlichen Vereinigung berichtete. Begeistert erzählte er von Sommerfahrten, Zeltlagern und Adventsfeiern gemeinsam mit Jugendlichen im ehemaligen Ostpreußen. Denn der BJO – seit zehn Jahren eine Arbeitsgruppe innerhalb der Landsmannschaft – bemüht sich, im Rahmen der Minderheitenrechte die deutsche Identität zu bewahren, die deutsche Sprache, Kultur und Tradition in der Heimat zu pflegen. Und schließlich ist es im Zuge der Erarbeitung von Empfehlungen für ein deutsch-polnisches Geschichtsbuch für Schulen (seit 1970 bereits geplant) unerlässlich, dass die Jugend über ihre Geschichte unterrichtet wird. „Deutsche Schulabgänger sind ostkundliche Analphabeten“ diagnostiziert Jörg-Dieter Gauger von der Universität Bonn („Spiegel“ Geschichte 1/2011). Den Ausführungen von Stefan Hein kam deshalb bei der Kreisgruppe ein besonderer Stellenwert zu. Für den kommenden Sommer plant die Gruppe in ihrer Bücherstube eine kleine Ausstellung mit geretteten Dokumenten und Gegen-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Deutschlandtreffen der Ostpreußen 28.- 29. Mai 2011 - Messe Erfurt



Stände der gewerblichen Anbieter (GEW)

GEW 1 Amber World
GEW2 Ewald Liedtke
GEW3 Greif Reisen A. Manthey GmbH
GEW4 Husum Druck- und Verlagsgesellschaft
GEW5 ReiterWerbung GmbH
GEW6 Marlies Saul
GEW7 Barbara Schütz
GEW8 Schwermer Marzipan
GEW9 Rima Senkuriene
GEW10 Verlagshaus Würzburg
GEW11 Wander-Imkerei und Honigversand Ostertag
GEW12 Kolletzky e.K.
GEW13 Kolletzky e.K.
GEW14 Imken touristik
GEW15 Amber Port
GEW16 Partner Reisen

Kreisgemeinschaften/ Landesgruppen (E)

E 1 KG Angerapp
E 2 KG Angerburg
E 3 KG Bartenstein
E 4 KG Elchniederung
E 5 KG Gerdauen
E 6 KG Gumbinnen
E 7 KG Heiligenbeil
E 8 KG Johannisburg
E 9 KG Lötzen
E 10 KG Lyck
E 11 KG Neidenburg
E 12 KG Rößel
E 13 KG Schloßberg
E 14 KG Sensburg
E 15 KG Tilsit-Ragnit
E 16 KG Tilsit-Stadt
E 17 KG Wehlau
E 18 AdM
E 19 Bildarchiv Ostpreußen
E 20 Bund Junges Ostpreußen
E 21 LG NRW
E 22 LG Thüringen
E 23 KG Goldap
E 24 PMD
E 25 KG Königsberg-Land
E 26 KG Braunsberg
E 27 KG Fischhausen
E 28 KG Pr. Eylau
E 29 KG Johannisburg 2
E 30 PAZ Vertrieb
E 31 PAZ Redaktion
E 32 KG Osterode
E 33 LG Bayern/LG Baden-Württemberg/Kulturzentrum Ostpreußen
E 34 KG Insterburg Stadt und Land

Kulturstände (K)

K 1 Agnes-Miegel-Gesellschaft
K 2 Ausstellung Elsa Reiken Bossen
K 3 BdV Landesverband NRW
K 4 Friedel Ehlert
K 5 Ausstellung textile Volkskunst aus Ostpreußen
K 6 Handweberei Peters
K 7 Förderverein „Rat und Tat“
K 8 Grundeigentümerverband der Vertriebenen e.V.
K 9 Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen
K 10 AG „Hilfe für Euch“ (Handarbeiten)
K 11 Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
K 12 Museum Stadt Königsberg
K 13 Ausstellung Hermann Sudermann/ostpreußische Briefmarken
K 14 Waltraud Koch
K 15 Ausstellung Bernstein und Cadinen
K 16 Kirchlicher Suchdienst
K 17 Regina Romahn
K 18 Prußen-Stiftung Tolkemita
K 19 Ausstellung von Sigrid Kaminsky über Johannes Bobrowski
K 20 Postkarten aus Königsberg
K 21 Ausstellung Christian Papendick
K 22 Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“
K 23 Masurenbücher von Horst Michalowsky
K 24 Ausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums über Walter v. Sanden
K 25 Ausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums über Flucht und Vertreibung
K 26 Stand Ostpreußisches Landesmuseum Lüneburg
K 27 Organisationsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen
K 28 Kulturkreis Simon Dach
K 29 Sänger Bern Stein (Bernd Krutzinna)
K 30 Königsberger Express
K 31 Deutscher Alpenverein Sektion Königsberg

Auszug aus der Veranstaltungsfolge

Sonnabend, 28. Mai 2011

10.00 Uhr
Ökumenischer Gottesdienst *Sankt Severikirche, Domberg Erfurt*

10.00 Uhr
Öffnung der Hallen: Treffen der Heimatkreise *Halle 2*
Verkaufsstände ostpreußischer Spezialitäten und Kulturausstellungen *Halle 2*
(an beiden Tagen)

14.00 Uhr
Feierliche Eröffnung des Deutschlandtreffens
mit Kulturpreisverleihung: an Christian Papendick für Publizistik. Verleihung des Gierschke-Dornburg-Preises *Halle 1*

15.30 Uhr
Vortrag Prof. Dr. Manfred Kittel:
Die Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und die geplante Dauerausstellung *Halle 1*

17.00 Uhr
Diashow Helfried Weyer
Ostpreußen – Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen *Halle 1*

18.30 Uhr
Folkloregruppe Wandersleben Ostpreußisches Brauchtum *Halle 1*

19.30 Uhr
Orgelkonzert Artjom Chatschaturow
Organist des Königsberger Doms *Dom Sankt Marien zu Erfurt*

Sonntag, 29. Mai 2011
11.00 Uhr Großkundgebung (ab 10.15 Uhr Vorprogramm) *Halle 1*

- Glockengeläut des Königsberger Doms
- Einmarsch der Fahnenstaffel
- Totenehrung Dr. Wolfgang Thüne, Bundesvorstand
- Begrüßungsansprache Stephan Grigat, Sprecher
- Ostpreußenlied
- Wort der Jugend Stefan Hein, Vorsitzender BJO
- Des großen Kurfürsten Reitermarsch
- Festansprache Erika Steinbach MdB
  Präsidentin Bund der Vertriebenen
- Deutschlandlied (3. Strophe)
- Ausmarsch der Fahnenstaffel

Musikalische Umrahmung:
Blasorchester Cottbus e. V., Leitung: Lothar Naglatzki

Anschließend
„Die Widerwillige“, Lustspiel von Luise Gottsched,
aufgeführt von jungen Angehörigen der deutschen Volksgruppe aus Ostpreußen
Halle 1

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

ständen aus Flucht und Vertreibung. Viel ist es nicht, was aus Ost-und Westpreußen gerettet werden. konnte. Oft war es nur das nackte Leben. Aber die Gruppe wird auch einige Bilder des Netphener Malers Georg Heimann zeigen können, der immer von seinen Aufenthalten in Ostpreußen schwärmte. Geplant ist auch wieder ein zünftiges Schmausen mit heimatlichen Spezialitäten auf dem „Heide-Hof“ in Sohlbach, nachdem die Königsberger Klopse im vorigen Jahr so großen Anklang gefunden hatten.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 4. Juni, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Treffen der Kreisgruppe.

Mainz – Freitag, 27. Mai, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 25. Juni, 10 Uhr, Bahnhofsvorplatz: Jahresausflug zur Ponyfarm in Haßloch. Abfahrt ist um 10.30 Uhr. Herr Tettenborn wird seine schönen Pferde vorführen. Anschließend geht es zum gemütlichen Restaurant, das im Vogelpark liegt. Um verbindliche Anmeldung bis zum 7. Juni wird gebeten bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 13368.

Weiden – Muttertag bei den Ost- und Westpreußen. Zur Muttertagsfeier konnte der 1. Vorsitzende Hans Poweleit die zahlreich erschienenen Mütter, aber auch viele Väter und Gäste in der Gaststätte Heimgarten begrüßen. Danach Heimatlieder gesungen. Im Anschluss daran gratulierte die Kulturwartin Renate Poweleit der Kassiererin Ingrid Uschald zu ihrem Geburtstag. Zum Maianfang trug Uschald daraufhin das Gedicht „Mainacht“ von der großen ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel vor. Es schloss sich die Ehrung der Mütter an. Dazu sang Katharina Uschald mit ihrer schönen Stimme das Lied „Bist Du ein Engel“ und ihr Bruder Andreas trug ein Muttertagsgedicht vor. Auch Mitglied Karl Weiß wusste von einem Muttertagserlebnis zu erzählen. Danach sangen die Anwesenden Maienlieder, die von Anita und Norbert Uschald musikalisch begleitet wurden. Die Mütter wurden schließlich mit Süßigkeiten beschenkt, die Väter erhielten dagegen etwas Hochprozentiges. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich bis zum Heimatnachmittag am 5. Juni im Heimgarten.



SAARLAND

Vors.: Martin Biesen, Wetschauser Str., 66564 Ottweiler-Fürth, Telefon: (0173) 6183537.

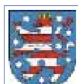
Landesgruppe – Dienstag, 5. Juni, Saarbrücken, Tabakweiher: Fröhliches Zusammentreffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Mittwoch, 25. Mai, 15 Uhr, Quellenhof: Dia-Multivisionsshow über Masuren, das Ermland und das Oberland. Es gibt Bilder aus alter und neuer Zeit, die von einem Kommentator erklärt werden. Zu dieser interessanten Vorführung sind auch Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln eingeladen. – Donnerstag, 9. Juni. Abfahrtszeiten für die Fahrt zum Schloss Marienburg bei Hannover: 6.45 Uhr, Feuerwehr, 6.55 Uhr, Waldstraße, 7 Uhr, Wasserkrügerweg/Behaimstraße, 7.15 Uhr, ZOB. Die Hinfahrt wird zirka drei Stunden dauern. Auf der Rückfahrt wird in Celle Station gemacht für einen Rundgang.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Anlässlich des Europatages fand am Donnerstag, 5. Mai, vormittags auf dem Hauptfriedhof in Erfurt eine Gedenkfeier für die Opfer von Flucht und Vertreibung statt. Organisiert wurde diese Veranstaltung vom Bund der Vertriebenen, Landesverband Thüringen. Ostpreußische Landsleute, Heimatvertriebene aus allen Vertreibungsgebieten sowie Einheimische nahmen an dieser Gedenkveranstaltung teil. Anwesend waren der Thüringer Innenminister Jörg Geibert, Landtagsabgeordnete verschiedener Fraktionen sowie weitere Politiker. Nach der feierlichen Gedenkrede des Landesvorsitzenden der BdV, Egon Primas, MdL, sprach der Innenminister ein zu Herzen gehendes Grußwort an die Anwesenden, in dem er anmahnte, dass dieses Verbrechen nicht noch einmal geschehen dürfe. Eine dem Anlass entsprechende musikalische Umrahmung wurde vom BdV-Chor „Harmonie“, Bad Lobstein, präsentiert. Seit zirka einem Jahr hat der BdV Thüringen einen Freundschaftsvertrag mit dem ehemaligen Lemberg, Galizien (heute Lwiw, Ukraine). Aus dieser Stadt war die Jugendtanzgruppe „Lächeln“ zu Gast. Die jungen Leute nahmen an der Gedenkfeier teil. In galizischen Trachten trugen sie die Fahnen der Vertreibungsgebiete zu dem Gedenkstein und stellten sich dort zu einem Fahnenblock auf. Es war eine beeindruckende und emotionale Veranstaltung. Am Nachmittag des gleichen Tages fand in der neuen Bibliothek des Augustinerklosters zu Erfurt die festliche Eröffnung der 19. Ostdeutschen Kulturtage mit Vergabe der Kunstpreise 2011 statt. Auch hier nahmen Vertreter aus der Politik teil. Die Schirmherrschaft für die Ostdeutschen Kulturtage übernahm die Thüringer Landtagspräsidentin Birgit Diezel. Die Jugendtanzgruppe aus Lemberg gab im Innenhof des Augustinerklosters eine Kostprobe ihres Könnens. Die Ostdeutschen Kulturtage finden jährlich von Anfang Mai bis Ende Juni thüringenweit statt. Es werden in allen Kreis- und Regionalverbänden des BdV Heimat- und Brauchtumsveranstaltungen mit heimatspezifischen Themen durchgeführt. Die Ostpreußen in Thüringen können in diesem Jahr besonders stolz sein, da während der Zeit der Ostdeutschen Kulturtage das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt stattfindet. Es ist für die Landesgruppe eine besondere Freude und Ehre zugleich, dass diese Großveranstaltung in Thüringen stattfindet.

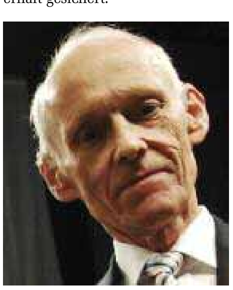
Preußische Allgemeine Zeitung

An die geschätzten Abonnenten und Leser der PAZ.

Verehrte Damen, meine Herren,

die *Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ)*, das frühere Ostpreußenblatt, gibt es seit 1950. Die Zeitung hat sich von einem Publikationsorgan für heimatvertriebene Ostpreußen zu einer durchaus beachteten, unabhängigen Wochenzeitung entwickelt. Unsere Leser – teilweise seit Jahrzehnten – sind zu einem erheblichen Teil Ostpreußen und nachgeborene Ostpreußen, aber auch Menschen ohne Vertriebenenhintergrund, die die *PAZ* wegen ihrer unabhängigen Berichterstattung zum politischen Tagesgeschehen schätzen.

Herausgeber und Redaktion der *PAZ* sind intensiv bemüht, neue Leser für die *PAZ* zu gewinnen. Die Existenz unserer *PAZ* ist bei etwa 20000 Abonnenten dauerhaft gesichert.



Mein Appell an Sie :

„Bitte werben Sie einen oder zwei neue Abonnenten im Laufe des Jahres 2011. Sie haben auch die Möglichkeit, Geschenkabos für drei oder sechs Monate an Menschen zu vergeben, denen Sie eine Freude machen wollen. Die Geschenkabos vergeben wir mit einem Preisnachlass.

Bitte empfehlen Sie unsere *PAZ* als eine Wochenzeitung, die Tabuthemen aufgreift und Klartext redet. Die Preußische Allgemeine Zeitung pflegt die Werte des Preußentums, verteidigt die Werte der christlich geprägten abendländischen Kultur gegen zunehmende Überfremdungstendenzen und strebt die Einheit Europas an auf der Grundlage der gleichberechtigten Partnerschaft der europäischen Vaterländer. Für diese Ziele bitte ich Sie, sich einzusetzen zum Wohle Deutschlands und zum Wohle der *PAZ*. Ich rechne mit Ihrer Mithilfe.

Die ersten Paten-Abos sind bereits eingegangen. Danke!

Wilhelm v. Gottberg
Altsprecher der LO
derzeitiger Chefredakteur der *PAZ*

Ostpreußisches Landesmuseum

Sonnabend, 28. Mai, 11 bis 17 Uhr und Sonntag, 29. Mai, 11 bis 17 Uhr: Wochenend-Workshop „Die Welt der Ikonen“. Mit Ikonen werden Kultbilder der Ostkirche bezeichnet. Mit ihnen blicken wir in eine Jahrtausende alte Tradition gestalteter Heiligenverehrung. In dem Workshop haben Teilnehmer als Kunst- und Kulturinteressierte die Gelegenheit, in die magische Welt der Ikonen einzutauchen und selbst ein ikoneninspiriertes Bild zu malen. Durch die Kombination einer vorgegebenen zeichnerischen Form mit freier Malerei wird ein persönliches Ikonenbild entstehen. Der Workshop beginnt mit einer Einführung in die Entstehung und Bedeutung der Ikonen und die Verankerung der Ikonenmalerei im Symbolgefüge des orthodoxen Gottesdienstes.

Elena Steinke, geboren in Kaliningrad/Königsberg, ist eine in der Sowjetunion klassisch ausgebildete, diplomierte Künstlerin. Bis 2000 leitete sie ein Design-Büro in ihrer Heimatstadt und lehrte an verschiedenen öffentlichen Institutionen. Ihre Arbeiten befinden sich unter anderem in Königsberger Museen und im Besitz der dortigen orthodoxen Kirche. Seit 2001 lebt und arbeitet sie in Bredstedt/Nordfriesland. OL

Leitung: Elena Steinke. Kosten: 30 Euro inkl. Material. Vorherige Anmeldung unter a.kern@ol-lg.de oder telefonisch unter Telefon (04131) 7599515 erforderlich.

Schüttelrätsel

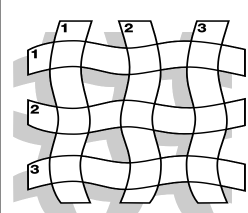
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein dünnes Deckblatt aus Holz.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	SCHRANK		TRAEGER
2	KURZ		EFFEKT
3	SCHACH		REITER
4	PLATZ		HASE
5	BUERGER		HAFT
6	FUEHRER		BAR
7	REGEN		MUETZE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 augenblickliche Lage, Verfassung
2 Wettkampfmannschaft
3 Zwischenzeit

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Koffer, 2. Schluss, 3. Turnier, 4. Angst, 5. Meister, 6. Schein, 7. Schirm – Furnier

Magisch: 1. Zustand, 2. Staffel, 3. Interim

PAZ11_20

Wolfskinder in Bellevue

34 Mitglieder des »Edelweiß«-Vereins besuchten Bundespräsidenten

Zu einem einwöchigen Deutschlandbesuch hatten Dr. Wolfgang von Stetten im Zusammenwirken mit der BdV-Präsidentin Erika Steinbach die Wolfskinder des Vereins „Edelweiß“ aus Litauen eingeladen. 34 Wolfskinder, die Damen und Herren waren alle im Alter zwischen 70 und 80, trafen mit dem Bus am 8. Mai in Berlin ein. Am Montag, dem 9. Mai gestaltete der BdV das Besuchsprogramm. In einer kleinen Feierstunde im Beisein der Wolfskinder und einiger Mitglieder des BdV-Präsidiums zeichnete die Präsidentin des BdV Herrn Dr. v. Stetten für seine großen Verdienste um die Wolfskinder mit der Plakette des BdV aus. Am gleichen Tag gab es für die Gäste aus Litauen ein Besuchsprogramm im Reichstag. Höhepunkt des Besuches war am Dienstag, dem 10. Mai, ein Empfang der Wolfskinder bei Bundespräsident Wulff. In einer großen Gesprächsrunde gab Wulff seiner Freude Ausdruck, einen Teil der Wolfskinder hier in seinem Amtssitz kennenlernen zu können. Er wisse um ihr schweres Schicksal und er sei dankbar, dass die Herren v. Stetten und v. Gottberg bald nach Gründung des Vereins Edelweiß den Mitgliedern humanitäre Hilfe geleistet hätten. Als Bundespräsident habe er auch die Deutschen mit Wohnsitz im Ausland im Blick. BdV-Präsidentin Erika Steinbach dankte dem Bundespräsidenten für den Empfang. Dies sei eine einmalige Geste für Landsleute, die ein besonders schweres Lebensschicksal bewältigen mussten. Dieser Empfang zeige den Anwesenden, dass sie nicht vergessen seien. Frau Steinbach bat die Wolfskinder, diese Botschaft auch den daheimgebliebenen Landsleuten mitzuteilen. Die Vorsitzende des Vereins „Edelweiß“, Frau Luise Kazukauskiene, (Luise Quitsch), berichtete über die Hilfe, die der Verein durch die Herrn v. Stetten und v. Gottberg (Landsmannschaft Ostpreußen) erhalten habe. Ein wenig kritisch beleuchtete sie die deutsche Bürokratie. So sei es nicht möglich gewesen, den Wolfskindern, die nachweislich alle deutscher Abstammung waren, unbürokratisch den deutschen Pass auszuhändigen. Sie seien eingebürgert worden. Da sie aber nie ausgebürgert waren, wären sie wie Ausländer behandelt worden. Etliche ihrer Schicksalsgefährten hätte dieses Prozedere verletzt. Einige Wolfskinder schilderten dem Bundespräsidenten ihr Schicksal. Einer Dame gelang das nur unter Tränen. Nach dem obligatorischen Fototermin mit Präsident Wulff wurden die Wolfskinder durch den Amtssitz des Bundespräsidenten geführt und erhielten Informationen über die Geschichte des Schlosses Bellevue. Die Wolfskinder reisten anschließend zu einem Besuch zu Herrn Dr. v. Stetten nach Baden-Württemberg. Zwischenstation mit Übernachtung war in Göttingen. Am Sonntag, dem 15. Mai wurde die Rück-reise angetreten.

Wilhelm v. Gottberg



Berlin: Teilnehmer mit Erika Steinbach Bild: Froese

Gospel-Chor in Hersbruck

Danziger Sänger zum Gegenbesuch bei »Sound of Joy«

In der gut besuchten Hersbrucker Stadtkirche gab der „Harfa-Gospelchor“ aus Marienwerder ein Konzert. Dieses Konzert war mit dem Gegenbesuch des Chores verbunden, den der Hersbrucker Gospelchor „Sound of Joy“ auf seiner Konzertreise durch Polen und die baltischen Staaten im vergangenen Jahr kennengelernt hatte.

Bereits beim Empfang des Chores durch Hersbrucks Bürgermeister Robert Ilg stellte sich die Gruppe im großen Saal des Hersbrucker Stadthauses auf und intonierte den Song „Giants“. „A big thank you“ schrieb Chorleiterin Anna Glogowska-Firlej anschießend in das Goldene Buch der Stadt. Das Konzert stand unter dem Motto „Friends meet friends“ (Freunde treffen Freunde) und beeindruckte durch moderne Gospels, die die Sänger stimmgewaltig vortrugen. Dazu gab die extra mit angereiste Band mit E-Piano, Gitarren und Schlagzeug den swingenden Rhythmus vor. Geleitet wird der 1994 gegründete Chor von Anna Glogowska-Firlej, die als Dozentin an der Musikakademie Danzig tätig ist.

Bezirkskantor Karl Schmidt, der den Hersbrucker Gospelchor „Sound of Joy“ der Nikolaus-Selnecker-Kantorei im Jahr 1981 gegründet hatte, begrüßte den Gastchor, den man bei der letztjährigen Konzertreise kennengelernt habe. Ebenso hieß er Dekan Werner Thiessen, Bezirksrat Fritz Körber und Bürgermeister Robert Ilg willkommen. Körber überbrachte die Grüße des Bezirks Mittelfranken, der den Besuch der Chores und damit die Durchführung des Konzerts unterstützt hatte.

Dekan Werner Thiessen verlas in seinem Grußwort ein Schreiben des Generalkonsuls von Danzig, in dem dieser dem Chor „Sound of Joy“ für sein exzellentes Konzert im vergangenen Jahr dankte. Den Abschluss des Chorkonzertes bildeten gemeinsam gesungene Gospels beider Chöre.

mef

In der Welt des Adels

Sonderausstellung mit »Schlossgeschichten« in Ratingen

Das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen lädt zu einem Streifzug in eine vergangene, aber nicht vergessene Welt des Adels ein. Seit kurzem ist das Ratinger Museumsgebäude von wehenden Fahnen mit der Silhouette von Schloss Plawniowitz / Plawniowice im Kreis Gleiwitz umgeben und über dem Eingang prangt ein riesiges Plakat. Die Passanten werden so rein optisch auf die Sonderausstellung „Schlossgeschichten–Adel in Schlesien“ aufmerksam gemacht, die am 8. Mai feierlich eröffnet wurde. Erstmals ist in Deutschland eine komplexe Darstellung des schlesischen Adels in einer thematischen Ausstellung zu sehen, die als größtes Ereignis im Oberschlesischen Landesmuseum in diesem Jahr gilt. Zu der vom Bläserchor St. Hubertus Ratingen musikalisch umrahmten Vernissage waren zahlreiche Besucher von nah und fern gekommen. Zu den Ehrengästen gehörten Peter Beyer, Bundestagsabgeordneter, Marciej Klusz, Direktor des Museums Schloss Pless (Pszczyna), Nikolaus von Ballestrem, Berlin, Hans Ulrich Graf von Schaffgotsch und Sohn Alexander, Frankfurt, sowie die Familie von Bila, S.K.H. Ferdinand Herzog von Württemberg, Friedrichshafen, Ihre Hoheit Fürstin Sophie von Hatzfeldt, Köln, und Sebastian Graf von Hatzfeldt, Offenbach. Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Angelica Schwall-Düren, sprach ein Grußwort.



Ratingen: Ein Blick in die Ausstellung Bild: Göllner

Wer die Ausstellung besucht, erlebt eine Zeitreise in eine prunkvolle Welt des schlesischen Adels, die durch den Ersten Weltkrieg gravierende Einschnitte erlebte und nach dem Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Der Bereich „Adel heute“ stellt über Videointerviews mit Angehörigen des schlesischen Adels Bezüge zur Gegenwart her. Beeindruckend ist die Vielfalt der Exponate und Objekte, die vor allem an die prunkvolle Zeit der schlesischen Adelslandschaften erinnern. Aus den Beständen des Erzbischöflichen Diözesanmuseums Kattowitz kommt das reich verzierte Frührokoko-Ziborium in Form der Bundeslade, das im Jahre 1762 vermutlich in Süddeutschland geschaffen wurde. Stellvertretend für die zahlreichen Grußbotschaften, die Herzog Viktor I. anlässlich des im Herbst 1890 gefeierten 50. Jubiläums der Erhebung des Herzogtums Ratibor durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. erhielt, ist eine prunkvoll gestaltete Gratulation aus den Beständen der Fürstlichen Bibliothek Corvey in vergrößerter Reproduktion zu sehen.

Besucher erleben Zeitreise in eine prunkvolle Welt

Bei einem Rundgang durch die Museumsräume wird schnell deutlich, dass die Schlösser und Gutshöfe als Mittelpunkt des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und geselligen Lebens galten.

Da viele Adlige in Porträts und in der Literatur verewigt wurden, sind zahlreiche Malereien, Graphiken und Bücher ausgestellt. Ein weiterer Ausstellungsschwerpunkt ist der Viehzucht und dem Ackerbau gewidmet – Bereiche, die das Leben vieler Schlossbewohner und ihrer Bediensteten weitgehend prägten. Andere Adelsgeschlechter hingegen gelangten über familieneigene Hütten und Stahlwerke zu großem Reichtum. Dokumente belegen, dass Namen wie Ballestrem, Colonna, Henckel-Donnersmarck, Larisch-Mönnich, Schaffgotsch oder Tiele-Winckler mit der Entwicklung der Industriereviere in den preußischen und österreichischen Teilen Oberschlesiens eng verbunden waren. In den Familien der Fürsten von Lichtenstein, von Lichnowsky, von Pless oder bei den Herzögen von Ratibor wiederum überwogen traditionelle Aufgaben im Dienste der Landesherren.

Neben privaten Leihgebern beteiligen sich auch deutsche, polnische und tschechische Kulturinstitutionen sowie Partner des Oberschlesischen Landesmuseums mit mehreren herausragenden Exponaten an der Adelsschau. Das Schlossmuseum Pless hat unter anderem Ausstellungsstücke zur Veranschaulichung der Jagdtradition zur Verfügung gestellt. Aus dem oberschlesischen Pless stammt das eindrucksvolle Präparat eines Wisentbullen. Hans Heinrich XI. von Pless – bekannt als Obersthofjäger des Deutschen Kaisers – organisierte in seinen Wäldern groß angelegte Jagden. Ein Reiterporträt des Fürsten, das der Berliner Maler Carl Steffeck (von 1880 bis 1890 Direktor der Königsberger Kunstakademie) im Jahre 1859 in Öl auf Leinwand gemalt hat, erinnert an diese Zeit.

In Pless, heute Pszczyna, steht übrigens gegenwärtig das einzige Schloss in den polnischen Teilen Schlesiens, das als Museum mit originaler Ausstattung besichtigt werden kann. Weitere Gemälde, Epitaphien und Waffen sind Leihgaben der Museen aus Gleiwitz (Gliwice) und Neisse (Nysa). Letzteres hat ein böhmisch beschriftetes Epitaph zur Verfügung gestellt, das in einer schlesischen Werkstatt im 17. Jahrhundert gestaltet wurde.

Die inszenierte Adel-Ausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum von Ratingen-Hösel ist bis zum 8. Januar 2012 geöffnet.

Dieter Göllner

»... angefüllt mit bunten Glasgefäßen«

Prachtvolle Gläser sind jetzt im Staatlichen Museum Schwerin zu sehen

Seit Jahrtausenden beschäftigen sich Künstler und Kunsthandwerker mit einem äußerst zerbrechlichen Material. Unter ihren Händen entstanden fragile Kunstwerke aus Glas. Wie durch ein Wunder haben viele exquisite Gegenstände die Zeitläufte überstanden und können auf Ausstellungen wie jetzt in Schwerin gezeigt werden.

Die wertvolle Glassammlung des Schweriner Museums umfasst insgesamt 1200 Objekte, neben repräsentativen Glasgefäßen aus Europa von der Antike bis zur Moderne auch 259 Glasgemälde vom 13. bis 19. Jahrhundert. Ein Großteil dieser Schätze, zu denen der kunstbegeisterte mecklenburgische Hof den Grundstock legte, fristete – und fristet – sein Dasein im Depot. Erst 1995 konnte eine Auswahl in den ehemaligen Frauengemächern von Schloss Güstrow einen Platz finden.

Schloss Güstrow ist eines der bedeutendsten Renaissance-Schlösser im nordeuropäischen Raum. Es wurde in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts als repräsentative Residenz des Landesherren Herzog Ulrich zu Mecklenburg errichtet. Die Baumeister, der italienischstämmige Franz Parr aus Schlesien und später der Niederländer Philipp Brandin, entwarfen eine imposante Vierflügelanlage, die italienische, französische und mitteleuropäische Architekturformen vereint und die Wallenstein im Dreißigjährigen Krieg zu seiner Residenz erkor, als er Herzog von Mecklenburg wurde.

Auch Gläser für die Luxus-Yacht des Zaren ausgestellt

Die jetzige ausgewogene und hochkarätige Zusammenstellung von rund 600 Objekten rückt daher erstmals Schwerins gläserne Kostbarkeiten in ihrer ganzen Breite ins Licht der Öffentlichkeit, wenn auch ohne die Glasgemälde.

Die Geschlossenheit der Sammlung an Pokalen, Humpen sowie Zier- und Gebrauchsgefäßen erlaubt es, nicht nur über 2000 Jahre Glasgeschichte Revue passieren zu lassen, sondern auch einen tiefen Blick in die verschiedenen Techniken zu werfen: von antiken Salbölflaschen der römischen Kaiserzeit über mittelalterliche Reliquienbehältnisse, Email- und Schwarzlotgläser der Renaissance, barocke Goldrubingläser, raffinierte Erzeugnisse des 19. Jahrhunderts und Vasen namhafter Jugendstil-Künstler bis zum Glasdesign und Studioglas des 20. Jahrhunderts.

Ein außergewöhnliches Glasservice lenkt den Blick nach Russland. In der Kaiserlichen Glashütte St. Petersburg entstanden 1871 die Gläser für die Zarenyacht „Derschawa“, die für ihren außergewöhnlichen Luxus berühmt war. Auf welchem Weg deren edle Likör-, Sekt-, Wein-, Bowlen- und Cognacgläser, Schalen und Karaffen nach Schwerin gelangten, ist unklar. Möglicherweise sind sie durch die Großfürstin Anastasia Michailowna Romanowa, die 1879 Erbgroßherzog Friedrich Franz (III.) von Mecklenburg-Schwerin geheiratet hatte, dorthin gekommen.

Die Tafeln zierte Rubinglas mit vergoldeten Adlern

Auch die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem preußischen Königs- und dem mecklenburgischen Herzogshaus spiegeln sich in den Glas-Objekten. Stammt eine Reihe hervorragender und sehr aufwändig gearbeiteter Exponate doch aus dem Besitz der Großherzogin Alexandrine (1803–1892). Deren Urenkelin, die preußische Kronprinzessin Cecilie, erinnert sich in ihren Memoiren an die Wohnung ihrer früh verwitweten Urgroßmutter im Alexandrinenpalais am Alten Garten von Schwerin: „Die Stuben waren angefüllt mit ... bunten Glasgefäßen.“

Und tatsächlich befinden sich unter den Objekten aus Alexandrinens Besitz, die in den Museumsbestand eingegangen sind, gebeizte Pokale und rot leuchtende Rubingläser.


Bild: Gabriele Bröcker, Staatliches Museum Schwerin

Womöglich ein Hochzeitsgeschenk aus Preußen: Tafelaufsatz aus Rubinglas, um 1820, aus dem Besitz der Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin

Zwei Tafelaufsätze aus Rubinglas fallen darunter besonders auf. Ihre Schalen ruhen, mittels eines sternförmigen Trägers, auf einem vergoldeten Adler, der seine Schwingen über einem Felsen aus patinierter Bronze ausbreitet. Es ist sehr gut möglich, dass es sich dabei um Geschenke aus Preußen handelte, obwohl man einen Beleg dafür bisher nicht finden konnte.

Alexandrine, Tochter König Friedrich Wilhelms III. und Königin Luises von Preußen, hatte 1822 den mecklenburgischen Thronfolger Paul Friedrich geheiratet. Ein höchst passender Anlass zum Verschenken derart repräsentativer Objekte.

Überliefert ist dagegen, dass Alexandrine im Jahr 1830 „eine Schale aus rothem Glase“ erhielt, die sich noch heute in der Sammlung befindet und jetzt ebenfalls zu den Höhepunkten der Ausstellung gehört.

Friedrich Wilhelm III. schenkte seiner Tochter gern Gläser

Womöglich handelt es sich bei der rubinroten Fuß-Schale mit Schlange sogar um ein Weihnachtsgeschenk des Vaters an die Tochter. Weiß man doch, dass der Preußenkönig gerne Gläser nach Mecklenburg verschenkte. So bekam der Schwiegersohn zu seinem 23. Geburtstag auch „2 Schalen von Kristall mit bronzenem Fuß“ überreicht.

Helga Schnehagen

Die Ausstellung „Gläserne Pracht“ im Staatlichen Museum Schwerin, Alter Garten 3, ist bis 26. Juni dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags von 12 bis 20 Uhr zu sehen.

In Kürze

Computerspiele contra Herz

Wie ungesund Computerspielen und Fernsehen für das Herz-Kreislauf-System sind, belegt eine Untersuchung britischer Forscher. Wer große Teile seiner Freizeit vor dem Computer oder vor dem Fernseher sitzend verbringt, gefährdet ernsthaft seine Gesundheit. Die Folgen lassen sich dazu kaum oder gar nicht mit Sport ausgleichen.

Emmanuel Stamatakis vom University College London und seine Kollegen hatten die Daten von mehr als 4500 Teilnehmern einer schottischen Gesundheitsstudie herangezogen, bei der die Versuchspersonen die vor einem Bildschirm – das heißt am Computer, beim Fernsehen, beim Schauen von DVDs oder beim Spielen von Videospielen – verbrachte Freizeit einschätzten. Die Untersuchung wies nach, dass Menschen, die mehr als vier Stunden täglich sitzenden Freizeitaktivitäten nachgingen, im Vergleich zu Menschen, die weniger als zwei Stunden täglich so verbrachten, ein mehr als doppelt so hohes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen haben; daneben steigt auch das Sterberisiko um 50 Prozent. Der beobachtete Zusammenhang bestand unabhängig von anderen Faktoren, die typischerweise einen Einfluss auf die Herz-Gesundheit haben – etwa Bluthochdruck, Fettleibigkeit, Rauchen, sozialer Status und eben auch Bewegung.

Auch Sport soll kaum helfen

Eine mögliche Rolle spielen dabei etwa Entzündungsfaktoren im Körper sowie Stoffwechselprozesse, vermuten die Forscher. Der nächste Schritt sei, so Stamatakis, herauszufinden, was genau längeres Sitzen im Körper bewirkt und ob Sport den Konsequenzen nicht doch irgendwie entgegenzuwirken vermag.

Corinna Weinert

Eine engagierte Christin

Anni v. Gottberg setzte sich in schwerer Zeit für die Bekennende Kirche ein

Martin Niemöller, Dietrich Bonhoeffer, Otto Dibelius – diese Namen kennt man gemeinhin. Sie stehen für das Engagement deutscher Christen in der Bekennenden Kirche zu Zeiten des Nationalsozialismus. Seit 1934 wandte sich die Bekennende Kirche gegen Versuche einer Gleichschaltung von Lehre und Organisation der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK). Bonhoeffer wurde wie viele andere inhaftiert und starb 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg. Auch Niemöller wurde in den KZ Sachsenhausen und Dachau festgehalten.

Wenig bekannt sein dürfte, dass sich auch Frauen in der Bekennenden Kirche engagierten. Anni v. Gottberg (1885–1958) war eine von ihnen. Die als Tochter eines preußischen Offiziers auf Gut Karolinenthal im pommerschen Landkreis Lauenburg geborene Anna Klementine Elsbeth Hedwig v. Selchow, die sich später Anni nannte, zog mit ihren Eltern und Geschwistern 1893 nach Berlin. 1910 heiratete sie Hasso v. Normann, einen entfernten Verwandten. Aus dieser Ehe ging Sohn Sigurd hervor. Doch bereits 1922 trennte sich das Ehepaar wieder. Ab 1926 lebte Anni in Potsdam. Dort begegnete sie ihrem verwitweten Cousin Wolf v. Gottberg, den sie 1926 ehelichte.

Als sich 1934 auch in Brandenburg die Christen zur Bekennenden Kirche zusammenschlossen, war es Anni v. Gottberg, welche die Organisation in die Hand nahm. „Die Arbeit geht langsam vorwärts, teils erschütternd, teils herrlich. Man ist sich so sicher, weil man sich auf dem richtigen Weg weiß und bekommt soviel Kraft ...“ Man traf sich in ihrer Wohnung, um Bibelkreise durchzuführen und ausgewählte Passagen zu diskutieren. An den späteren Bischof Albrecht Schönherr (1911–2009) schrieb sie in dieser Zeit eine stattliche Reihe von Briefen, nachzulesen in der Biographie über Anni v. Gottberg, die Jeanette Toussaint jetzt veröffentlichte. Beindruckend ist der Mut dieser Frau, die sich auch von Verhören bei der Gestapo nicht einschüchtern lässt.


Anni v. Gottberg — Bild: privat

Sie ist „getrost trotz vieler Schwierigkeiten, sie müssen sein, man fühlt dann, dass Gott am Werke ist, denn der Teufel würde sich gewiss nicht um uns kümmern, wenn er seine Sache nicht bedroht sähe ...“ (Mai 1935). „Ja, den Unfrieden bringe ich in Potsdam, der ist vielen unbequem, Menschen können mich aber nicht verletzen, ich will ja nur meinen Weg im Gehorsam gehen – weiter nichts“ (1936). Anni v. Gottberg geht ihren Weg unbeirrt und voller Gottvertrauen weiter: „So gewiss ich weiß, dass Gott es war, der mich trieb zur B.K. (Bekennenden Kirche) aufzurufen, so gewiss weiß ich auch, dass Er mich, durch seine Gnade allein, den geraden Weg sehen lässt, hin zum Ziel – zum Kreuz –, den ich mich bemühe, im Gehorsam zu gehen ... Auf Menschen kann ich mich nicht dabei verlassen, weder auf den einen, noch auf den andern, fällt einer, falle ich mit, darum allein Blick auf Christus: Er trug das Kreuz für mich, da darf ich keine Ruhe haben, weil Sein Name geschändet wird ... Mein Weg liegt klar vor mir, ich gehe ihn so lange weiter, wie mir Gott sein Gnadengeschenk – den Glauben – lässt, durch dessen Kraft allein ich wirken kann.“

Anni v. Gottberg stirbt am 9. Juli 1958 in Hamburg. Ihre letzte Ruhe findet sie auf dem Bornstedter Friedhof, wo auch ihr 1938 verstorbener Mann bestattet ist. Ihr Name ist heute meist vergessen.

Eine Straße ist ihr gewidmet

1995 jedoch wurde im neu errichteten Potsdamer Stadtteil Kirchsteigfeld eine Anni-von-Gottberg-Straße eingeweiht. Wer mehr über diese außergewöhnliche und unbeugsame Frau wissen möchte, der findet eine Fülle von Informationen in dem Buch von Jeanette Toussaint.

Silke Osman

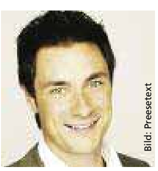
Jeanette Toussaint: „Ich bin für Potsdam das rote Tuch – Anni von Gottberg und die Bekennende Kirche“, *Reihe Potsdamer Köpfe, Märkischer Verlag Wilhelmshorst 2011, 156 Seiten, zahlreiche schwarzweiße Abbildungen, broschiert, 10 Euro*

Erfurter Promis

Aus der Stadt des Deutschlandtreffens


Bild: Sven Teschke


Bild: Golyr


Bild: Pressetext

In Erfurt geboren: Der Journalist Wolf Schneider, die Sängerin Yvonne Catterfeld, der Moderator Marco Schreyl und ...

Zum ersten Mal findet das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt statt. Da will so mancher gern mehr wissen über die Stadt an der Gera. Nachdem die *PAZ* schon über die Geschichte und über so manche Sehenswürdigkeit berichtet hat, fragt man sich, gibt es vielleicht den einen oder anderen Prominenten, der aus Erfurt stammt. Und man wird bald fündig – Ein Erfurter hat gerade Schlagzeilen gemacht: Der Journalist Wolf Schneider, nicht zuletzt bekannt durch die NDR-Talkshow, wurde mit dem Henri-Nannen-Preis für sein Lebenswerk ausgezeichnet. Auch die Sängerin Yvonne Catterfeld stammt aus Erfurt, ebenso wie der TV-Moderator Marco Schreyl („Deutschland sucht den Superstar“). Der 2010 verstorbene Schauspieler und Synchronsprecher Peer Schmidt – er lieh Jean-Paul Belmondo seine Stimme – wurde ebenfalls in Erfurt geboren. Auch die Wiege der ehemaligen Eisschnellläuferin und jetztigen TV-Moderatorin Franziska Schenk stand in Erfurt. Ein besonderes Ereignis erwartet die Erfurter übrigens im September. Papst Benedikt XVI. wird die Stadt besuchen.


Bild: n-tv — Bild: Internet

... der Schauspieler Peer Schmidt (†) sowie die Sportlerin Franziska Schenk

SiS



Mundtot gemacht

Medienlügen publiziert

Jetzt ist die neue Ausgabe des Jahrbuches „Verheimlicht – vertuscht – vergessen: Was 2010 nicht in der Zeitung stand“ von Gerhard Wisnewski erschienen. Glauben Sie alles, was in der Zeitung steht? Haben Sie den Verdacht, dass die veröffentlichte Meinung gelegentlich (oder auch öfter) manipuliert wird? Denken Sie, dass manche Kampagnen dazu dienen, missliebige Personen mundtot zu machen? Wenn ja, dann könnte dieses Taschenbuch Ihr Interesse finden.

Wisnewski gibt zu Beginn eine Anleitung zur Erkenntnis von Medienlügen. So gerüstet betrachtet man zum Beispiel die Medienjagd auf den katholischen Bischof Mixa. Mit der Aussage „Die Politik diene nur dazu, junge Frauen als Arbeitskräftereserve für die Industrie zu rekrutieren“ machte sich der Bischoff mächtige Feinde: „Die Wirtschaft“, die Feminismusbewegung, die Globalisierungslobbyisten und nicht zuletzt die rot-grünen Gutmenschen, denen solch reaktionäre Einrichtungen wie die Familie zuwider sind.

Die Gelegenheit zur Aktion war rasch zur Hand: „die Watschen“. Dazu kamen weitere erfundene Vorwürfe, von denen die sexuelle Belästigung die wichtigste war. Mixa hatte selbst die Nerven verloren und seinen Rücktritt eingereicht. Zu spät erkannte der konservative Kirchenmann, dass die haltlosen Vorwürfe später doch in sich zusammenfallen würden.

Schließlich war Mixa ja auch Bischof und kein Medienmensch. Wisnewskis greift auch andere Vorgänge auf, die dem Leser Grund zum Zweifeln und Nachdenken bieten: der Tod der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig, der staatlich alimentierte „Klima Kasper“, der an Schulen und Kindergärten sein Unwesen treibt, um den Jüngsten der Gesellschaft den richtigen Blick auf die „Klima-Katastrophe“ zu geben, die Heucheleien der „Bild“-Zeitung in Sachen sexueller Missbrauch oder der gewalttätige Sprachgebrauch des Greenpeace-Funktionärs Gene Hashmi. Das sind nur einige Themen, die in den Zeitungen und im Fernsehen anders dargestellt wurden.

Hans Lody

***Gerhard Wisnewski: „Verheimlicht – vertuscht – vergessen – Was 2010 nicht in der Zeitung stand“**, Knauer, München 2010, broschiert, 367 Seiten, 7,99 Euro*



Ein »Volk von Henkern«?

Ein wahrheitswidriges Bild der Deutschen gezeichnet

„Er bezeichnete die Juden ... als ‚Volk von Henkern‘“. Wer? Oliver Guez behauptet: „der CDU-Abgeordnete Martin Hohmann.“ Doch wer dessen angefeindete Rede nachliest, findet genau das Gegenteil: „Daher sind weder ‚die Deutschen‘ noch ‚die Juden‘ ein Tätervolk.“ Verleumdung oder „nur“ üble Nachrede? Angesichts einer so ungeheuerlichen Entgleisung fällt es dem Rezensenten schwer, die Lektüre des faktenreichen, flott geschriebenen Buches fortzusetzen. Was stimmt, was ist Phantasieprodukt und was ist erlogen?

Dass sich Guez wenig Mühe macht, seine Annahmen im zu prüfen, bevor er sie feilbietet, zeigt allein schon sein häufiger Gebrauch von Wortkombinationen wie „im Land der Mörder“ statt Deutschland und „Volk von Henkern“ statt die Deutschen. Er könnte es besser wissen, wenn er die Zeitzeugen der NS-Ära nach dem Verhalten der gewöhnlichen Deutschen den Juden gegenüber befragt hätte. Einige dieser Zeugen kommen zwar bei ihm vor, so Victor Klemperer, aber nicht mit den Bekundungen, die den Deutschen ein gutes Zeugnis ausstellen, so mit Sätzen wie: „Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde.“ Guez schwafelt lieber vom „Komplizentum der großen Mehrheit der Deutschen“. Er hat ein Faible für die SPD und schwärmt für Kurt Schumacher. Doch die Berichte der Exil-SPD kennt er offenbar nicht. Auch sie sind im Ergebnis eindeutig positiv für das „Volk von Henkern“.

Soll man Sätze wie den folgenden unbeanstandet lassen: „In den westlichen Besatzungszonen vereitelten sie die Entnazifizierung, indem sie sich gegenseitig Bescheinigungen ausstellten, vom Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus nicht betroffen zu sein (‚Persilscheine‘).“ Welche Naivität wird hier den Menschen von damals und den Lesern heute unterstellt? Es gab sie, die „Persilscheine“. Aber sie hatten selbstverständlich nur dann Beweiskraft, wenn der Unterzeichner unbelastet war.

> »Persilscheine« waren keineswegs ein Allheilmittel

Dann das Märchen von der tollen Versorgung der deutschen Bevölkerung während der Kriegsjahre. Götz Aly habe es bewiesen. Wozu gab es dann die mehrmals verschärften Lebensmittelrationierungen? So kann nur schreiben, wer die Zeit nicht erlebt und Zeitzeugen nicht konsultiert hat. Wieder: Man lese Klemperer, den optimalen Chronisten dieser Jahre.

Der Haupttitel des Buches wird durch den Inhalt nicht bestätigt. Sachgerechter das französische Original: „L'Impossible Retour“. Der Untertitel ist treffend gewählt: „Eine Geschichte der Juden in Deutschland nach 1945“. Zahlreiche lebende Zeitzeugen der Nachkriegsära dienen als Garanten, so Ralph Giordano, Marcel Reich-Ranicki, Fritz Stern und Peter Gay. Von jedem der Genannten gibt es Autobiographisches auch die NS-Ära betreffend. Hätte es Guez zur Kenntnis genommen, wäre das Wunder nicht gar so groß, von dem mehrmals die Rede ist angesichts der Tatsache: „Synagogen werden wieder aufgebaut, eine junge Generation definiert selbstbewusst ihr Judentum.“ So erklärt sich die enorme Zuwanderung von Juden aus dem Osten, die in Deutschland, nicht Israel, das Gelobte Land erblikken. Hinzu kommen die Entschädigungen, insgesamt bisher rund 80 Milliarden Dollar. Bis 2030 werden es 104 Milliarden sein. Doch manche kommen dennoch nie an, auch wenn sie schon lange hier leben. Guez zitiert eine Lola Waks: „... mir geht es gut. Wenn die Deutschen das Wort ‚Jude‘ hören, werden sie ganz klein. Seit Jahrzehnten versuche ich, ihnen ein schlechtes Gefühl zu machen, ich spiele mit ihrer Schuld und ihrem schlechten Gewissen, vor allem bei den Älteren. Ich erzähle jedem, dass ich Jüdin bin, und ich freue mich über den Effekt, den das auslöst. Das ist meine persönliche Rache. Nur deshalb bin ich dageblieben. Ich bin immer im Krieg.“ „Ihre Augen glänzten vor Hass.“ Von Hass und Rache ist in dem Buch viel die Rede. Welch ein Fluch! Das wahrheitswidrige Bild unserer Vorfahren ist der Nährboden.

Konrad Löw

***Oliver Guez „Heimkehr der Unerwünschten – Eine Geschichte der Juden in Deutschland nach 1945“**, Piper, München 2011, 410 Seiten, Euro 22,95*

*Wer mehr über die angesprochene Zeit wissen möchte, findet Informationen in Konrad Löws jüngstem Buch **„Deutsche Schuld 1933 –1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen“**, mit einem Vorwort von Klaus von Dohnanyi und mit einem Nachwort von Alfred Grosser, Olzog Verlag, München 2010, 464 Seiten, gebunden, 39,90 Euro*

Preußen als Beispiel

Autor fordert »Entschlusskraft des Handelns« auf heute zu übertragen

Stefan M. Knoll beschäftigt sich auf 670 Seiten in „Preußen – Ein Beispiel für Führung und Verantwortung“ der historischen Entwicklung Preußens. Hierbei treibt den promovierten Juristen, generalstabserfahrenen Reserveoffizier und erfolgreichen Unternehmer insbesondere die Frage nach Vorbildern für unsere Gemeinschaft, die den Prinzipien Führung und Verantwortung gehorchen und diese am Leben erhalten.

In Preußen erblickt Knoll das prägendste und beispielgebendste Ideal für den verantwortungsvollen Umgang mit diesen Prinzipien und skizziert unter Bezugnahme auf profunde Geschichtskenntnisse sowie den eigenen wirtschaftlichen und militärischen Erfahrungshorizont eine Geschichte Preußens, die von einem gänzlich anderen Blickwinkel betrachtet wird.

Knoll lokalisiert die Wurzeln des preußischen Erfolgs und Aufstiegs von der märkischen Streusandbüchse zur führenden Macht im 19. Jahrhundert in genau diesen Punkten: eine am Wohle des Staates orientierte Führung, adäquater Umgang mit Autorität und eine hierarchisch strukturierte Gemeinschaft. Unter Rückgriff auf wirtschaftliche und politische Prozesse unserer Zeit veranschaulicht der überzeugte „Preuße“ Knoll die Aktualität preußischer Tugenden für die von Werteverfall und Geschichtsvergessenheit geprägte Gegenwart.

Der Verfasser überzeugt mit einer Darstellung, die sich weder der (geistes-)wissenschaftlichen noch der journalistisch-medialen „political correctness“ unterordnen muss und den Geist eines Freidenkers atmet.

Eine Vielzahl von Kapiteln rüttelt so an den pazifistisch-naiven Säulen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit. In „Warum man mit Stärke und Entschlusskraft Fakten schafft – der Beginn der Schlesischen Kriege“ erläutert und rühmt Knoll beispielsweise Friedrichs des Großen Tugend, „auch militärische Mittel anzuwenden, um den Interessen seines Landes Nachdruck zu verschaffen“ und bezeichnet diese Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln als Ausdruck von Entschlossenheit und der „Bereitschaft, die Gunst der Stunde unverzüglich zu nutzen und schnell und hart zuzuschlagen“.

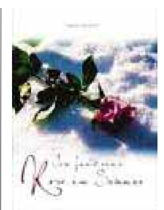
Knolls Ausführungen, deren geradezu und im besten Sinne „ketzerische“ Offenheit den Pseudo-Eliten in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft einen harten Schlag versetzt, geht aber noch einen analytischen Schritt weiter.

Mit der Anwendung dieser Prinzipien auf „heutige Führungsbelange“ negiert der Autor jedwede im Zuge der 68er-Bewegung entstandene Diskreditierung von Autorität, Hierarchie und Führung und fordert offensiv, die in der preußischen Geschichte par excellence auftretende „Entschlusskraft des Handelns“ auf wirtschaftliches und politisches Vorgehen heute zu übertragen.

Fernab etablierter Geschichtsschreibung legt Knoll eine bemerkenswerte, literaturgestützte (455 Fußnoten) und argumentativ überzeugende Hymne auf Preußens Gloria vor und wird mit Kapiteln wie „Die Ehre als Ausdruck von Pflichtbewusstsein“ oder dem grundsätzlichen Ruf nach einer Renaissance preußischer Tugenden so einigen Widerstand der „Gutmenschen“ ertragen müssen – aber mit der Gewissheit, dies um der Sache Willen getan zu haben oder wie ein französisches Sprichwort diese preußische Kerntugend auf den Punkt brachte: „Travailler pour le roi de prusse“.

Sebastian Pella

***Stefan M. Knoll: „Preußen – Ein Beispiel für Führung und Verantwortung“**, Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin 2010, gebunden, 670 Seiten, 39,95 Euro*



Zarte Rose

Romantische Gedichte

Die 82-jährige Neubrandenburgerin Johanna Neubert veröffentlichte im Mecklenburger Buchverlag ihren Gedichtband „Ich fand eine Rose im Schnee“. Ihre Gedichte hat sie den vier Jahreszeiten zugeordnet. Gewiss klingt so mancher Vers ein wenig romantisch und melancholisch, was allerdings zu einer Stärke des Bändchens wird, da es nicht verklärend wirkt.

„Junge Schwalben verlassen das Nest / In luftige Höhen entschwinden sie jetzt / Sie gleiten und schweben und schwingen sich weit in die Wolken hinein / Ach, könnte ich doch nur einmal im Leben so leicht wie ein Schwalbenkind sein.“

So leicht wie ein Schwalbenkind hatte es die Autorin in ihrem Leben nicht. Einer preußischen Adelsfamilie aus dem westpreußischen Arnswalde entstammend, war ihr Vertreibungsschicksal in der DDR nicht erwünscht.

Aber: „Unsere Verdienste werden nicht nach der Geburt, sondern nach der eigenen Leistung bemessen“, so die Autorin. „Menschen mit wahrer Größe, sind immer bescheiden.“

Johanna Neubert hat sich als Lehrerin an ihrem neuen Wohnort einen sehr guten Namen gemacht. Geschrieben hat sie ein Leben lang: Lyrik, Prosa, Märchendramatisierungen.

Die „Rose im Schnee“ hat es wirklich gegeben. Das Gedicht ist einem 17-jährigen Mädchen aus Zachow, welches 1945 am Tollensesee ums Leben kam, gewidmet. So werden auch die schweren Momente nicht ausgeblendet. Das kleine Bändchen ist aber erfüllt von Zuversicht.

Hans-Joachim Nehring

***Johanna Neubert: „Ich fand eine Rose im Schnee“**, Mecklenburger Buchverlag, Neubrandenburg 2010, 64 Seiten, 9,90 Euro*



Wenn die alltägliche Belastung krank macht

Die Autorin vermeidet zu viele »Baustellen«, lässt aber vieles unausgesprochen

Eine junge Frau erleidet einen Nervenzusammenbruch und wird in eine psychosomatische Klinik eingewiesen. Die Diagnose Burnout und Depressionen erfordert eine längere Behandlung, acht Wochen Klinikaufenthalt mit Therapie stehen ihr bevor. Mit ihrem ersten Roman „Acht Wochen verrückt“ hat die Hamburgerin Eva Lohmann, Jahrgang 1981, das Phänomen der immer häufiger auftretenden psychischen und psychosomatischen Erkrankungen aller Altersgruppen aufgegriffen. Lohmanns Protagonistin Mila, 27 Jahre alt, ist tablettenabhängig und leidet offenbar schon seit ihrer Kindheit an Depressionen. Im Laufe der zunehmend als Bürde empfundenen Bürotätigkeit in einer Firma nahm ihre unerklärliche Traurigkeit immer weiter zu und nach einer Beförderung hielt sie der Belastung der täglich in sie gesetzten Erwartungen nicht mehr stand.

Lohmann schildert Milas Erfahrungen in der Klinik mit leichter Feder, selbstironisch und mitunter fast beschwingt, denn der Alltag und die befremdlich wirkenden Macken und Leiden der Mit-Patienten sind an sich schon bedrükkend genug. Herabsetzende Äußerungen hat sie vermieden, sieht man einmal von der „das Huhn“ titulierten Mittvierzigerin ab, die ihr Heil in Yoga und Esoterik sucht. Bei den vielen magersüchtigen jungen Frauen ist es in einzelnen Fällen ein Kampf um Leben und Tod. Diese und andere Patientinnen werden bei einer Verschlechterung ihres Zustands in ein Krankenhaus oder in eine geschlossene Nervenheilanstalt eingewiesen. Die Autorin will aber dennoch keine düstere Stimmung verbreiten. Ihr Buch mit seinem ernsten Inhalt, der mit durchaus dokumentarischem Anspruch vermittelt wird, ist amüsant und lehrreich zugleich. Die Botschaft lautet: Keine Sorge, das meiste ist behandelbar, fast alles kann wieder gut oder jedenfalls erträglich werden.

In den Gesprächen mit ihrem Therapeuten steht Milas Verhältnis zu ihrem Vater, einem Top-Manager, im Mittelpunkt. Dieser hatte seine Familie verlassen, als Mila noch im frühkindlichen Alter war. Weitere Anhaltspunkte zur Ursache von Milas Erkrankung liegen offenbar nicht vor. In den Gesprächen zwischen Mila und ihren Mit-Patienten kommt dergleichen auch nicht vor, ebenso wenig die urmenschliche Sehnsucht nach Transzendenz, was an diesem Ort aber unbedingt zu erwarten wäre, da der größte gemeinsame Nenner dieser zusammengewürfelten Schar offenbar eine tiefgreifende Orientierungslosigkeit ist.

Ein wenig Raum hätte den Diskussionen der Patienten über existenzielle Fragen schon gebührt. Dem Buch fehlt der zugehörige Diskurs über ethisch-moralische Aspekte, Weltanschauungen und Werte, da offensichtlich auf Vermeidung zu vieler „Baustellen“ abgezielt wurde. Nach acht Wochen Therapie gibt es für Mila immerhin eine vage Hoffnung: Ein Familiengespräch mit ihren Eltern und dem Therapeuten soll bessere Zeiten einläuten.

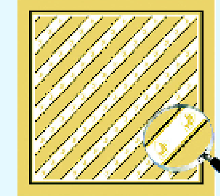
Unausgesprochen bleibt, was sich so viele Menschen wünschen, nämlich ein kreatives, einfacheres und gleichzeitig interessanteres Leben. Damit hat sich die Autorin nicht auseinandersetzen mögen, auch an dieser Stelle bleibt sie vorsichtig. Aufgrund solcher Lücken wiegt der Inhalt letztlich nicht schwer genug. *Dagmar Jestrzemski*

***Eva Lohmann: „Acht Wochen verrückt“**, Piper Verlag, München 2011, geb., 195 Seiten, 16,95 Euro*

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091



Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092



Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau-weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094



je € 29,95

Ostpreußen-Provinz-Polohemd



Klassisches Polohemd
aus 100% Baumwolle mit dem gestickten Provinzwappen Ostpreußens auf der linken Brust, Farbe dunkelblau
Größe M: Best.-Nr.: 7101
Größe L: Best.-Nr.: 7102
Größe XL: Best.-Nr.: 7103
Größe XXL: Best.-Nr.: 7104

je € 24,95



Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969

Mützen in verstellbarer Einheitsgröße mit gesticktem Wappen

Mützen je € 14,95



Schlesien-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7100



Ostpreußen-Provinz-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7105

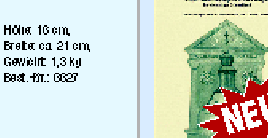
Elch-Standbild

Wunderschöne Darstellung
gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert,
auf Metallplinthe

Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627



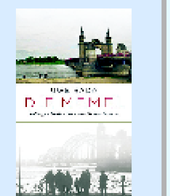
€ 99,95





NEU

Usdrin, Günter (Hrsg.)
Wo liegt Coadjuthen?
Die Geschichte eines ostpreußischen Kirchspiels
Kart., mit Schutzumschlag, 531 Seiten
Best.-Nr.: 7100, € 30,00



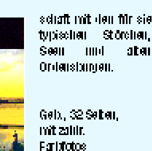
Alfred de Zayas
Völkermord als Staatsgeheimnis
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7062, € 26,90

Uwe Rada
Die Memel
Kulturgeschichte eines europäischen Stromes
Geb., 383 Seiten mit SW-Fotos im Text, 8 farb. Fototafeln
Best.-Nr.: 7077, € 19,95



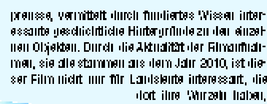
Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Streifzüge durch Ostpreußen
Eine Bilderreise durch Ostpreußen.
Ostpreußen ist Luise Wolfram ans Herz gewachsen. Nach längeren Aufenthalten in Königsberg/Kaliningrad und vielen Reisen in die Region kennt sie die schönsten Schauplätze dieser unvergleichlichen Landschaft, die heute zu Polen, Russland und Litauen gehört. Und sie kennt die Fragen, die angesichts der wechselvollen Geschichte des Landes gestellt werden.
Erstklassige Naturaufnahmen und die teilweise von Luise Wolfram selbst verfassten Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und alten Ordensburgen.

Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos
Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

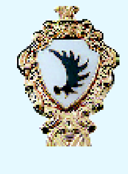


statt € 7,95 jetzt nur noch € 4,95

sehensWERT! Die DVD-Empfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Oliver Rieckmann empfiehlt...

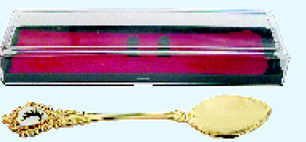


Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter führt die Reise durch die ostpreussischen Landesteile Ermland, Oberland und Masuren. Die Vorderseite des Covers zeigt die Burg Rössel. Bereits im Jahre 1241 erbaut, liegt sie im südlichen Ostpreussen, in Masuren. Im 13ten und 14ten Jahrhundert erbauten die Ordensritter auch in den entlegensten Dörfern monumentale Kirchen und Burgen – die Zeugen der Backsteingotik. Eindrucksvolle Landschaftsaufnahmen, zum Teil aus dem fahrenden Auto, dokumentieren die Einzigartigkeit der ostpreussischen Landschaft und geben dem Betrachter das Gefühl, sich direkt in dieser ursprünglichen Natur zu befinden. Der Autor, selbst gebürtiger Ostpreusse, vermittelt durch fundiertes Wissen interessante geschichtliche Hintergründe zu den einzelnen Objekten. Durch die Aktualität der Filmaufnahmen, sie alle stammen aus dem Jahr 2010, ist dieser Film nicht nur für Landsleute interessant, die dort ihre Wurzeln haben, sondern für alle, die sich von der Einmaligkeit dieses bezaubernden Landes überzeugen und begeistern lassen. Dieser Film enthält eine Kapitelaufteilung, dadurch besteht die Möglichkeit, außer dem gesamten Film, ganz problemlos die verschiedenen Filmabschnitte auch einzeln zu betrachten. Eine genaue Kapitelübersicht befindet sich auf der Innenseite des Covers.

DVD

Ein Film von Wolfgang Woiki,
Laufzeit: 60 Min.
Best.-Nr.: 7108

€ 19,95



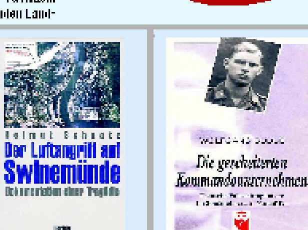
Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6626

nur € 12,95



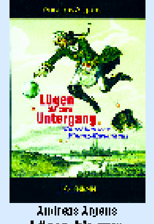
statt € 7,40 jetzt nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6608



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6324,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

Wolfgang Bodde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3600,
statt € 9,90 nur noch € 3,95



Michael Grandt, Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte
Europa vor dem Crash
Gebunden, 336 Seiten
Best.-Nr.: 7081, € 19,95



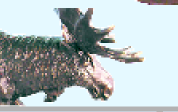
Andreas Angerer
Lügen bis zum Untergang
Münchhausens Finanzkartenhaus, Geb., 368 Seiten, 80 Abbildungen
Best.-Nr.: 7093, € 19,80

Heinz Nawratil
Die Versöhnungsfalle
Deutsche Befliessenheit und polnisches Selbstbewusstsein
Geb., 263 Seiten
Best.-Nr.: 7097, € 19,95



Elch, großes Standbild

Wunderschöne Darstellung,
gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert,
auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013

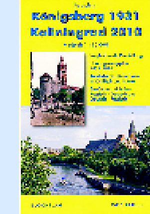




€ 149,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit
Agnes Miegel,
Marion Lindt,
Ruth Geede und
Dr. Alfred Lau
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergesslichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem geborgen Insterburger Dr. Alfred Lau. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Gesamtlaufzeit: 1:17:25 Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Mit dem Ostpreußenlied



CD



Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000,
Karte 75 x 50 cm, gefalzt,
15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7087, € 5,95



C. Hinkelmann/
H.M.F. Syskowski
(Hrsg.)
Von Rechten bis Rominten
Ostpreußische Landschaften im Spiegel historischer Farbfotos
Ostpreußens Magie zieht den Betrachter damals wie heute in ihren Bann. Es ist jedoch äußerst selten, dass das Leben zwischen 1920 und 1945 in Farbfotos festgehalten wurde. Dr. C. Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum und Fachjournalist H.M.F. Syskowski, ist es gelungen, alte Farbfotografien aus den privaten Archiven von Amateurfotografen Ostpreußens wieder zu entdecken. Dieses ansprechende Buch mit über 100 Farbfotos ist ein einzigartiges Zeugnis längst vergangener Tage.
Geb., 128 Seiten, Anm. v. Otto Steinfatt, Ernst Schütz u. a., m. über 100 Farbfotos
Best.-Nr.: 7109

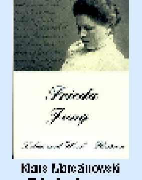
€ 19,95



Günter Fitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084, € 19,95



Frieda Jung
In der Morgensonne – Kindheitserinnerungen
Kart., 107 Seiten
Best.-Nr.: 7088, € 7,95



Klaus Marczinowski
Frieda Jung – Leben und Werk
Freud und Leid im Leben einer ostpreußischen Dichterin
Kart., 136 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 6835, € 7,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen



CD

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6803

€ 13,90



Christel Wels
Wir hatten immer Angst...
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945–1948, Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7090, € 12,90



Franz Kadell
Katyn – Das zweifache Trauma der Polen
Geb., 1. Auflage 2011, 238 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 7107, € 19,99

MELDUNGEN

SPD streitet über Quote

Berlin – Großen Unmut in der SPD löst der Beschluss des Bundesvorstandes aus, dass in allen Führungsgremien der Partei 15 Prozent Immigranten sitzen sollten. Weder sei klar, wer eigentlich ein „Migrant“ sei, noch stünden überhaupt genügend Kandidaten bereit, heißt es aus der SPD. Der Beschluss ging auf SPD-Chef Sigmar Gabriel zurück. *H.H.*

Begrenzung für Immigranten

Paris – Aufregung in Frankreich um Fußball-Nationaltrainer Laurent Blanc. Auf einer Konferenz des Trainers mit Vereinsvertretern war erörtert worden, den Anteil von Spielern afrikanischer und arabischer Herkunft in den Jugend-Leistungszentren des Landes auf 30 Prozent zu reduzieren, weil viele der Immigranten nach der teuren Ausbildung für die Mannschaften ihrer Herkunftsländern anträten. Die Sitzung war heimlich gefilmt worden. Sportministerin Chantal Jouanno und Immigrantenvertreter werfen Blanc „Rassismus“ vor. *H.L./H.H.*

ZUR PERSON

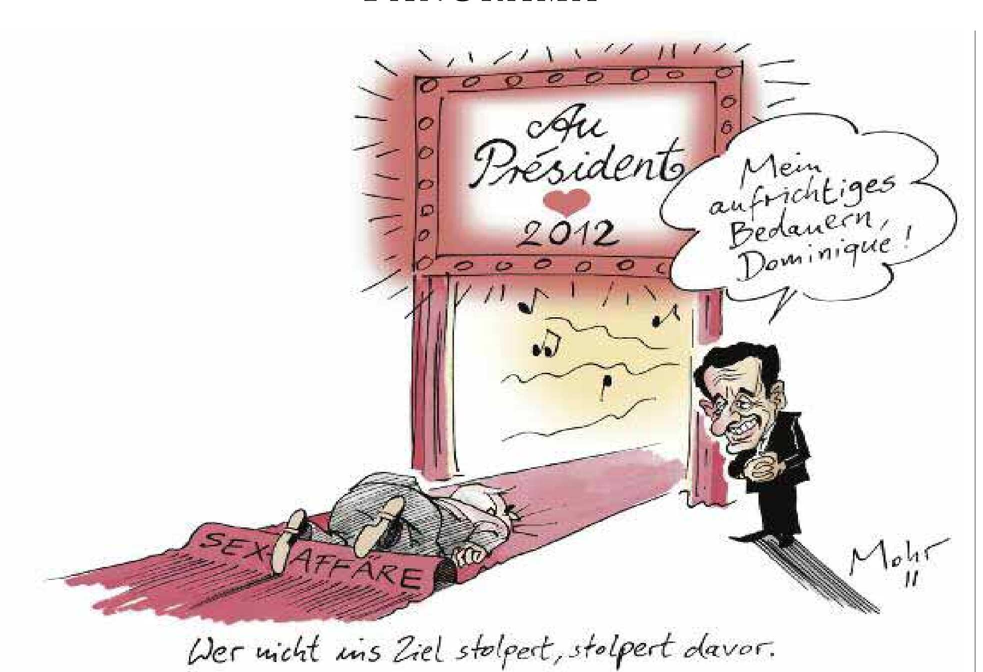
Die Grenzen überschreiten

Vor wenigen Tagen kam die erste reguläre Ausgabe des „Compact“-Magazins zu den Verkaufsstellen. Nach zwei Nullnummern erscheint „Compact“ nun regelmäßig im Monatsrhythmus in einer Auflage von 10000 Exemplaren. Chefredakteur ist der 54-jährige **Jürgen Elsässer** – ein Mann mit einer bewegten Biographie. Mitte der 70er Jahre gehörte er dem Kommunistischen Bund an, wie auch Jürgen Trittin oder die Hamburger Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Linke). Dennoch gelangte Elsässer nach dem Studium als Lehrer in den öffentlichen Dienst. Dort unterrichtete er serbische Schüler und entwikkelte eine Vorliebe für das Balkanland, was langfristig zu einer Revision seiner damals linksextremen und antideutschen Haltung führen sollte.

1994 gab Elsässer seinen Beamten- und Lehrerstatus auf und schrieb für linke Nischenblätter wie den „Arbeiterkampf“, die „Junge Welt“, „Jungle World“, „Konkret“, „Freitag“ sowie das „Neue Deutschland“ (ND). Die „Frankfurter Allgemeine“ lästerte: „Elsässer gehört zu den klugen Köpfen im Linksmilieu, weswegen er dort auch keinen Einfluss hat.“ Oskar Lafontaine hingegen soll seinen Rat geschätzt haben. Bald nach Lafontaines Rückzug aus dem Bundestag verlor er seine Stelle beim „ND“.



Inzwischen hatte Elsässer unter dem Eindruck des Kosovo-Krieges 1999 die Bedeutung der Nationalstaaten erkannt, womit sich auch seine Haltung zum eigenen Land spürbar wandelte. Damit machte er sich seine ehemaligen Weggenossen endgültig zum Feind. „Compact“ erschien erstmalig am 6. Dezember 2010. Elsässer versteht sein Blatt als Forum für linke wie rechte Autoren, wofür er von links heftig attakkiert wird. *Hans Lody*



Zeichnung: Mohr

Renate weiß Bescheid

Warum Strauss-Kahn sowieso schuldig ist, wieso der Staat alles besser kann, und wozu SPD-Mitglieder einen Ahnenpass benötigen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Hat er oder hat er nicht? Kann man noch nicht genau sagen. Aber interessiert uns das wirklich? Nicht die Bohne! Für uns ist Dominique Strauss-Kahn als Ferkel überführt. Doch gilt nicht die Unschuldsvermutung? „Jetzt willste den Mistkerl wohl auch noch in Schutz nehmen, was?“ Nein, nein, will ich selbstverständlich nicht.

Dafür ist die Gelegenheit viel zu verlockend, sich eindrucksvoll bestätigen zu lassen, dass selbst unsere schmierigsten Klischees in Wahrheit höchster Menschenkenntnis entspringen. Bei Strauss-Kahn passt aber auch alles hinein, was wir über Macht und Männer schon immer gewusst haben: Der alte geile Bock, der sich über die junge Frau hermacht, der Reiche, Mächtige, der seine Macht schamlos zur Ausbeutung der Armen und Ohnmächtigen missbraucht.

Unschuldsvermutung? Lächerlich. Eine Boulevard-Zeitung macht aus dem Gestrauchelten umstandslos den „Sex-Banker“ und suhlt sich lustvoll in dem „Krimi um Sex, Macht, Gewalt und die französische Präsidentschaft“: „Dominique Strauss-Kahn (62, Spitzname ‚der große Verführer‘), Boss des Internationalen Währungsfonds (IWF), kauert auf der Anklagebank von Saal 130.“ Ja, so wollen wir sie sehen, die großen Tiere: ganz kleingemacht, „kauernd“ auf der Bank.

Nicht bloß wir Otto Normalverurteiler kommen hier voll auf unsere Kosten, auch die Feingeister-Rotte der deutschen Debattenmeute darf mitschmausen. Dort kann nun wochenlang über „das schwierige Verhältnis von Macht und Moral“ und solches Zeugs salbadert werden. Es wird ein Fest! Und alle sind eingeladen, ihren Senf mitzubringen.

Da sind wahre Delikatessen dabei. Etwas besonders Schmackhaftes hat die spanische Finanzministerin Elena Salgado aufs Buffet gelegt: „Die Solidarität, zumindest meine, gilt der Frau, die eine Aggression erlitten hat“, wirft sich die Ministerin in kämpferische Frauenpower-Pose, um dann leise nachzuschieben: „Wenn es so war.“ Ja, so macht man das: Erst mal Täter und Opfer zweifelsfrei zuordnen und sich dann erst fragen, was denn überhaupt vorgefallen ist.

Aus Frankreich rieseln derweil Gerüchte über die Grenze, die Sex-Anklage sei eine Falle, welche die französische Rechte unter Nicolas Sarkozy dem IWF-Chef gestellt habe, damit der nicht Sarko nächstes Jahr als sozialistischer Gegenkandidat vom Präsidentenstuhl stoßen könne. Das glauben wir auch sehr gern, selbst wenn dieser Verdacht und der gegen Strauss-Kahn eigentlich niemals gleichermaßen wahr sein können. Aber erstens ist bekanntlich „immer was dran“ und zweitens ist ein Präsident von rechts der Mitte doch grundsätzlich irgendwie böse und schuldig und ganz gewiss zu allem imstande.

> Unsere schmierigsten Klischees sind eben doch die Frucht höchster Menschenkenntnis

Dass die Linke demgegenüber für das Gute steht, wagen wir selbst dann nicht zu bezweifeln, wenn sie uns geradewegs auf einen ausgiebig bekannten Holzweg leitet. Von ihren umwerfenden Erfolgen bei Wahlen und Umfragen beschwingt legen die Grünen richtig los: Renate Künast lässt verlauten, dass sie ganz genau wisse, welche Technologien in 50 Jahren angesagt sein werden und welche keine Zukunft haben. Donnerschlag! Da tüfteln und grübeln Heerscharen hochbezahlter Wissenschaftler in funkelnden Forschungsabteilungen emsig vor sich hin, um die Technik der Zukunft herauszufinden, und nun hören wir, dass das alles rausgeschmissenes Geld und vergeudetes Hirnschmalz ist: Fragt doch das Renatchen! Die hat das alles schon raus.

Es geht nur noch darum, die störrische Wirtschaft und die uneinsichtigen Bürger dazu zu zwingen, die Weissagungen der grünen Glaskugel auch artig zu befolgen. Zu diesem Zweck hat, wir erwähnten es bereits in einer früheren Nummer, Winfried Kretschmann die „Innovationspeitsche“ hervorgeholt. Der Industrie sollen mit dem knallenden Leder immer genauere politische Vorgaben eingeprügelt werden, was sie zu entwickeln hat. Dabei allein kann es natürlich nicht bleiben: Durch eine „individuelle“ Pkw-Maut „abhängig von Zeit, Ort, Straßennutzungsdauer und Pkw-Modell“ (so Kretschmann) will der neue Landesvater überdies mit Lohn oder Strafe belegen, wo, wann, wie und womit wir herumfahren. Da ist er gar nicht so weit von der Kanzlerin entfernt, welche die Steuerzahler zur Ader lässt, um eine Milliarde für Elektro-Autos abzweigen zu können.

Allerdings scheint das alles recht unkoordiniert. Wo doch jetzt feststeht, dass Innovation künftig von der Politik und nicht mehr von einer freien Wirtschaft entwickelt wird, sollte man die fortschrittlichen Entscheidungsträger zentral bündeln in einer entsprechenden Kommission. Schon bei den Landesbanken haben wir ja gesehen, dass der Staat mit seinen Politikern in allen Leitungsgremien viel kompetenter mit den „zukunftsweisenden Instrumenten“ des Finanz- und Wirtschaftswesens umgehen kann als private „Manager“. Die Kommission könnte dann nachhaltige Entwicklungs- und Produktionspläne für einen Zeitraum von, sagen wir, je fünf Jahren im Voraus aufstellen, die dann für alle Zweige des Wirtschaftslebens verbindlich wären.

Zweifellos müsste die Einhaltung der Vorgaben penibel überwacht werden. Mit der satellitengestützten Pkw-Maut-Überwachung wüsste der sorgende Staat immer, wo sich zumindest die automobilen Bürger gerade aufhalten. Allerdings geht „nachhaltiges Leben“ weit über die bloße Auto-Frage hinaus: Auch unsere schädlichen Lebensgewohnheiten wie Rauchen oder Trinken, die falsche Energie verbrauchen, die falschen Schulen besuchen und Sachen essen, die uns nicht guttun, oder sogar Meinungen sagen, denen man „in einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft kein Podium geben darf“, die wird man uns ebenfalls austreiben. Wenn die grüne Erziehungsrepublik komplett ist, werden wir gründlicher behütet sein als in der Einzelsuite eines modernen Hochsicherheitsgefängnisses, wo man immer noch rauchen, frauenfeindliche Poster aufhängen und Dosen-Ravioli essen darf.

Wichtig bleibt, so lehrt die Geschichte, dass „alles demokratisch aussieht“. Deshalb muss das Volk möglichst umfassend zur „Teilhabe“ ermuntert werden. Zu diesem Zweck senkt man das Wahlalter. In Bremen dürfen erstmals 16-Jährige mitentscheiden. Das kann nur ein erster Schritt sein. Warum nicht Zwölf- oder Zehnjährige oder gleich von Geburt an? Wirklich auszuwählen hätten die künftigen Windelwähler ohnehin ebenso wenig wie die verzweifelten Wechselwähler. Denn wer ein Mandat erhält, wird mehr und mehr per Quote entschieden, um übler Diskriminierung vorzubeugen.

Regionalproporz und Frauenquote sind schon alte Hüte. Das weiß auch Sigmar Gabriel. Da der SPD-Chef als SPD-Chef aber nicht gerade glänzt, versucht er hin und wieder, sich mit wegweisenden Einfällen in Szene zu setzen. Eine Quote zu fordern für eine bekanntermaßen diskriminierte Gruppe kommt immer gut an, dachte sich Gabriel und drückte ruckzuck eine Migrantenquote von 15 Prozent in SPD-Führungsgremien durch. Zunächst nur auf Bundesebene, doch die unteren Gliederungen bis zum Ortsverein sind dringend angehalten, dem Beispiel zu folgen.

Statt Beifall hat er allerdings mehr lautes Aufstöhnen geerntet. Die meisten Gliederungen hätten gar nicht genügend Immigranten im Genossendepot für so viel Quote, wird überall gemault. Zudem kam die Frage auf, wer überhaupt als Migrant zähle. Letzteres war schnell beantwortet: Das sind Einwanderer oder die Abkömmlinge von Immigranten bis ins dritte Glied. Aha? Ein Sozialdemokrat wunderte sich nach dieser Auskunft darüber, dass in der Mitgliederkartei offenbar verzeichnet sei, aus welchem Land sein Großvater stamme. Ist es natürlich nicht, das wäre ja … Also sollte man als SPD-Mitglied ab jetzt immer seinen Ahnenpass dabeihaben. Gibt der Pass migrantisch was her, ist die Parteikarriere so gut wie geritzt.

MEINUNGEN

*Der Berliner Wirtschaftsprofessor **Marcus C. Kerber** in der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus dem **Bericht** des „Wissenschaftlichen Beirats“ des Bundesfinanzministers **zum „Europäischen Stabilitätsmechanismus“** (ESM), dem Minister Schäuble offenbar keine große Beachtung schenkt. Dort wird **gewarnt**:*

„Mit dem ESM wird eine Institution geschaffen, die zwar kurzfristig eine Stabilisierung der Finanzmärkte bewirkt, gleichzeitig aber die Fehlsteuerung in der Finanzpolitik und auf den Kapitalmärkten verfestigt … Finanzhilfen fließen in Länder mit maroden Staatsfinanzen. … Das nimmt der Politik Anreize, Verschuldungs- und Finanzkrisen vorzubeugen, sowohl in den Ländern, die Hilfen empfangen, als auch in den Ländern, die Hilfen leisten.“

*US-Ökonom **Kenneth Rogoff** sieht im Euro eine **Ausplünderung Deutschlands**. Dem „Stern“ (12. Mai) sagte er:*

„Deutschland würde es ohne den Euro sicher besser gehen. Dann wäre die D-Mark heute wohl eine Reservewährung der Welt. Der Euro war ein politisches Zugeständnis … Dafür zahlt Deutschland jetzt.“

***Heinz Buschkowsky** (SPD), Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, hält nichts von der **Absenkung des Wahlalters von** 18 auf 16 Jahre:*

„Wer vor Gericht bis 21-jährige Täter als Jugendliche einstuft, kann nicht gleichzeitig 16-Jährige zu ausgereiften Staatsbürgern erklären.“

Allzumenschliches

*Das Zimmer-Service hat versagt -
doch seht, ganz unerwartet
wird der Hotelgast angeklagt!
War das nicht abgekartet?*

*Der Mann ist nämlich prominent –
das muss Verdacht erwecken,
und grade weil ihn jeder kennt,
wird was dahinter stecken:*

*Hat die Besagte ihn erpresst?
Das soll's ja manchmal geben,
und wer sich nicht erpressen lässt,
der hat den Schaden eben.*

*Ob etwa eingeschleust sie war
und als Agentin werkte –
was der Betrogne offenbar
erst viel zu spät bemerkte?*

*War gar sie hässlich, dass der Gast
sich schlicht mit Grausen wandte
und in verhängnisvoller Hast
gleich bis zum Flugzeug rannte?*

*Natürlich könnt's gewesen sein,
wie viele es vermuten –
dass halt im Unterleib die Pein
ins Hirn ihm stieg, dem Guten.*

*Doch wird die Wahrheit irgendwie
bestimmt herausgefunden:
Sein Anwalt hat ein Alibi
für jede seiner Stunden!*

*Naja, der Silvio, der hält
zumindest was auf Ehre
und zahlt spendabel, was bestellt –
drum heißt er Cavaliere.*

*Und mancher Playboy ist bereit,
selbst fürs Als-ob zu zahlen,
um so wie einst in besserer Zeit
im Freundeskreis zu prahlen!*

*Noch zum Histörchen die Moral:
Man liegt, wie man sich bettet,
und Griechenland wird dieses Mal
auch ohne Kahn gerettet ...*

Pannonicus